

Diplomarbeit

zum Thema

Übergang zur Vaterschaft –
Ein Vergleich zwischen der DDR und der BRD

eingereicht an der	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock
vorgelegt von:	Ivonne Pabst
Matrikel - Nr.:	098200687
Diplomstudiengang:	Demographie
Bearbeitungszeitraum:	6 Monate
BetreuerIN Erst - GutachterIN:	Jun. Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld
Zweit-GutachterIN:	
Lehrstuhl:	Ursachen und Konsequenzen des demographischen Wandels

Rostock, der 11.01.2006

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	IV
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	V
TABELLENVERZEICHNIS	VII
EINLEITUNG	1
I. THEORETISCHER TEIL	4
1 DIE THESE DER ÖKONOMISCHEN THEORIE DER FAMILIE	4
1.1 Grundannahmen.....	4
1.2 Die ökonomische Theorie von Gary S. Becker.....	5
1.3 Frauenerwerbstätigkeit und das Male Breadwinner-Modell	8
1.4 Zusammenfassung	11
2 FAMILIE UND VATERROLLE IM WANDEL	13
2.1 Veränderung der Geschlechterrollen.....	14
2.2 Geburtenentwicklung in der ehemaligen DDR und BRD.....	22
2.3 Familie, Vaterschaft und die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR..	25
2.4 Familie, Vaterschaft und die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der BRD...	32
2.5 Zusammenfassung	37
3 BILDUNGS- UND ARBEITSMARKTPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN.....	40
3.1 Bildung, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktsicherheit in der DDR	40
3.2 Bildung, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktsicherheit in der BRD.....	47
3.3 Zusammenfassung und Annahmen	52
II. EMPIRISCHER TEIL.....	56
4 DATENSATZ UND METHODE.....	56
4.1 Datensatz.....	56
4.2 Methodik.....	58
4.3 Variablen.....	60
5 DESKRIPTIVE ANALYSE.....	68
5.1 Kinderlosigkeit und Übergang zum ersten Kind (Survival-Kurven)	68
5.2 Timing der Erstelternschaft.....	72
5.3 Bildung und das Risiko zum ersten Kind.....	75
6 EREIGNISDATENANALYSE	77

6.1	<i>Einfluss der Kovariaten auf den Übergang zum ersten Kind in Westdeutschland...</i>	77
6.2	<i>Einfluss der Kovariaten auf den Übergang zum ersten Kind in Ostdeutschland.....</i>	82
6.3	<i>Interaktionsmodelle für West- und Ostdeutschland</i>	85
7	ZUSAMMENFASSUNG.....	94
III.	FAZIT.....	98
	LITERATURVERZEICHNIS.....	VI
	DANKSAGUNG.....	XIV
	EIDESSTATTLICHE VERSICHERUNG.....	XV

Abkürzungsverzeichnis

AFG	Arbeitsförderungsgesetz
Abb.	Abbildung
Art.	Artikel
BGB	Bundesgesetzbuch
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ECE	Economic Commission for Europe
EOS	Erweiterte Oberschule
EvHa	Event History Analysis
FFS	Family and Fertility Survey
FGB	Familiengesetzbuch
GBA	Gesetzbuch der Arbeit
GdA	Gesetz der Arbeit
GG	Grundgesetz
KGEG	Kindergeldergänzungsgesetz
KGG	Kindergeldgesetz
MuSchG	Mutterschutzgesetz
NS	Nationalsozialismus
PAU	Populations Activities Unit
POS	Polytechnische Oberschule
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TFR	Total Fertility Rate
UN/ECE	United Nations Economic Commission for Europe
VO	Volksverordnung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	"male breadwinner-Modell"	9
Abbildung 2:	"adult worker-Modell"	10
Abbildung 3:	Entwicklung der Familie.....	17
Abbildung 4:	Zusammengefasste Geburtenziffer ost- und westdeutscher Frauen, 1960-2002	23
Abbildung 5:	Mittleres Alter bei der Geburt des ersten Kindes ost- und westdeutscher Frauen, 1960-1997	24
Abbildung 6:	Anteile an den Erwerbstätigen in der DDR insgesamt von 1950-1989	44
Abbildung 7:	Das Bildungssystem der DDR	45
Abbildung 8:	Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen in Ostdeutschland (zwischen 20-37 Jahren)	46
Abbildung 9:	Teilzeitarbeitende in der BRD nach Geschlecht von 1960-1988 (in 1000)	47
Abbildung 10:	Arbeitslosenrate in der BRD von 1950-1990.....	48
Abbildung 11:	Arbeitslosenrate der Männer und Frauen in der BRD von 1978-1988	49
Abbildung 12:	Das Bildungssystem der BRD	50
Abbildung 13:	Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen in Westdeutschland (zwischen 20-37 Jahren)	51
Abbildung 14:	Übergang zum ersten Kind (Kaplan-Meier-Survival-Kurve) für west- und ostdeutsche Männer der Kohorten 1952-1972.....	69
Abbildung 15:	Übergang zum ersten Kind (Kaplan-Meier-Survival-Kurve). Westdeutsche Frauen und Männer der Kohorten 1952-1972	70
Abbildung 16:	Übergang zum ersten Kind (Kaplan-Meier-Survival-Kurve). Ostdeutsche Frauen und Männer der Kohorten 1952-1972	71
Abbildung 17:	Übergang zur Vaterschaft ausgewählter Kohorten in Westdeutschland (Kaplan-Meier-Survival-Kurve).....	73
Abbildung 18:	Übergang zur Vaterschaft ausgewählter Kohorten in Ostdeutschland (Kaplan-Meier-Survival-Kurve).....	73
Abbildung 19:	Übergang zum ersten Kind nach höchstem Bildungsabschluss des Mannes (Kaplan-Meyer-Survival-Kurve). Westdeutschland (Kohorte 1952-1972, n=1934).....	75

Abbildung 20:	Übergang zum ersten Kind nach höchstem Bildungsabschluss (Kaplan-Meier-Survival-Kurve). Ostdeutschland (Kohorte 1952-1972; n=1816).....	76
Abbildung 21:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes westdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsbeteiligung und dem Alter	86
Abbildung 22:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes ostdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsbeteiligung und dem Alter	87
Abbildung 23:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kind westdeutscher Männer (n=1934): Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Alter	88
Abbildung 24:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes in Westdeutschland: Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/ Bildungsbeteiligung und dem Alter der Männer.....	89
Abbildung 25:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes ostdeutscher Männer (n=1816): Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/ Bildungsbeteiligung und dem Alter	90
Abbildung 26:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes in Ostdeutschland: Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/ Bildungsbeteiligung und dem Alter der Männer.....	92

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht der Familientypen.....	21
Tabelle 2:	Familien- und Sozialpolitik in der DDR.....	31
Tabelle 3:	Familien- und Sozialpolitik in der BRD	36
Tabelle 4:	Familienpolitik der DDR und BRD	39
Tabelle 5:	Arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen der DDR und BRD	52
Tabelle 6:	Stichprobenplan	57
Tabelle 7:	Anzahl der Befragten und ausgeschlossenen Fälle in der Analyse. Westdeutsche Männer der Kohorte 1952-1972	58
Tabelle 8:	Anzahl der Befragten und ausgeschlossenen Fälle in der Analyse. Ostdeutsche Männer der Kohorte 1952-1972	58
Tabelle 9:	Überblick der zeitabhängigen und zeitunabhängigen Kovariaten und deren Ausprägungen in der Analyse	60
Tabelle 10:	Absolute und prozentuale Anzahl der Befragten auf die Ausprägungen der zeitunabhängigen Variablen	61
Tabelle 11:	Verteilung der absoluten und prozentualen Anzahl der Personen- monate auf die Ausprägungen der zeitabhängigen Variablen	64
Tabelle 12:	Ausgewählte familienpolitische Maßnahmen und Veränder- ungen auf dem Arbeitsmarkt in West- und Ostdeutschland	67
Tabelle 13:	Altersspektrum kinderloser Männer und Frauen zwischen 15 und 40 Jahren. (Kohorten 1952-1972; West- und Ostdeutschland).....	72
Tabelle 14:	Erstgeburtsrisiko westdeutscher Männer, Kohorte 1952-1972, n=1934.....	78
Tabelle 15:	Erstgeburtsrisiko ostdeutscher Männern, Kohorte 1952-1972, n=1816.....	83
Tabelle 16:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes westdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsabschluss/Bildungs- beteiligung und dem Familienstand.....	93
Tabelle 17:	Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes ostdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsabschluss/Bildungs- beteiligung und dem Familienstand.....	94

Einleitung

Die meisten Familien- und Fertilitätsstudien beschäftigten sich mit der Frau als Untersuchungsobjekt. Demgegenüber existieren nur wenige repräsentative Männerstudien mit Informationen über Kinder. Die meisten Survey- und Zensusdaten über die Geburt wurden über Frauen erhoben. Da die Frau die Kinder austrägt und gebärt, kann man hier von einer leichteren Datenerhebung¹ als beim anderen Geschlecht ausgehen (vgl. Tölke/Hank 2005, S. 8).

Die Entscheidung für ein Kind geht jedoch von beiden Partnern aus. Aus diesem Grund ist es wenig sinnvoll, den Mann aus Familien- und Fertilitätsstudien fern zu halten. Der Mann rückt daher in den Fokus demographischer Untersuchungen. In anderen Familien- und Fertilitätsstudien wurde bereits der Einfluss von Faktoren, wie Bildung und Erwerbstätigkeit, auf den Übergang zum ersten Kind bei der Frau, beschrieben (Blossfeld/Jaenichen 1990; Brüderl/Diekmann 1994; Brüderl/Klein 1993; Huinink 1995; Kreyenfeld 2004a/b; Hank 2003; etc.). Doch wie sieht es auf der Seite der Männer aus? Welche Faktoren beeinflussen den Übergang zum ersten Kind beim Mann? Da er einen signifikanten Anteil an der Fertilitätsentwicklung hat, können Erkenntnisse über Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten des Mannes die bisherigen Forschungen auf diesem Gebiet vervollständigen. Um sich diesem Ziel zu nähern, befasst sich diese Arbeit mit dem Übergang zur Vaterschaft.

Um festzustellen, welchen Einfluss gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf den Übergang zum ersten Kind beim Mann nehmen, ist es sinnvoll zwei Länder zu vergleichen, die sich in diesen Bedingungen unterscheiden. Als gute Vergleichsmöglichkeit bieten sich hierzu die beiden deutschen Staaten BRD und DDR an.

Folgende Gründe trugen zu dieser Auswahl bei:

Beide Länder haben dieselbe Sprache und denselben kulturellen Hintergrund. Nach dem zweiten Weltkrieg begannen sich beide Länder in verschiedene politische und ökonomische Systeme neu zu ordnen (vgl. Kreyenfeld 2004a, S. 277).

¹ Leichtere Datenerhebung in dem Sinne, da das Kind aus biologischen Gründen ohne Probleme der Mutter zugeordnet werden kann. Beim Mann könnte die Vaterschaft verleugnet werden. So sind Kinder z.B. im Krankenhaus und standesamtlich unter ihren Müttern gemeldet, und nur, wenn der Vater bekannt ist, erfolgt auch ein Eintrag über ihn.

In der Geschichte dieser Länder entwickelte sich die Fertilität unterschiedlich. Ab Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre lag die Total Fertility Rate (TFR²) der DDR mit circa 1,8 Kindern pro Frau höher als die der BRD (TFR = 1,5 Kinder/Frau) (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 285).

Durch die Gegenüberstellung der DDR und BRD lässt sich ein geeigneter Vergleich zur Analyse „Übergang zur Vaterschaft“ herstellen. Der Mann kann somit in zwei unterschiedlichen Systemen untersucht werden. Die Arbeit ist auf die Zeit vor der Wende 1989 begrenzt, um einen Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zu ermöglichen.

Ausgehend von der ökonomischen Theorie Gary S. Beckers wird angenommen, dass sich eine hohe Bildung des Mannes positiv auf sein Geburtenverhalten auswirkt (vgl. Foster 1993, S. 322). Durch die unterschiedliche Einbeziehung der Frau auf dem Arbeitsmarkt in der DDR und der BRD geht man daher von dem traditionellen „male breadwinner-Modell“ in Westdeutschland und einer modernen Variante des Modells, dem „adult worker-Modell“, in Ostdeutschland aus.

Ziel der Arbeit ist es, das Geburtenverhalten der westdeutschen und ostdeutschen Männer in Bezug auf den Übergang zum ersten Kind zu analysieren und zu vergleichen und mögliche Gründe für Gemeinsamkeiten oder Unterschiede zu finden. Vor allem soll der Einfluss der arbeits- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen auf den Übergang zur Vaterschaft untersucht werden.

Die Arbeit besteht aus einem theoretischen und einem empirischen Teil und ist folgendermaßen strukturiert:

Im *ersten Kapitel* dieser Untersuchung wird die Hypothese bezüglich des Einflusses von Bildung und Arbeit auf die Fertilität des Mannes aufgestellt. Es wird die ökonomische Theorie von Gary S. Becker herangezogen, der in seinem Werk „A treatise on the family“ von der Rollenspezialisierung eines Ehepaars ausgeht (Becker 1981/1993).

Als nächstes (*zweites Kapitel*) erfolgt die Darstellung der Familie und Vaterrolle im Wandel. Dabei wird auf die Veränderungen der Familie seit der vorindustriell-

² Die Zusammengefasste Geburtsziffer (TFR) wird berechnet, in dem die altersspezifischen Geburtsziffern aller Frauen im geburtenfähigen Alter in einem Kalenderjahr aufaddiert werden.

len Zeit bis zur Nachkriegszeit eingegangen. Wie haben sich Familie und Vaterschaft daraufhin in der DDR bzw. BRD entwickelt?

Einleitend zur Betrachtung der möglichen Auswirkungen der unterschiedlichen sozialpolitischen Rahmenbedingungen wird ein kurzer Einblick in die Geburtenentwicklung dieser beiden Staaten gegeben.

Im *dritten Kapitel* des theoretischen Teils wird auf die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR und BRD eingegangen. Anhand dieser werden Annahmen über mögliche Auswirkungen auf die männliche Fertilitätsentscheidung getroffen.

In *Kapitel vier*, des zweiten Teils, dieser Arbeit wird der Datensatz und die Methode der empirischen Untersuchung vorgestellt. *Kapitel fünf und sechs* der Arbeit beinhalten die Auswertung und die Ergebnisse der deskriptiven Analyse und der Ereignisdatenanalyse und nehmen Bezug auf die entstandenen Vermutungen und Fragen des theoretischen Teils.

Am Ende dieser Arbeit, in *Teil III*, erfolgt ein Fazit der Untersuchung „Übergang zur Vaterschaft – Ein Vergleich zwischen der DDR und der BRD“.

I. THEORETISCHER TEIL

1 Die These der ökonomischen Theorie der Familie

1.1 Grundannahmen

Seit Anfang der 50er Jahre sind die ersten Versuche bekannt, das menschliche Sozialverhalten mit Hilfe der Ökonomie zu verstehen und zu erklären. Drei der bedeutendsten Vertreter dieser Forschungsrichtung sind Gary S. Becker, Theodore Schultz und Jacob Mincer. Diese Wissenschaftler versuchten das wirtschaftliche Handeln auf das familiäre Verhalten zu übertragen (vgl. Hill/Kopp 2004, S.114). Basierend auf diesen Forschungen entwickelte sich die neue Haushalts- und Familienökonomie, die „new home economics“, welche sich mit der Produktionsstruktur in privaten Haushalten und mit innerfamiliären Entscheidungen beschäftigte (Gustafsson 1991, S.408).

In der ökonomischen Theorie wird den Menschen rationales Verhalten unterstellt. Ihre Handlungen richten sich nach der Kosten-Nutzen-Optimierung, das bedeutet, dass eine Handlung eher vollzogen wird, wenn der Nutzen für die jeweilige Person größer ist, als der der Alternativen. Umso kostenträchtiger eine Aktion jedoch ist, desto eher wird diese vermieden, da Kosten Nutzeneinbußen verursachen (vgl. Hill/Kopp 2004, S. 115).

Bezüglich der Ehe³ wird nach Logik der ökonomischen Theorie daher angenommen, dass unverheiratete Männer und Frauen zu Tauschpartnern werden und diese sich heiraten, wenn für beide der Nutzen der Ehe größer ist als der des Ledigseins. Die Familie gilt somit als eine Gemeinschaft von Individuen, die ihren Nutzen durch innerfamiliäre Arbeitsteilung und die von ihnen zusammengelegten Res-

³ Ehe: eine verbreitete Institution zur Regelung der Sexual-, Lebens- und Solidarbeziehungen zwischen erwachsenen, ehemündigen Partnern, welche jedoch kulturell und historisch stark variiert. Im deutschen Recht galt die Ehe als konsensuelle, rechtlich geregelte und staatlich anerkannte Beziehung zwischen zwei verschiedenen geschlechtlichen Partnern (vgl. Schäfers. 2000, S. 51). Daraus kann geschlussfolgert werden, dass eine Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern bis dahin nicht möglich war. Durch die rot-grüne-Koalition wurde ab dem 01.08.2001 das geschaffene Rechtsinstitut der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ für Personen gleichen Geschlechts wirksam. Rechte und Pflichten wurden für diese Lebensgemeinschaft so normiert, dass diese einer Ehe entsprechen. Diese Neuregelung gilt nicht für nichteheliche Lebensgemeinschaften verschieden geschlechtlicher Paare (<http://www.familienrecht.com/familienrecht/definition-ehe.htm>; zuletzt abgerufen am 04.01.2006).

sources maximieren. Durch die Paarkonstellation (Ehe) können beide Individuen eine bessere und höhere Wohlfahrtslage erreichen, als beim Alleinleben⁴ (vgl. Ott 1988, S.385).

In der neuen Haushalts- und Familienökonomie werden Haushalte als Produktionseinheiten angesehen. In diesen Produktionseinheiten werden mit Zeit und Marktgütern Gebrauchsgüter erzeugt (vgl. Gustafsson 1991, S. 410f.). Man spricht dabei von *Commodities*. *Commodities* sind Zustände und Güter die direkt Nutzen und Befriedigung erzeugen, so auch Prestige, Kinder, Gesundheit, Liebe usw. (vgl. Hill / Kopp 2004, S. 115). Diese besitzen einen so genannten *Schattenpreis*. Darunter versteht man, dass neben den eingesetzten Marktgütern unter anderem auch Kosten für die benötigte Zeit und indirekte Investitionskosten, wie z.B. Humankapital, anfallen (vgl. ebd., S. 116).

Wichtig bei dieser Betrachtung ist vor allem der Aspekt der Zeit. Man benötigt Zeit für die Erwerbsarbeit, für die Haushaltsproduktion und für die Freizeit. Es wird diejenige Allokation von der Person gewählt, die ihr den größten ökonomischen Vorteil bringt (vgl. Gustafsson 1991, S. 410f.). So entsteht die Möglichkeit, z.B. familiäre Arbeitsteilung oder unterschiedliche Fertilitätsmuster aus verschiedenen Produktionsbedingungen abzuleiten. Dabei wird auch der Nichterwerbsarbeit eine große Bedeutung zugeschrieben und in die Theorie integriert (vgl. Gustafsson 1991, S. 410f.).

Gary S. Becker ist der Hauptvertreter der ökonomischen Theorie. In seiner These der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wurde diese Annahme weiterentwickelt. Im folgenden Kapitel wird nun auf die ökonomische Theorie von Gary S. Becker näher eingegangen, um einen Bezug des Arbeitsmarktes zur Fertilität des Mannes herzustellen.

1.2 Die ökonomische Theorie von Gary S. Becker

Seit den 60er Jahren war die Familie in den westlichen Gesellschaften einem starken Wandel unterworfen. Das Durchschnittsalter der Erstheirat sowie die Scheidungsraten stiegen und die Geburtenraten sanken.

⁴ Unter der Kategorie der „Alleinlebenden“ kann man Ledige, Geschiedene, verheiratet Getrenntlebende und Verwitwete einordnen. Entscheidend ist nicht der Familienstand, sondern das alleine wirtschaften in einem Haushalt vgl. Peuckert 2002; S. 55).

Gary S. Becker gelang der Versuch die Annahmen zur Fertilität in die ökonomische Theorie zu integrieren (vgl. Zimmermann 1986, S. 19). Becker (1981/1993) beschäftigt sich in seinem Werk „A Treatise on the Family“ ausführlich mit der ökonomischen Theorie der Familie, dabei geht er auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ein⁵ und betrachtet dabei die relativen Vorteile der Produktionszuteilung im Haushalt. Schon kleine Unterschiede in der Produktionskapazität bringen unterschiedliche Zuteilungen der Zeit zustande. Becker geht in seiner Theorie der Partnerwahl bzw. der Eheschließung auf die mögliche Effizienzerhöhung durch Arbeitsteilung ein. Das bedeutet,

- dass sich alle Haushaltmitglieder mit einem größeren Vorteil bei der Erwerbsarbeit auf die Erwerbsarbeit und jedes Haushaltsmitglied mit größeren Vorteilen in der Hausarbeit auf die Hausarbeit spezialisieren (vgl. Hannan 1982, S. 67, Becker 1993, S. 33f.).
- dass diejenigen Mitglieder, die sich auf die Erwerbsarbeit spezialisieren, ihr Humankapital auf dem Markt anlegen. Diejenigen Mitglieder die sich auf den Haushalt konzentrieren, investieren in haushaltsspezifisches Humankapital (vgl. Hannan 1982, S. 67, Becker 1993, S. 33f.).

In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass Frauen für die Betreuung und Erziehung der Kinder zuständig sind. Diese Zuordnung erfolgte seit jeher, woraus sich schlussfolgern lässt, dass Frauen ihr Humankapital weniger in die Marktarbeit investierten und dadurch ihre Spezialisierung auf den Haushalt erfolgte. Im Gegensatz dazu fungiert der Mann als Ernährer in der Ehe und sorgt durch sein marktspezifisches Humankapital für das Einkommen und die finanzielle Sicherheit seiner Familie.

In einer Ehe gelten Mann und Frau als Vertragspartner. Jeder bringt das in eine Heirat ein, was der andere nicht besitzt. Darin liegt der Vorteil einer Eheschließung, welche die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Familie und Haushalt mit sich bringt.

⁵ Die Theorie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung wurde von Gary S. Becker selbst nicht als „male breadwinner–Theorie“ bezeichnet. Dieser Terminus entstand erst durch die Arbeiten anderer Soziologen und Wissenschaftler an Gary S. Beckers’ Theorie.

Kinder werden bei Becker als dauerhafte Konsumgüter dargestellt, die den Eltern psychischen Nutzen⁶ stiften. In der Zeit Beckers wurde dem Produktions- und Versicherungsnutzen der Kinder keine große Bedeutung zugesprochen, daher spielen diese bei ihm eher eine untergeordnete Rolle. Kinder werden durch die Eltern „selbst produziert“, dabei sind vor allem Zeit, die Verwendung von Markt-gütern und Marktdienstleistungen wichtig. Die Kosten von Zeit, Markt-gütern und Dienstleistungen sind in jeder Familie unterschiedlich. Das bedeutet, dass sich die Kosten der „Produktion“ und der Erziehung der Kinder in jeder Familie unterscheiden (vgl. Becker 1993, S. 138).

Kinder besitzen einen „relativen Preis“. Das heißt, dass bei sinkenden Kosten für Kinder die Nachfrage nach ihnen steigen wird und andere kostenintensivere Güter weniger nachgefragt werden. Dieser „relative Preis“ wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst (vgl. ebd.): Wenn Kinder einen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten, so werden die Nettokosten reduziert und die Nachfrage nach ihnen würde steigen. Dabei verringern auch staatliche Unterstützungen, wie zum Beispiel Kindergeld, die Kosten von Kindern.

Die Haushaltsentscheidungen hängen stark vom Einkommen der Personen und den relativen Preisen der Waren ab. Wichtiger Zentralpunkt zur Erklärung der Fertilitätsentwicklung und Erwerbsbeteiligung des Mannes sind die Zeitkosten auf dem Arbeitsmarkt, auf dem der Mann annahmegemäß dominiert (vgl. ebd).

Da die Zeit zur Erziehung und Betreuung der Kinder eine enorme Rolle spielt, ist es in Beckers Theorie wichtig, dass die Eltern sich ihre Aufgabenbereiche teilen. Der Mann ist nach Becker weniger für die Beaufsichtigung der Kinder zuständig, sondern leistet einen finanziellen Beitrag durch sein Wirken auf dem Arbeitsmarkt. Die Zeit der Mutter beinhaltet einen Teil der totalen Kosten der Produktion und Erziehung von Kindern. Der Vater verbringt wenig bis gar keine Zeit mit der Kinderbetreuung und -erziehung. Der Mann trägt durch seine Berufstätigkeit und daraus resultierend durch sein Einkommen einen Teil der Kosten von Kindern.

Becker erscheint die Spezialisierung der Familienmitglieder auf bestimmte Arbeitsbereiche als Voraussetzung zur Gründung einer Familie (vgl. Foster 1993, S.

⁶ Der Nutzen eines Kindes kann ökonomischen, psychischen oder sozial-normativen Ursprungs sein. Generative Handlungsentscheidungen werden aufgrund der Werte eines Kindes getroffen. Heute sind vor allem psychische Werte bzw. Nutzen von Bedeutung, wie z.B. die Liebe und Beziehung der Eltern zu ihren Kindern. Dieser soziologische Ansatz wird „Value of Children“ genannt.

322). Diese Spezialisierung hat somit, nach Meinung Beckers, positive Auswirkungen auf das Fertilitätsverhalten.

Je höher die Bildung eines Mannes ist, desto mehr Einkommen wird er auf dem Arbeitsmarkt erzielen und desto höher können die Investitionen in seine Familie sein. Daher müsste sich im traditionellen Familienmodell eine hohe Bildung und hohe berufliche Qualifikation des Mannes positiv auf sein Geburtenverhalten auswirken.

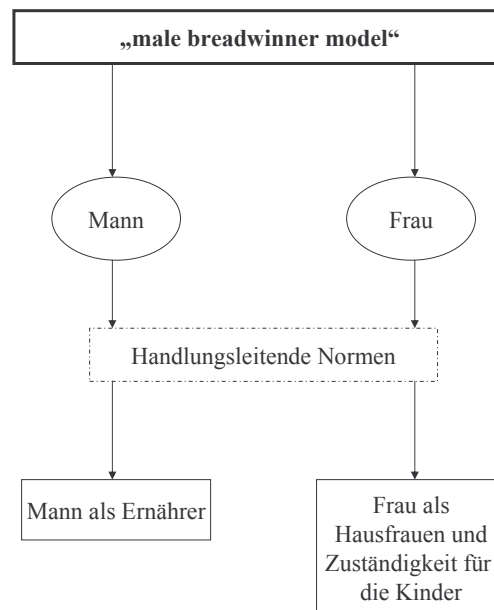
1.3 Frauenerwerbstätigkeit und das Male Breadwinner-Modell

Das Modell von Gary S. Becker erscheint anachronistisch. Eine geschlechterspezifische Spezialisierung in den Aufgabenfeldern, wie zur damaligen Zeit, wird heute als nicht mehr unbedingt notwendig erachtet. Durch Emanzipation, Bildungsexpansion, Ausbildung und höhere Erwerbsquoten der Frauen geht die Entwicklung weg von der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und dem „male breadwinner–Modell“.

Betrachtet man die DDR und die BRD spiegelt sich genau diese Entwicklung jedoch in unterschiedlichem Maße wieder:

Teilzeitarbeit stellte bei Frauen in Westdeutschland meist nur eine Übergangslösung bis zur Familiengründung dar. Männer waren überwiegend ganztags berufstätig, Varianten von männlicher Teilzeitarbeit spielten in beiden Teilen Deutschlands nur eine untergeordnete Rolle (Klammer/Klenner 2004, S. 181). Daher kann man in der BRD vom „männlichen Ernährer“-bzw. „male breadwinner“-Modell sprechen. Schaubild 1 macht die Rollenaufteilung und die handlungsleitenden Normen zwischen den Eheleuten in diesem Modell, wie es in Westdeutschland existierte, deutlich.

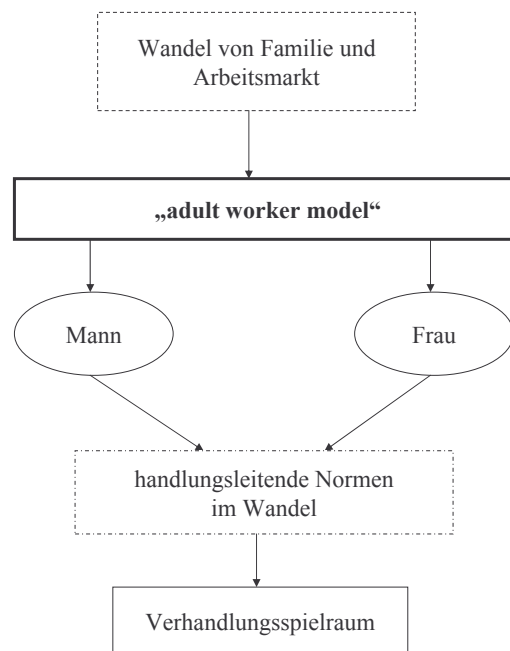
Abbildung 1: "male breadwinner-Modell"



Quelle: Lewis 2004, S. 70; eigene Darstellung

In der DDR waren beide Eheleute vollberufstätig. Für die DDR entstand somit eine Abwandlung des male breadwinner-Modells. Hier wurden die Erwerbstätigkeit der Frau und die gleichzeitige Gründung einer Familie möglich, da die Rahmenbedingungen dies zuließen. In der BRD waren die Frauen aufgrund fehlender Betreuungseinrichtungen gezwungen sich ganztags um die Kinder zu kümmern, in der DDR dagegen galt dies nicht. Die Aufgabe der Kinderbetreuung übernahmen hier soziale Instanzen. Die Aushandlung der Aufgabenfelder, vor allem im Haushalt, blieb den Partnern weitestgehend selbst überlassen (vgl. Lewis 2004, S. 70). Man kann daher von einem „Doppelverdiener“- oder „adult worker“-Modell als Abwandlung des „male breadwinner“-Modells sprechen. Dieses Modell wird in Abbildung 2 dargestellt.

Abbildung 2: "adult worker-Modell"



Quelle: Lewis 2004, S. 71; eigene Darstellung

Bei der Partnerwahl war die berufliche Orientierung des Mannes nicht so vorrangig, wie es bei der Partnersuche in Westdeutschland scheint, da die ostdeutschen Frauen durch ihre Erwerbstätigkeit ökonomische Unabhängigkeit besaßen (vgl. Oppenheimer 1988, S. 576).

Damit lassen sich Implikationen auf die männliche Fertilität in beiden Systemen ableiten:

In Westdeutschland wurde an dem traditionellen Familienbild mit dem Mann als Einkommensbeschaffer festgehalten. Die Aussage des Modells, dass Männer mit höherer Bildung eine höhere Fertilität aufweisen, müsste demnach in der BRD zutreffen.

In Ostdeutschland waren die Frauen, was ihre Erwerbstätigkeit anbelangte, den Männern gleich gestellt. Somit war für die Familie in Ostdeutschland die Erwerbstätigkeit des Mannes nicht in dem Maße von existentieller Bedeutung, wie sie es für die westdeutsche war. Für Ostdeutschland traf das male breadwinner-Modell somit nicht mehr zu. Für die Fertilität des Mannes bedeutet dies zunächst einen negativen Einfluss, da der fertilitätssteigernde Effekt der Arbeitsteilung entfiel.

Die Vernachlässigung der Wirkung von institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist, nach der Betrachtung beider Länder, an Beckers Theorie aus den 50er Jahren, der größte Kritikpunkt. Gerade die DDR bewies, dass durch familienpolitische Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich und der Effekt der Arbeitsteilung zu ersetzen war.

1.4 Zusammenfassung

Die These der ökonomischen Theorie besagt, dass durch eine Paarkonstellation der Gewinn der Individuen höher liegt als beim Singledasein. Um einen höheren Nutzen zu erzielen, werden die Fähigkeiten und Ressourcen der Personen zusammengelegt. Durch das gemeinsame Handeln können so *Commodities* erlangt werden, die mit dem alleinigen Kapital nicht zu erreichen wären. Vor allem durch die Zeiteinteilung der Partner kann ein höherer Gewinn und eine höhere Wohlfahrtslage erreicht werden. Durch die Gemeinschaft der Individuen entsteht so eine Produktions-, Konsum- und Versicherungsgemeinschaft, die Vorteile für den jeweiligen Partner mit sich bringt.

Die Spezialisierung der Individuen auf bestimmte Arbeitsbereiche stellt nach Gary S. Becker den Grundpfeiler einer Familie dar.

Die Annahme der Spezialisierung wird heute allgemein als „male breadwinner model“ bzw. „female homemaker model“ bezeichnet (vgl. Leitner/Ostner/Schratzenstaller 2004, S. 9). Die Zuordnung der spezifischen Rollen legt folgende Vermutung nahe:

Bei höherem Humankapital des Mannes, welches ein höheres Einkommen nach sich zieht, müsste seine Fertilität steigen. Bei zunehmender Bildungs- und Arbeitsbeteiligung der Frau sinkt die Fertilität. Ohne Berücksichtigung der institutionellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen eines Staates wären, bei Beteiligung beider Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt, nicht genügend Ressourcen für Kinder vorhanden.⁷

⁷ Auch Laurent Toulemon und Evelyne Lapierre-Adamcyk weisen in ihrer Studie „Demographic Patterns of Motherhood and Fatherhood in France“ darauf hin, dass Frauen und Männer unidentische Fertilitätsprofile aufweisen. Hohe Bildung und berufliche Etablierung des Mannes scheint positiv auf die Kinderzahl eines Paares zu wirken. Bei identischer Arbeitsmarktverbundenheit der Frau erfolgt jedoch das Gegensätzliche und die Kinderanzahl sinkt (vgl. Toulemon/Lapierre-Adamcyk o.J., S.299; zitiert nach: de Singly 1987). Je mehr Männer in ihr Humankapital investieren, desto mehr kann ihren Familien und ihren Kindern geboten werden und desto höher ist ver-

Ein gutes Beispiel des Doppelverdienermodells stellt die ehemalige DDR dar, in der die arbeitenden Frauen staatlich unterstützt wurden und somit das Risiko des Überganges zur Vaterschaft und Mutterschaft steigen könnte. Betrachtet man also zusammenfassend die Modelle im Zusammenhang mit der ehemaligen DDR und BRD, lässt sich ein Bezug zur DDR als Doppelverdienermodell und zur BRD als moderne Variante des Ernährermodells herstellen. Somit kann zwischen dem „male breadwinner“ und dem „adult worker-Modell“ ein Vergleich im Übergang zum ersten Kind beim Mann gezogen werden, in dem die DDR gegenüber der BRD betrachtet wird.

Um der Theorie des male breadwinner-Modells nachgehen zu können ist ein Einblick in die familien- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen unerlässlich. Da gerade die unterschiedliche Einbindung der Frau auf den Arbeitsmarkt und die institutionellen Rahmenbedingungen in beiden Teilen Deutschlands Auswirkungen auf das Fertilitätsverhalten der Männer zeigen könnten, soll im folgenden Kapitel auf diese näher eingegangen werden. Dabei wird, mit einem historischen Rückblick, der Wandel der Familie und der Vaterrolle bis zur Familie in der DDR und BRD betrachtet. Ein kurzer Einblick in die Geburtenentwicklung in beiden Staaten soll eine Ausgangslage für diese Untersuchung schaffen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Fertilitätsverhalten könnten somit auf die unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen zurückgeführt werden.

mutlich das Risiko zum ersten Kind. Demnach müsste bei Männern zwischen Bildung bzw. Erwerbsstatus und dem Übergang zum ersten Kind eine positive Korrelation bestehen.

2 Familie und Vaterrolle im Wandel

Was bedeutet „die“ Vaterrolle? Ist es das Handeln von Vätern in den Familien einer bestimmten Gesellschaft oder das vorgegebene Bild einer Gesellschaft über die Väter?

Anhand dieser Fragen wird deutlich, dass das tatsächliche Handeln und das gewünschte Idealbild der Vaterrolle nicht unbedingt identisch sein müssen. Jede Gesellschaft kann andere Normen und Erwartungen an den Vater richten. Wie sich diese Anforderungen jedoch tatsächlich in der Familie äußern, bleibt weitestgehend unbeobachtet und muss sich nicht notwendigerweise gleichen.

Die Vaterrolle wird nicht nur durch die Persönlichkeitsentwicklung des Mannes oder beispielsweise durch die Partnerin bestimmt, sondern hängt ebenfalls stark von der Gesellschaft selbst, ihrer Geschichte und Kultur, in denen die Menschen bzw. Väter leben, ab. Dabei wirken Gesetze, Wirtschaftsfaktoren, Lebensweisen, Normen, Religionen, Ideologien, Sitten und Bräuche einer bestimmten Gesellschaft auf das Bild und das Handeln des Vaters. Kurz, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen tragen Entscheidendes zur Prägung der Vaterrolle bei (vgl. Matzner 2004, S. 133; zitiert nach: Demos 1982, S. 425, Mintz 2002, S.9).

Daraus folgt, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der ehemaligen DDR und der BRD Einfluss auf Stereotypen⁸ bzw. Idealbilder der Väter genommen haben. Der Stereotyp des Vaters wird durch die Beobachtung des väterlichen Handelns und Denkens durch die Gesellschaft geprägt. Die paternalen Idealbilder der Gesellschaft entstehen durch den gesellschaftlichen Wunsch, wie die Väter handeln und denken sollten (vgl. Matzner 2004, S.133). Die idealisierten Vaterbilder der Gesellschaft nehmen Einfluss auf das Handeln von Vätern und umgekehrt wirkt das väterliche Handeln auf die Gesellschaftsbilder der Väter zurück.

Bei der Rolle der Mutter ist es jedoch teilweise anders. In jeder Gesellschaft sollte ihr die Liebe und Fürsorge zu ihren Kindern zugeschrieben werden. Die Frau hat gegenüber dem Mann andere Voraussetzungen - sie ist biologisch durch das Austragen und Stillen mit ihrem Nachwuchs so eng verbunden, dass sie die Rolle der Mutter gar nicht abstreiten könnte. Dadurch ist der Vater von Natur aus von sei-

⁸ „Es handelt sich um relativ dauerhafte, auf wenige Merkmale reduzierte Vorstellungsbilder von Personen, Gruppen, Verhältnissen oder Dingen“ (Schäfers 2000, S. 423).

nen Kindern weiter entfernt als die Mutter, denn erst soziokulturelle Faktoren definieren die soziale Vaterschaft zu dessen Kindern (vgl. ebd.). Männer haben einen größeren Gestaltungsraum als Frauen in Bezug auf ihre Rolle. In unserer heutigen Gesellschaft gibt es z.B. nicht nur ein führendes Vaterschaftskonzept, sondern viele Variationen aus spezifischen Vaterschaften (vgl. ebd., S. 17). Das bedeutet, dass „die“ Vaterschaft an sich nicht existiert. Es gibt nicht nur den Vater, sondern viele Väter, die unterschiedliche Vaterschaftskonzepte hervorbringen (vgl. ebd.). Da Vaterschaft durch soziokulturelle Faktoren mehr bestimmt wird als Mutterschaft, ist diese dem zu Folge auch dem soziokulturellen Wandel stärker unterworfen (vgl. ebd., S. 134).

Im nächsten Kapitel wird auf die Veränderungen der Geschlechterrollen⁹ anhand des Wandels der Familie näher eingegangen. Das gesellschaftlich vorgegebene Rollenideal des Vaters bzw. der Mutter muss dabei nicht zwangsläufig zur Realität werden. Das bedeutet, dass der Wandel, der bei den Geschlechterrollen einherging, soziokulturell zwar vollzogen wurde, es aber eine Diskrepanz zwischen gewünschtem und tatsächlichem Handeln gegeben haben kann.

2.1 Veränderung der Geschlechterrollen

Das Lied von der Glocke

„[...] Der Mann muß hinaus
 Ins feindliche Leben,
 Muß wirken und streben
 Und pflanzen und schaffen,
 Erlisten, erraffen,
 Muß wetten und wagen,
 Das Glück zu erjagen.[...]
 Und drinnen waltet
 Die züchtige Hausfrau,
 Die Mutter der Kinder,
 Und herrschet weise
 Im häuslichen Kreise,
 Und lehret die Mädchen
 Und wehret den Knaben, [...]“

Friedrich Schiller

⁹ Geschlechterrollen können als Einstellungen, Werte, Denk- und Handlungsweisen definiert werden. Diese werden in einer Gesellschaft dem Mann oder jeweils der Frau zugesprochen (vgl. Hollstein 2004, S. 245).

Mit der Familie verbindet man Emotionalität und Liebe, welche auf rationale Weise nicht vollständig erklärt werden können und die durch politische, kulturelle, religiöse Faktoren und durch Zeit und Raum beeinflusst werden (vgl. Hollstein 2004, S.18). Wie sich in der Geschichte die Beziehungen der Menschen zueinander wandeln, ändern sich auch die Erwartungen, sowie Handlungs- und Verhaltensweisen der Männer und der Frauen. Am einfachsten sind diese Veränderungen am Beispiel der Familie und ihrer Entwicklung sichtbar zu machen. Aus dieser Betrachtungsweise können am elementarsten die Veränderungen der Geschlechterrollen deutlich gemacht werden.

Beginnend in der vorindustriellen Zeit war vor allem die handwerkliche und bäuerliche Lebensweise in Form des *ganzen Hauses* charakteristisch. Es handelte sich dabei um eine Familienwirtschaft, in welcher der heimische Wohnort der Familien gleichzeitig der Produktionsstätte entsprach (vgl. Peuckert 2002, S.21). In dieser Sozialform arbeiteten Männer, Frauen und Kinder Seite an Seite und erfüllten eine Vielzahl von Aufgaben. Hier waren die Familienmitglieder nicht nur Konsumenten und Produzenten, sondern stellten gegenseitige Alters- und Gesundheitsfürsorge dar (vgl. ebd.). Die Gründung einer Familie erfolgte nicht vorwiegend aus Liebe, sondern zum Erhalt einer Arbeitsgemeinschaft. Das Verhältnis der Eheleute wurde durch Sachlichkeit bestimmt, Gefühle hatten untergeordnete Bedeutung (vgl. Hollstein 2004, S.19; Peuckert 2002, S.21).

Der Ehemann war das Oberhaupt der Familie, ihm unterstanden nicht nur seine Ehefrau und Kinder, sondern auch verwandte und nichtverwandte Familienmitglieder wie Knechte, Mägde, Gesellen oder auch Lehrlinge (vgl. Peuckert 2002, S.21). Kinder wurden als potentielle Arbeitskräfte angesehen und die Empfindungen bzw. Beziehungen zu ihnen waren relativ gefühlsarm und eher gesindegleich (vgl. ebd.). Der Hausvater besaß zwar die Macht über seine Familie, dennoch wurden viele Funktionen an die Hausmutter, an dritte Personen oder an den Staat übergeben (vgl. Matzner 2004, S. 136).

Im „ganzen Haus“ war der Vater Adressat für die Kindererziehung, denn die Frau galt als zu gefühlsbetont um dieser Aufgabe gerecht zu werden (vgl. ebd.; zitiert nach: Habermas 2000, S. 365ff., Hausen 2001, S. 25ff., Pollock 2001, S. 205). Zwar waren Frauen für die Versorgung der Kleinkinder zuständig, aber bis vor dem Ende des 19. Jahrhunderts herrschte der Vater als Erzieher und Bezugsperson.

son. Bei einer möglichen Scheidung galt der Vater für seine Kinder als verantwortlich (vgl. Coltrane 1996, S. 29).

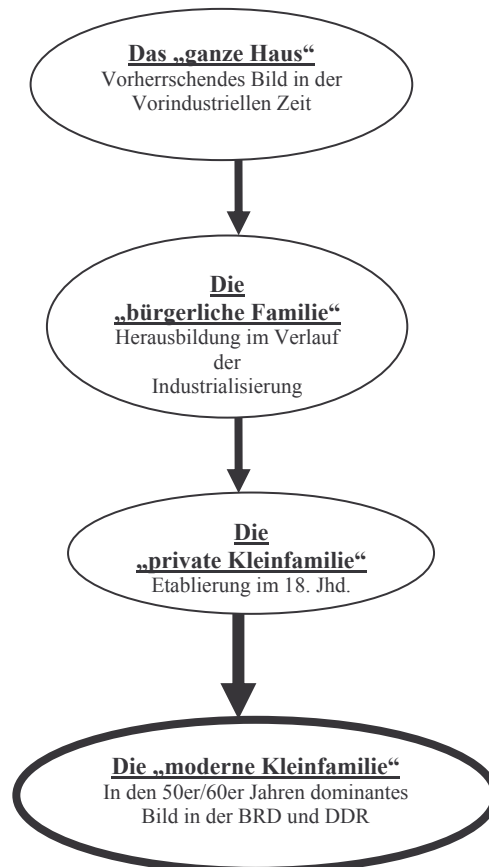
Auch hier darf nicht vernachlässigt werden, dass das vorherrschende Bild des Mannes in einer Gesellschaft nicht gezwungenermaßen mit der Realität übereinstimmen musste. Zwar war dieses Ideal in der Gesellschaft des 17. bis in das 18. Jahrhundert vorherrschend, aber die wirkliche Beziehung und die Aufgabenteilung innerhalb der Familie bleibt unserem heutigen Blick weitestgehend verschlossen. Der Hausvater hatte eine enorme Verantwortung zu tragen, der er nur mit Einvernehmen und gemeinschaftlichem Zusammenarbeiten mit seiner Frau bewerkstelligen konnte (vgl. Matzner 2004, S. 137). Den Aufgaben des Patriarchats, die dem Mann die Gesellschaft auferlegte, wurde nicht nur die Frau unterworfen, sondern auch der Mann selbst (vgl. ebd.; zitiert nach: Schmidt 1998, S. 213ff.).

Kritik einiger Wissenschaftler¹⁰ wurde laut, dass das „Unterdrückerbild“ des Hausvaters nicht ganz mit der Realität übereinstimme (vgl. Matzner 2004, S. 137f). Trotz der Autorität des Mannes vor seiner Familie konnte sein Umgang mit den Familienmitgliedern durchaus liebevoll sein. Die Arbeitsteilung der Eheleute entsprach nicht der Geschlechterspezialisierung im „male breadwinner-Modell“. Es existieren dem zu Folge zwei unterschiedliche Bilder über diesen Familientypus (vgl. Matzner 2004, S. 137f).¹¹

¹⁰ Siehe dazu auch Mintz 2002

¹¹ Faktum ist, dass die Rollen, die die Familienmitglieder schmücken, größtenteils von der Gesellschaft geformt werden und wurden.

Abbildung 3: Entwicklung der Familie



Quelle: Peuckert 2002, S. 22-29; eigene Darstellung

Abbildung 3 zeigt den weiteren Ablauf der Entwicklung der Familie vom „ganzen Haus“ bis zur „modernen Kleinfamilie“.

Im Zuge der Industrialisierung und der Verbreitung der kapitalistischen Produktionsart kam es bald zur Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte, und das „ganze Haus“ verlor zunehmend an Bedeutung (vgl. Peuckert 2002, S. 22; Hollstein 2004, S. 19).

Dieser Wandel kann als Ursprung eines umfangreichen gesellschaftlichen Differenzierungsprozesses angesehen werden (vgl. Beer 1991, S. 155)¹². Die Veränderung der Wirtschaft und der Lebensformen, der Wandel der Arbeits- und Ausbildungsarten und die zunehmende Mobilität förderten die Schwächung des „ganzen Hauses“ und der Machtstellung des Vaters. Die Entstehung eines Staates, die Einführung von Erziehungsinstitutionen, neue Normen und Werte veränderten das Leben der Menschen. Diese Entwicklung fand je nach Gesellschaft, Bevölke-

¹² Das bedeutet, dass sich gesellschaftliche Teilbereiche herausbildeten, die eine Spezialisierung auf bestimmte gesellschaftliche Funktionen aufwiesen (vgl. Beer 1991, S. 155).

rungsschicht und Religion in unterschiedlichem Maße statt (vgl. Matzner 2004, S. 138).

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und später grundsätzlich im 19. Jahrhundert entstand die *bürgerliche Familie*. Im gebildeten und begüterten Bürgertum kristallisierte sich somit das erste Modell der „modernen Kleinfamilie“ heraus. Es war nicht notwendig, dass Kinder und Frauen aus der bürgerlichen Kleinfamilie einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Die zuvor gelebten sachlichen gefühlarmen Beziehungen der Familienmitglieder untereinander wurden durch emotionale Verbundenheit ersetzt. Die Liebe wurde für die meisten Menschen des Bürgertums zum Ideal und Grundvoraussetzung zur Gründung einer Ehe und Familie. Hier wurde der Grundstein der Spezialisierung der Geschlechter auf bestimmte Arbeitsbereiche gelegt: Die Frau war von nun an für das Familiäre und der Mann als Ernährer verantwortlich. Das bedeutet auch, dass die Erziehung der Kinder nicht mehr in den Händen des Vaters, sondern der Mutter lag. Kinder, die zuvor im „ganzen Haus“ als potentielle Arbeitskräfte angesehen wurden, erhielten in der „bürgerlichen Familie“ den heutigen Stellenwert eines Kindes. Kindheit wurde als eigenständige Lebensphase angesehen und gesellschaftlich anerkannt (vgl. Peuckert 2002, S. 22; Huinink 1995, S.16; zitiert nach: Rosenbaum 1982, S. 262ff.). Kinder stellten den Mittelpunkt des familiären Lebens dar.

Väter um das Jahr 1800 wurden durchaus als liebevolle Väter und Väter „zum Anfassen“ beschrieben (vgl. Matzner 2004, S. 139; zitiert nach: Trepp 1996). Hierarchie und Ordnung, die bestimmenden Begriffe der alten Form der väterlichen Dominanz, wurden durch Gegenseitigkeit, Begleiter und persönliches Glück ersetzt. (vgl. Coltrane 1996, S. 30). Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Ideal der „romantischen Liebe“ und der privatisierten Kleinfamilie, durch den literarischen Diskurs und den Aufstieg des Bürgertums ab 1830 zum kulturellen Leitbild. Die Sexualität gewann zunehmend an Bedeutung und die Ehe wurde zum Symbol der Verbindung zweier einzigartiger Individuen. Die Individualität der Personen wurde zunehmend wichtiger. Das Postulat der romantischen Liebe setzte bei der Verbindung zweier Personen Ernsthaftigkeit, Dauerhaftigkeit und Exklusivität voraus. Durch diese Vereinigung wurden Mann und Frau, zumindest theoretisch, als gleichwertig angesehen. Doch das Ideal der romantischen Beziehung wurde zur Normalität ohne das Merkmal der Geschlechtergleichheit (vgl. Peuckert 2002, S.22f.).

Mit Beginn der Industrialisierung verstärkten sich die Gegensätze zwischen Mann und Frau. Die charakterlich zugeschriebenen Eigenschaften von Mann und Frau verhielten sich folglich konträr: Der Mann herrschte und galt als vernünftig, die Frau wurde mit den Eigenschaften der Fürsorglichkeit und Hingabe verbunden. Die Außen- und Innenwelt (Arbeitsplatz und Familie) wurden auf Mann und Frau aufgeteilt (vgl. Hollstein 2004, S. 20). Der Mann fällt in seiner Stellung die Entscheidungen und war Träger der Macht, denn durch die Verlagerung der Frauenrolle auf die innere Welt erfuhr sie, trotz ihrer finanziellen und existenziellen Absicherung, eine zunehmende Abhängigkeit von ihrem Ehemann (vgl. Huinink 1995, S. 17). In der Gesellschaft konnte sie sich mit der beruflichen Stellung ihres Mannes plakatieren und wurde z.B. als Frau Doktor titulierte. Durch die Reduzierung der Frau im Verlauf des 19. Jahrhunderts auf die Konsumtionswirtschaft¹³, weg von der Hauswirtschaftsfunktion des „ganzen Hauses“, verlor die Frau in der Gesellschaft zunehmend an sozialer Bedeutung (vgl. Hollstein 2004, S. 20f.). Durch die Abhängigkeit der Frau von der Arbeits- und Finanzlage des Mannes kam es weiterhin zur Schließung von „Vernunftsehen“ (vgl. Peuckert 2002, S. 24).

In den „Arbeiterfamilien“ konnte lange Zeit nicht nach dem Ideal der bürgerlichen Familie gelebt werden. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit der Frau und manchmal sogar der Kinder machten aus der bürgerlichen Familie eine Wunschvorstellung, welcher man sich zwar gerne anschließen wollte, aber aus der Not nicht konnte. Bis 1950 war, durch die schlechte krisenhafte Zeit, die Verbreitung dieses Familientypus auf alle Schichten relativ erfolglos (vgl. Peuckert 2002, S. 24; Huinink 1995, S. 17). Erst in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts konnte das Ideal der Kleinfamilie in beiden Teilen Deutschlands und auch in anderen europäischen Ländern in die Realität umgesetzt werden. Denn in diesen Jahren konnte es, z.B. durch das Wirtschaftswunder und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Bevölkerungsschichten kommen. Auch die Kirchen und die Parteien trugen zur Etablierung der *modernen Kleinfamilie* bei.

¹³ Im ganzen Haus waren Mann und Frau zusammen verantwortlich für die Produktion und Konsumtion von Gütern, in der bürgerlichen Kleinfamilie hatte die Frau jedoch nur noch die Aufgabe der Führung des Haushalts zu erfüllen.

Mit diesem Familientypus wurden eine lebenslange monogame Ehe und die „Produktion“ von Kindern verbunden. Die Familie wurde institutionalisiert, das heißt, dass Eheschließung und daraus resultierende Familiengründung als selbstverständlich galten. Hohe Heirats- und Geburtenraten und niedrige Scheidungsraten waren in dieser Zeit die Folge. Mit dem Einzug der Normalform der Familie wurden damalige familiäre Funktionen an Institutionen abgegeben (vgl. Peuckert 2002, S. 24f.). Die Kernfamilie bestand aus Vater, Mutter und mehreren Kindern. Auch hier galt die geschlechtliche Arbeitsteilung: Frauen hatten die Rolle der Mutter und Ehefrau zu erfüllen, was keine Vereinbarkeit mit einer Erwerbstätigkeit zuließ, und Männer hatten durch ihr berufliches Engagement ihre Familie zu ernähren. Diese Arbeitsteilung galt auch für Familien unterer Schichten. Allerdings gestaltete sich dort die Umsetzung etwas schwieriger als in den besser gestellten Familien.

Nach außen hin galt der Mann während der Kriegs- und Nachkriegszeit immer noch als Familienoberhaupt, auch wenn die Rolle der Frau als Mutter und Hausfrau aufgewertet wurde. Durch die außerhäusliche Tätigkeit des Ehemannes hatte dieser kaum Zeit für seine Kinder. Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass der Krieg enormen Einfluss auf das Familienleben hatte. Eheleiche Kinder wuchsen oft ohne Vater auf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die moderne Familie in Folge der Teilung des Vorkriegsdeutschlands in DDR und BRD in verschiedene Richtungen. Die DDR und die damalige Bundesrepublik Deutschland waren somit bis zum Jahr 1949 durch die gleiche Familiengeschichte bzw. -entwicklung gekennzeichnet. Ab diesem Zeitpunkt und vor allem ab den Jahren des Mauerbaus 1960/61 erfolgte, durch den Aufbau zweier unterschiedlicher Systeme, eine dichotome Entfaltung der Familie, der Familienpolitik, der kulturellen, politischen, der sozialen und gesellschaftlichen Merkmale.

Tabelle 1 stellt zusammenfassend die wichtigsten Familienformen der Vergangenheit dar.

Tabelle 1: Übersicht der Familientypen

Familientypen	"ganzes Haus"	"bürgerliche Familie"	"privatisierende Kleinfamilie"	"moderne Kleinfamilie"
Zeit	→ vorindustrielle Zeit	→ Verlauf der Industrialisierung (zweite Hälfte des 18. Jhd. und grundsätzlich im 19. Jhd.)	→ Ende des 18. Jhd.	→ Höhepunkt in den 50er/60er Jahren in der DDR u. BRD
Merkmale	<ul style="list-style-type: none"> → handwerkliche u. bäuerliche Lebensweise → Familie war Produktionsstätte → Frau, Mann und Kinder arbeiteten Seite an Seite 	<ul style="list-style-type: none"> → Trennung von Familien- und Produktionsstätte → Herausbildung im Bürgertum → Frau u. Kinder von Erwerbstätigkeit befreit → Ursprung der spezialisierten Arbeitsteilung 	<ul style="list-style-type: none"> → Ideal der "romantischen" Liebe → Ehe = Verbindung zweier einzigartiger Individuen → die Ehe wird als dauerhaft u. exklusiv angesehen → konnte nicht auf alle Schichten umgesetzt werden, z.B. Arbeiterfamilien 	<ul style="list-style-type: none"> → lebenslange monogame Ehe → Sinn einer Ehe ist die Gründung einer Familie (Produktion von Kindern) → Institutionalisierung der Ehe
Ehemann u. Ehefrau	<ul style="list-style-type: none"> → Mann war Oberhaupt und hatte die Macht über alle → gefühlsarme u. sachliche Beziehung → Grund der Heirat war nicht Liebe, sondern potentielle Arbeitskraft u. Mitgift 	<ul style="list-style-type: none"> → Liebe wurde zum zentralen ehestiftenden Motiv → materielle Abhängigkeit der Frau von ihrem Mann, aber auch existentielle Absicherung → Mann hatte immer noch Entscheidungs- und Machtmonopol 	<ul style="list-style-type: none"> → Verbindung von Mann u. Frau ohne dem Merkmal der Gleichwertigkeit → konträre Rollen- und Charakterzuschreibung → Frau verliert zunehmend an sozialer Bedeutung, im Gegensatz zum Mann 	<ul style="list-style-type: none"> → in <u>Westdt.</u> Spezialisierung der Geschlechter auf außen- und innerhäusliche Pflichten → in <u>Ostdt.</u> weitestgehend ohne Merkmal der Gegensätzlichkeit der Geschlechter → Mann = Ernährer (Ernährermodell) u. Familienoberhaupt
Beziehung zu den Kindern	<ul style="list-style-type: none"> → Kinder wurden als Arbeitskräfte angesehen → Beziehung war gesindegleich → Kinder wurden vom Vater erzogen 	<ul style="list-style-type: none"> → Kindheit wurde als selbstständige Lebensphase anerkannt → das Kind wurde zum Zentrum familiären Lebens → Eltern-Kind-Beziehung ist Asymmetrisch → Eltern sind eher Sozialisationsagenten als Sozialisationspartner 	<ul style="list-style-type: none"> → siehe "bürgerlichen Familie" 	<ul style="list-style-type: none"> → Kinder wurden von der Mutter versorgt und erzogen

Quelle: Peuckert 2002; Hollstein 2004; Matzner 2004; Coltrane 1996; Huinink 1995

In den 50er und 60er Jahren hatte die „moderne Familie“ in der BRD und der DDR ihren Höhepunkt, allerdings mit einem Unterschied: In der BRD fand, wie beschrieben, die Arbeitsaufteilung der Geschlechter auf Ernährer- und Hausfrauenrolle statt, in der DDR erfolgte dieses ohne die Fokussierung auf die Gegensätzlichkeit der Geschlechterrollen (vgl. Peuckert 2002, S. 24f.).

In den Kapiteln 2.3 und 2.4 soll aus diesem Grund auf die Familie und die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR und der BRD eingegangen werden. Dazu soll im folgenden Kapitel kurz die Geburtenentwicklung in beiden Ländern betrachtet werden. Da bisher vorwiegend Geburtenziffern zu Frauen existieren, werden diese zur Betrachtung herangezogen.

2.2 Geburtenentwicklung in der ehemaligen DDR und BRD

Wie stellt sich nun die demographische Situation in Bezug auf das Fertilitätsverhalten für Ost- und Westdeutschland dar? Ein Vergleich des Geburtenverhaltens in beiden Ländern weist weitere Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten auf.

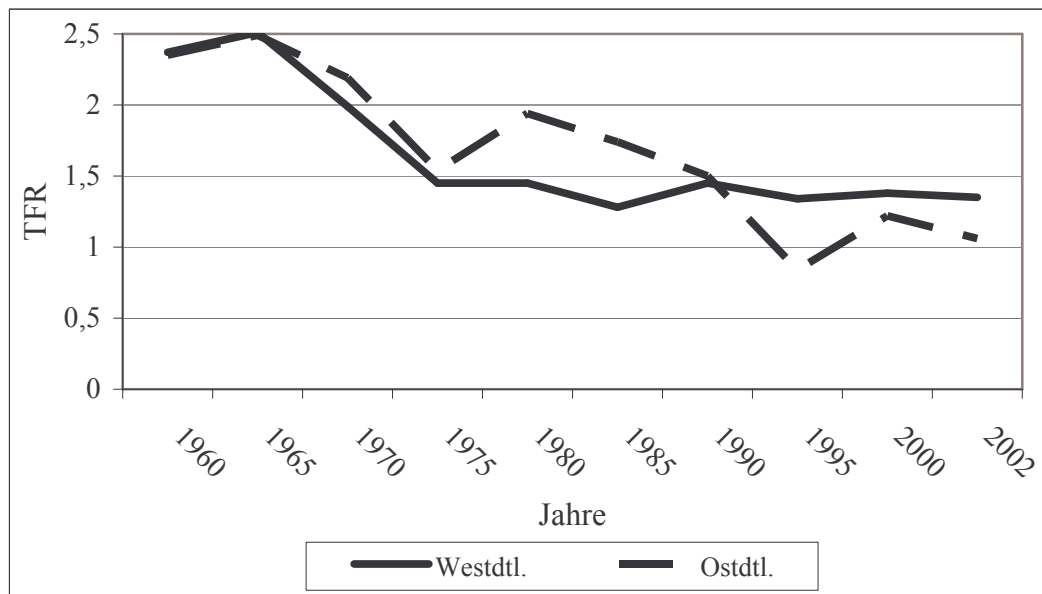
Der Verlauf der Perioden-Fertilität¹⁴ war trotz unterschiedlicher Wirtschaft, kulturellen und sozialpolitischen Bedingungen in den beiden Gesellschaften bis in die frühen 1970er Jahre ähnlich (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 285; zitiert nach: Höhn/Dorbitz 1995, S. 156 – 157, Heilig et al. 1990, S. 16).

Die Geburtenzahlen sanken seit Mitte der 60er Jahre in beiden Staaten. Dieses erfolgte jedoch mit Unterbrechungen, z.B. durch das Hineinwachsen der westdeutschen Jahrgänge aus dem so genannten Geburtenboom Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre in das reproduktive Alter. So konnte z.B. der Wiederanstieg der Geburtenzahlen in Westdeutschland in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auf die geburtenstarken Jahrgänge der 50er bis 60er Jahre zurückgeführt werden. Auch in der DDR konnte man ein Absinken der Geburtenzahlen seit Mitte der 60er Jahre, mit einer Unterbrechung zwischen 1975 und 1980, beobachten (vgl. Engstler/Menning 2003, S. 70ff.). Die TFR (kumulierte altersspezifische Fertilitätsrate) sank seit Mitte der 1960er Jahre bis 1972 von 2,5 auf 1,5 Kinder pro Frau (Abbildung 4) (vgl. Kreyenfeld 2004b, S.285; Hank 2001, S. 32). Damit die Ge-

¹⁴ Die Perioden - Fertilität ist die Anzahl der Lebendgeborenen je Beobachtungsperiode (z.B. im Kalenderjahr) (vgl. Esenwein-Rothe 1982, S. 325). Sie entspricht der Zusammengefassten Geburtenziffer.

neration der Kinder die Elterngeneration ersetzen kann, ist es aber nötig, dass pro Frau 2,1 Kinder geboren werden¹⁵.

Abbildung 4: Zusammengefasste Geburtenziffer ost- und westdeutscher Frauen, 1960-2002



Quelle: Eurostat 2004, S. 76

Mitte der 1970er Jahre begannen die Fertilitätsraten der BRD mit einem Level von 1,5 und der DDR mit circa zwei Kindern pro Frau auseinander zu driften. Der Fertilitätsanstieg in der DDR könnte ein Resultat der im Jahre 1970 eingeführten pro-natalistischen Politik sein.

Seit Beginn der 80er Jahre fingen die Zahl der Geburten und die Geburtenrate im sozialistischen Staat erneut an zu sinken (vgl. Engstler/Menning 2003, S. 70ff.). Der Geburtenrückgang hatte einen drastischen Einfluss auf die Bevölkerungsgröße der DDR, da dort kaum Migration bzw. Immigration zu verzeichnen war (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 278).

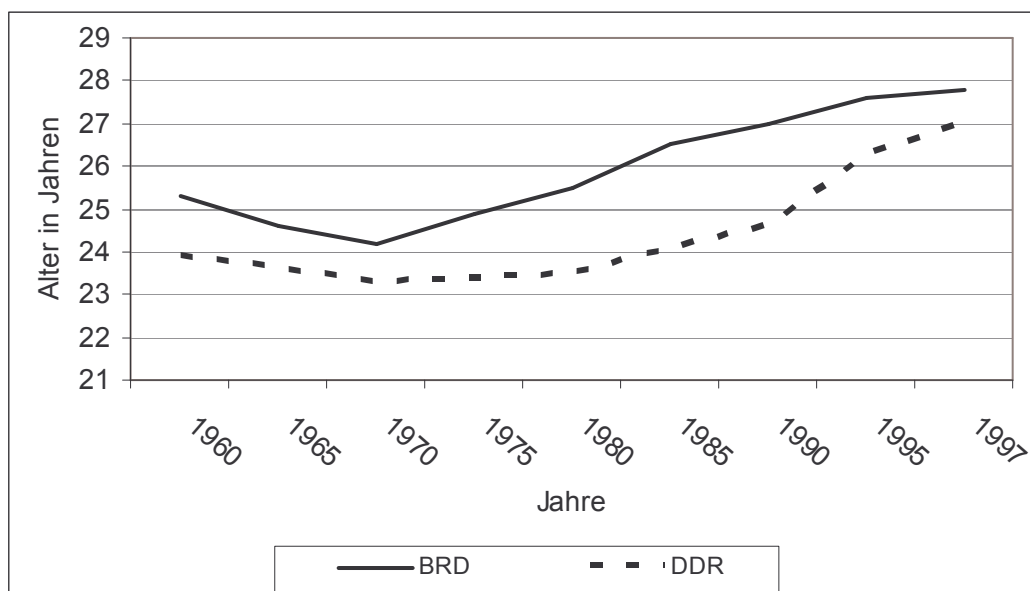
Zur Zeit der Vereinigung Deutschlands näherte sich die ostdeutsche Fertilität der der westdeutschen auf einem Niveau von 1,5 an und fiel dann sogar darunter. Das führte oft zu Diskussionen über den Einfluss von Bevölkerungspolitik auf das Geburtenverhalten. Durch die Geburtenentwicklung der DDR, die trotz etlicher familienpolitischer Maßnahmen ein Sinken verzeichnete, sprach man von keinem

¹⁵ Man spricht dabei von einem Generationenersatzniveau, welches mit Berücksichtigung der Sterblichkeit und der Sexualproportion bei 2.1 Kindern pro Frau liegt. Jede Frau im gebärfähigen Alter sollte im Durchschnitt eine Tochter zur Welt bringen, die wiederum in das reproduktive Alter eintritt und Kinder produziert.

signifikanten Einfluss der Bevölkerungspolitik auf die Fertilität (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 285; zitiert nach: Dorbitz/Fleischhacker 1995).

Das mittlere Alter bei der Geburt des ersten Kindes hatte sich in beiden Ländern erhöht (Abbildung 5). Die ostdeutschen Frauen waren jedoch bei diesem Ereignis im Durchschnitt jünger als die westdeutschen. Im Jahr 1970 befanden sich die Frauen in der DDR bei der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich im Alter von 23,3 Jahren, im Jahr 1990 dagegen bei 24,6 Jahren. Das Durchschnittsalter der westdeutschen Frauen hatte sich vom Jahr 1970 bis 1990 von 24,2 auf 27 Jahre erhöht.

Abbildung 5: Mittleres Alter bei der Geburt des ersten Kindes ost- und westdeutscher Frauen, 1960-1997



Quelle: Eurostat 2004, S. 14

Notiz: Für die BRD wurden nur eheliche Geburten herangezogen.

Der Vergleich der Fertilität zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt, dass es eine positive Wirkung der pro-natalistischen Bevölkerungspolitik auf die Fertilität gegeben haben muss. Das Fertilitätsverhalten in beiden Teilen Deutschlands war trotz ähnlicher Entwicklung der Fertilität unterschiedlich. So unterschied sich beispielsweise das Alter der Frau bei der ersten Geburt in beiden Ländern. Die Frauen in Ostdeutschland bekamen ihr erstes Kind durchschnittlich früher als ihre westdeutschen Geschlechtskameradinnen. Diese Differenz im Durchschnittsalter bei der ersten Geburt in Ost- und Westdeutschland zieht Paritätsunterschiede nach

sich, und das wiederum hat Auswirkungen auf die gesamte Fertilität in beiden Ländern (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 285).

2.3 Familie, Vaterschaft und die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR

Die demographische Entwicklung der DDR-Bevölkerung wurde, sowie die Bevölkerung der BRD auch, stark vom Zweiten Weltkrieg geprägt. Der Sozialismus hatte seit seinem Beginn mit der Abnahme seiner Bevölkerungszahl zu kämpfen. Dabei war die Fluchtbewegung in den ersten Jahren der DDR Hauptgrund für diese Entwicklung. Von 1950 bis Ende 1961 verringerte sich der Bevölkerungsbestand um 1.253.866 Personen. Der Altersaufbau in der DDR wurde immer ungünstiger und es erfolgte ein Prozess der Überalterung, da die Bevölkerungsabnahme in Bezug auf die Altersstruktur nicht gleichmäßig verlief. Das war der Grund für die Einführung bevölkerungspolitischer Maßnahmen in den 60er Jahren. Der Einsatz dieser erfolgte aber erst Anfang der 70er Jahre und verursachte daraufhin einen kurzzeitigen Anstieg der Geburten (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 77).

Die Sozialpolitik des sozialistischen Staates richtete sich nach dem Leitbild der marxistisch-leninistischen Gesellschaft. Mit der Gründung der DDR im Jahr 1949 sollte gleichzeitig die Gründung eines „Arbeiter- und Bauernstaates“ erfolgen. Die sozialistische Sozialpolitik wurde als homogene Politik der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten definiert (vgl. ebd., S. 58). Sie schloss folgende Zielstellungen in ihren Aufgabenbereich ein (vgl. Winkler 2001, S. 19f):

- Jeder sollte das Recht auf Arbeit haben. Dabei wurde sich auch auf die Verbesserung der sozialen, materiellen und zeitlichen Arbeitsbedingungen konzentriert.
- Jeder Bürger und jede Familie sollte mit ausreichend Wohnraum und entsprechendem Komfort ausgestattet werden.
- Die Familie sollte gefördert und eine Vereinbarkeit zwischen Beruf und familiären Pflichten geschaffen werden.
- Für weitestgehende Chancengleichheit für den Zugang zur Bildung, gesundheitlicher Betreuung und Erholungseinrichtungen sollte gesorgt werden.

- Eine Sozialversicherung, die durch Steuern finanziert wurde, sollte spezifischen Schutz und soziale Sicherung im Alter und bei Krankheit darstellen.

Familienpolitik stellt das Handeln und die Maßnahmen des Staates dar, welche auf die Entwicklung der Familie Einfluss nehmen. Sozialpolitik entspricht in diesem Zusammenhang der Zurverfügungstellung von Mitteln zur Durchsetzung familienpolitischer Ziele (vgl. Grandke 2001, S. 317).

In der Sozialpolitik der DDR wurde der Mann bzw. der Vater nur in Verbindung mit der Familie betrachtet und es erfolgte stets eine Konzentrierung auf die Frau. Es fällt somit schwer, spezifische Rechtsregelungen aus der Familienpolitik der DDR für den Mann herauszufiltern. Aus diesem Grunde werden die sozial- und familienpolitischen Maßnahmen in Bezug auf die Familie untersucht. Der Eingriff des Staates durch seine familienpolitischen Unterstützungen kann einen direkten Einfluss auf das Handeln des Mannes und dessen Vaterschaft haben.

Familie und Ehe waren in der DDR eng aneinander gekoppelt. Schlägt man in sozialistischen Lexika¹⁶ den Begriff *Ehe* nach, wird man ohne weitere Definition auf die *Familie* verwiesen. Den Begriff *Vaterschaft* findet man in der Literatur eher im Zusammenhang mit der Familie und der Ehe als isoliert. Die Aufmerksamkeit gegenüber der ostdeutschen Mutter und der erwerbstätigen Frau in der sozialistischen Gesellschaft stellte nicht nur zu DDR-Zeiten eine Fokussierung dar. Auch heute gilt vor allem die Aufmerksamkeit von Untersuchungen der Mutterschaft in der DDR, da gerade dort im Gegensatz zur damaligen Bundesrepublik das Außergewöhnliche das Gewöhnliche war: die Gleichstellung von Mann und Frau im Berufsleben.

Man konnte zwar durchaus die Ziele und Durchsetzung der Sozialpolitik der DDR als revolutionär bezeichnen, aber ihr Hauptinteresse richtete sich nicht wirklich auf die Familie per se, sondern vor allem auf die Entwicklung der Frau und die Kinder (vgl. Grandke 2001, S. 317). So wurde beispielsweise bei der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie beim Mann kein Problem gesehen. Männer konnten z.B. die Betreuung kranker Kinder oder den Haushaltstag nicht übernehmen, da nur Müttern die bezahlte Freistellung zustand. Vätern wurde diese Er-

¹⁶ Siehe auch: Jugendlexikon Meyers 1978

laubnis höchstens durch den Betriebsleiter und der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung erteilt (vgl. Gysi 1989, S. 245). In diesem Punkt fiel dem ostdeutschen Mann, wie im male breadwinner-Modell der BRD, nur die Ernährerrolle zu. Rechtlich fielen Kinderbetreuung und Kindererziehung nicht in seinen Aufgabenbereich.

Die DDR war seit ihrer Gründung eine zentral gelenkte Planwirtschaft, d.h. nach Kriegsende erfolgte eine umfangreiche Verstaatlichung. Diese Planwirtschaft konzentrierte sich nicht nur auf die Produktion, sondern auch auf die bereits oben angeführten Merkmale einer Verteilungspolitik, wie die Verteilung der erwirtschafteten Produkte, der Löhne und auch etlicher Sozialleistungen (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 10f.). Die DDR war durch ein umfassendes Gesundheitssystem, das Recht auf Wohnen, öffentliche Bildung, öffentliche Tageseinrichtungen und öffentliche Verkehrsmittel gekennzeichnet (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 278; zitiert nach: Vortmann 1988, Schmähl 1992, Frerich/Frey 1993a, Szydlik 2002, Trappe/Rosenfeld 1998).

In der Familiengesetzgebung der DDR wurde die Familie als „Grundkollektiv der sozialistischen Gesellschaft“ bezeichnet, die dem rechtlichen und staatlichen Schutz unterstand (vgl. Peuckert 2002, S. 15). Die Familie galt als wichtigste und grundlegendste soziale Gruppe außerhalb des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses (vgl. Gysi 1989, S. 37). Zwei Kinder pro Familie galten in der DDR als normal. Diese wurden in den Betreuungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Horte) ganztägig beaufsichtigt, um die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf der Frau zu ermöglichen. Das kennzeichnet wiederum ein wichtiges Merkmal der Familie in der DDR: Die Eingliederung und Integration der Familie in die Gesellschaft (vgl. Bast/Ostner 1992, S. 235; Gysi 1989, S. 48; Frerich/Frey 1993a, S. 403). Ohne die ganztägige Betreuung der Kinder könnte die Berufstätigkeit der Frau gravierende negative Effekte auf die Fertilität der Männer haben.

Die Verhaltens- bzw. Handlungsweisen der Einwohner der DDR waren stark an juristische Regelungen geknüpft. Man versuchte die DDR-Bürger und vor allem die heranwachsenden Kinder zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ zu erziehen. Dabei sollten die Eltern der Kinder eng mit den Lehrern und dem öffentlichen Erziehungspersonal zusammenarbeiten (vgl. Helwig 1984, S. 5).

Da Ehe meist mit Familiengründung einherging, wurden innerhalb der ersten vier Jahre nach der Eheschließung die ersten Kinder der Familie geboren. Der Anteil

der Frauen in der DDR, die wenigstens ein Kind geboren hatten, betrug 90% (vgl. Gysi 1989, S. 123). Kinder galten als Lebensbereicherung und Lebensinhalt der Familien bzw. der Eltern. Vaterschaft und Mutterschaft wurden angestrebt und gerne mit allen Verpflichtungen, Einschränkungen, aber auch Bereicherungen entgegengenommen. Das Erziehen der Kinder von beiden Elternteilen schloss das von ihnen vorgelebte Bild der Geschlechterteilung ein und ließ diese somit Vorbild für ihre Kinder sein (vgl. Gysi 1989, S. 47). Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau war zwar im Gesetz verankert (seit 1949: Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau, Art. 7 Abs. 1) und im FGB (Familiengesetzbuch) von 1965 wurden beiden Partnern die Verantwortung für die Erziehung der Kinder und dem Familienhaushalt übertragen, aber in der Realität sah das Bild anders aus: Frauen hatten zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit die Aufgaben des Haushalts und der Kinderversorgung zu erfüllen (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 392ff.; Nave-Herz 2002, S. 9; Gysi 1989, S. 43).

Seit Beginn der 50er Jahre gab es Unterstützungen für kinderreiche Familien. Durch materielle Anreize erhoffte man hohe Geburtenraten zu erzielen. So versuchte man unter anderem Maßnahmen zu ergreifen, die die finanzielle und materielle Lage kinderreicher Familien verbessern sollte. (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 405):

Durch die Politik der SED wurde mit dem „Mutter- und Kinderschutzgesetz (MuSchG)“ nicht nur versucht die kinderreichen Familien zu unterstützen, sondern auch Mütter mit unehelichen Kindern. Im Laufe der DDR-Geschichte erhielten Familien bei der Geburt ihres ersten Kindes 1000 Mark, beim zweiten Kind 1500 Mark und bei der Geburt des dritten Kindes 2500 Mark¹⁷ (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 279; Frerich/Frey 1993a, S. 415). Damit wurde auch ein Anreiz gesetzt, um die Fertilitätsentscheidung des Mannes zu beeinflussen. Ab 1972¹⁸ förderte die Familienpolitik so die frühe Gründung von Familien durch gezielte materielle Förderung (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 279; Helwig 1984, S. 6, Frerich/Frey 1993a, S.415). So wurden bis 1975 vom Staat circa 600 Mio. Mark zur Unterstützung von Familien und alleinerziehenden Eltern und deren Gründung eines eigenen Haushaltes bereitgestellt (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 415). Junge Eheleute wurden mit einem zinslosen Kredit unterstützt, um Einrichtungsgegenstände und

¹⁷ Das Gesetz der VO galt ab 1972.

¹⁸ Siehe Tabelle 2

Haushaltsgeräte anschaffen zu können. Von diesem Kredit wurde bei der Geburt des ersten Kindes und der darauf folgenden etwas Geld erlassen¹⁹ (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 415; Bast/Ostner 1992, S. 236).

Seit Ende der 60er Jahre wurden kinderreiche Familien²⁰ unterstützt durch

- Vergabe von Wohnraum, indem diese Familien bevorzugt wurden.
- Förderungsmaßnahmen beim Erlangen und Kauf von Eigenheimen.
- Mietzuschüsse.
- Finanzielle Zuschüsse zum Kauf von Kleidung und der Teilnahme von Kindern an Ferienlagern (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 411)

Paare hatten durch die Verfügbarkeit von Contraceptiva und der Aufhebung des Abtreibungsverbots im März 1972 das Recht und die Möglichkeit sich bewusst für Elternschaft zu entscheiden. Die Politik konnte sich nun nicht mehr allein auf die Berufstätigkeit der Frau und die Entwicklung ihrer Kinder konzentrieren, sondern musste versuchen, die Entscheidungen der Paare für ein Kind zusätzlich durch Anreize zu beeinflussen (vgl. Grandke 2001, S. 324). Im Jahr 1975 wurde das Gesetz des staatlichen Kindergeldes erweitert um Familien und Kinder zu unterstützen. 1977 kam es zur Einführung des so genannten „Babyjahres“, jedoch galt dies nicht für den Vater.

Die Ehe brachte jungen Paaren Vorteile bei der Wohnungsbeschaffung und den Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Da durch die Ehe keine Einschränkung der Frau zu befürchten war, bedeutete dieses einen weiteren Anreiz für die Eheschließung. Das Familienleben stand für die DDR-Bürger hoch in der Wertehierarchie (vgl. Vaskovics u.a. 1994, S. 42ff.).

Bei einer Scheidung wurde rechtlich der Mutter das Kind zugewiesen. Nur im Fall der Vernachlässigung konnte der Vater das Sorgerecht für sein Kind erhalten. Väter waren in diesem Punkt gegenüber den Frauen benachteiligt. Sie waren auf die Großzügigkeit der von ihnen geschiedenen Frauen angewiesen, wenn es um die Frage des Besuchsrechts ihrer Kinder ging. Oft brach der Kontakt zu den Kindern vollständig ab, da die vorherigen Besuche bereits kurz gehalten wurden. Bei einer Scheidung wurde den Frauen und ihren Kindern meist die Wohnung zuge-

¹⁹ siehe Tabelle 2

²⁰ Als kinderreiche Familien galten Familien bereits mit drei Kindern (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 411).

sprochen, den Männern das Auto (vgl. Gysi 1989, S. 245f.). Unterhaltsanspruch galt nur dann, wenn aufgrund der Kinderbetreuung, Krankheit oder anderer Gründe die wirtschaftliche Selbstständigkeit eingeschränkt war (vgl. Nave-Herz 2002, S. 9f.). Die Unterhaltszahlung war auf einen kurzen Zeitraum nach der Scheidung befristet. Durch die hohe Zahl von Scheidungen, alleinstehenden Müttern und den Kohabitationen war die „soziale Vaterschaft“ in der DDR stark verbreitet. Die Gründung neuer Partnerschaften mit bereits vorhandenen Kindern stellte keine große Problematik für die neuen Männer der Familie dar (vgl. Gysi 1989, S. 245f.). Aus dieser rechtlichen und sozialen Praxis lässt sich kein negativer Effekt auf die Fertilitätsentscheidung des Mannes ableiten, sondern es kann im Gegenteil ein positiver Effekt angenommen werden. Der Mann band sich nicht über die Scheidung hinaus an seine Partnerin und musste keine langfristigen Unterhaltszahlungen an seine Frau befürchten.

Tabelle 2 zeigt die wichtigsten Etappen der Sozialpolitik in der DDR. Vor allem wurden die Entwicklungsstationen, die sich auf die Familie und somit auch auf den Mann bezogen, berücksichtigt.

Tabelle 2: Familien- und Sozialpolitik in der DDR

1949	Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau → Förderung der Frau im Arbeitsprozess und Mutter in der Familie		Kauf von Kleidung und zur Teilnahme an Kinderferienlagern
1950	Gesetz der Arbeit (GdA)	1967	staatliches Kindergeld für Familien und Familien mit mehr Kindern → für 4. Kind auf 60 M erhöht → ab 5. Kind auf 70 M erhöht → ansonsten 20 M
1950	Geburtengeld → ab Geburt des 3. Kindes erhielt man einmalig 100 Mark → für 4. Kind 250 M → ab 5. Kind 500 M → mit mehr als 3 Kindern erhielt man laufende Unterstützung bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres → für 4. Kind 20 M/Monat → ab 5. Kind 25 M/Monat	1972	gezielte materielle Förderung junger Ehen → Kredit für junge Eheleute bis zu 26 Jahren (bei Erstehe und gemeinsamen Bruttoeinkommen von weniger als 1400 M/Monat) → bis 5000 M dieses Kredites waren zinslos (zur Ausgabe von Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen) → bei Geburt des 1. Kindes Erlass von 1000 M, bei Geburt des 2. Kindes 1500 M und bei Geburt des 3. Kindes 2500 M des Kredites
1954	Familienrechtsgesetz → die Familie als Institution stand im Vordergrund → Entwicklung und Festigung der Familie und Erziehung der Kinder (Entwurf scheiterte vorerst)	1976	Neues Kindergeldrecht → mit einer Reihe weiterer Verbesserungen → 1. und 2. Kind 20 M/Monat → 3. Kind 50 M/Monat → 4. Kind 60 M/Monat → ab 5. Kind 70 M/Monat (Maßnahme kam seitdem auch alleinstehenden Müttern und Vätern mit 3 Kindern zu gute)
1955	→ Liberalisierung des Arbeitsrechts	1976	sozialpolitisches Programm → Einführung des bezahlten Babyjahres
50er Jahre	→ Ausbau von Vorschulen und Horten	1984	→ weitere Unterstützung der 3-Kind-Familien Bei Krankheitsfall des Kindes bekam die Frau 90% des Nettodurchschnittsverdienstes bis zu 2 Arbeitstagen
Mitte der 60er Jahre	Verlagerung familialer Funktionen nach außen → z.B. Kindertagesstätten, Horte usw.	80er Jahre	Rückgang der Geburten führte abermals zur Propaganda der 3-Kind-Familien → für 3. und weitere Kinder Kindergeld um 100 M angehoben → Verbesserung für Kuren kinderreicher Mütter
1958	Geburtengeld → 1. Kind 500 M → 2. Kind 600 M → 3. Kind 700 M → 4. Kind 850 M → ab 5. Kind 1000 M	1986	Verbesserung der Kredite für junge Paare → z.B. galt jetzt auch für Ehepaare bis zum 30. Lebensjahr
1958	Familiengesetzbuch → Versuch weg vom traditionellen Familienleitbild hin zu einem neuen Typus der Familie	1987	Kindergeld → 1. Kind 50 M/Monat → 2. Kind 100 M/Monat → ab 3. Kind 150 M/Monat
1965	Familiengesetzbuch (FGB) → galt nun als eigenständige sozialistische Familienpolitik		
Ende der 60er Jahre	Unterstützungsmaßnahmen für kinderreiche Familien: → bevorzugte Vergabe von Wohnraum → Unterstützung beim Kauf und Bau von Eigenheimen → Mietzuschüsse → finanzielle Unterstützung zum		

Quelle: Frerich/Frey 1993a

Gründe für die ausschließliche Berücksichtigung der Mütter in der Sozial- und Familienpolitik sind bis heute nicht bekannt. Man könnte annehmen, dass diese Nichtbeachtung aus ökonomischen Gründen erfolgte. Berechnungsgrundlage für Förderungen der Sozialpolitik war meist das Einkommen der Personen. Die Begünstigungen des Mannes, welcher meist ein höheres Einkommen zu verzeichnen hatte, wären teurer gewesen als die der Mütter. Auch waren Männer Teil der

volkswirtschaftlich tragenden Bereiche und der Armee, eine Förderung der Väter hätte zur Reformschwäche des Systems führen können²¹ (vgl. Grandke 2001, S. 330).

2.4 Familie, Vaterschaft und die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der BRD

Auch die westdeutsche Bevölkerung hatte im Zweiten Weltkrieg Verluste erlitten, aber mit dem Ende des Dritten Reiches im Mai 1945 begann ein neues Kapitel der Geschichte.

Maßnahmen im Bereich der Familie betrafen das Arbeitsrecht, das Einkommenssteuerrecht und das Sozialrecht (vgl. Frerich/Frey 1993b, S. 112). Familienpolitik, welche als Gesellschaftspolitik galt, sollte zur Entfaltung der Familienmitglieder beisteuern.

In den 60er Jahren erlebte auch die Familie in der Bundesrepublik ihre Blütezeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte die neu gegründete DDR ein System aufbauen, welches mit der alten familienpolitischen Tradition bricht. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen wollte bei der Wiederherstellung der Rolle der deutschen Frau in den Nachkriegsjahren Abstand zur damaligen NS-Politik und der neuen Frauenpolitik der DDR schaffen (vgl. Bast/Ostner 1992, S. 228f.). Die westdeutschen Bürger richteten ihren Blick auf die konservativen Traditionen und Werte. In Zeiten des Wandels, der Unsicherheiten und Krisen, der höheren Mobilität, der sozialen und politischen Veränderungen sollte den Bundesbürgern durch das Festhalten an Traditionen Kontinuität, Stabilität und Sicherheit gewährleistet werden (vgl. ebd.).

Die Ehe und die Familie standen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung (Art. 6 GG). Der Staat sprach von der enormen Wichtigkeit des Schutzes der Familie und der Unterstützung der arbeitenden Mutter, jedoch zur gleichen Zeit wurde die Bevölkerung zum traditionellen male breadwinner-Modell mit kontinuierlich arbeitenden Männern und teilzeitarbeitenden Frauen ermutigt (vgl. Böttcher 2004, S. 2; Kreyenfeld 2004b, S. 281). Im Vergleich zum pro-natalistischen Modell der DDR mit dem ausgebauten Netz der Kinderbetreuungs-

²¹ Dies gilt besonders vor dem Hintergrund des kalten Krieges, indem sich beide Systeme gegenüber standen.

einrichtungen, war die unzulängliche öffentliche Kinderversorgung in Westdeutschland ein Hindernis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Frau (vgl. Böttcher 2004, S. 2).

Der westdeutsche Ehemann und Vater fällt die familiären Entscheidungen. Er war das Oberhaupt und der Ernährer, wie bereits in der traditionellen Familie. Im Gegensatz zur neu gegründeten DDR sollten die westdeutschen Frauen ihre Erfüllung im Haushalt finden. Diese Ehen galten dadurch oft als „Hausfrauenehen“.

Bis Ende der 60er Jahre wurden das Bild der Mutterschaft und die Annahme, dass Väter für die Pflege und Erziehung ihrer Kinder grundsätzlich nicht geeignet seien, favorisiert. Der Mann hatte in der klar definierten Rollenzuteilung mehr oder weniger starke Entscheidungsgewalt. Der Frau wurde nahe gelegt, dass ihre Erwerbstätigkeit Defizite im Sozialisationsprozess ihrer Kinder hervorbringen würde (vgl. Peinelt-Jordan 1996, S. 81f.).

Das Unvorbereitetsein der Frauen auf die Erwerbstätigkeit, die familienbetonte Epoche der 50er und 60er Jahre, die Propagierung des Leitbildes der Familie mit Untermauerung wissenschaftlicher Erkenntnisse und die Angst vor den schädlichen Auswirkungen der weiblichen Berufstätigkeit auf die Familie, forcierte die Spezialisierung des Mannes auf die Rolle des Ernährers und die der Frau auf die Haus- und Mutterrolle (vgl. Peinelt-Jordan 1996, S. 81f.; Künzler 1994, S. 20).

Soziale und finanzielle Anreize, wie etwa Steuervergünstigungen und soziale Versicherungen, stabilisierten die Ehe als Voraussetzung für die Familie und als ökonomische Institution (vgl. Böttcher 2004, S. 2).

Es wurden folgende Maßnahmen für traditionelle Familientypen in Bezug auf das öffentliche Renten- und Gesundheitssystem getroffen (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 281):

- Verheiratete, nicht arbeitende Ehefrauen wurden bei der Gesundheitsversicherung des Ehepartners versichert.
- Im Falle der Verwitwung erhielten Frauen 60 Prozent von der Rente des verschiedenen Ehemannes.
- Im Fall einer Scheidung bestand die Möglichkeit Unterhalt einzufordern.
- Unterhaltseinforderung geschah meist aus dem Grund der Versorgung der Kinder, da es in diesem Fall für die versorgende Person fast unmöglich war, erwerbstätig zu sein.

Der Schritt zur Ehe bedeutete die Übernahme großer Verantwortung des Mannes gegenüber seiner Frau und seinen Kindern. In der Familie sorgte er durch sein Humankapitel und seinen Beruf für die finanzielle Sicherheit. Selbst bei einer Scheidung hatte er die Konsequenzen, wie zum Beispiel lebenslange Unterhaltszahlungen an seine Frau, zu tragen. Bei schlechter situierten Männern oder dem Eintreten von wirtschaftlichen Krisen, wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, stellten diese Regelungen Mindestanforderungen an den wirtschaftlichen Erfolg eines Mannes dar. Der Mann musste auch in Krisenzeiten in der Lage sein, seine Familie zu versorgen. Daher sind vor allem finanzielle Entlastungen, wie zum Beispiel Kinder- und Erziehungsgeld, Möglichkeiten die Fertilitätsentscheidung des Mannes zu beeinflussen. Deswegen sollen die Entwicklungsetappen dieser Unterstützungen im Folgenden kurz erläutert werden. In Tabelle 3, am Ende des Kapitels, werden diese Maßnahmen noch einmal zusammenfassend dargestellt.

1954 entsprach das Kindergeldgesetz (KGG) in der BRD folgenden Richtlinien: Für jedes dritte und dann jedes weitere Kind bis zum 18. Lebensjahr hatten Arbeitnehmer, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige einen Anspruch auf ein Kindergeld von 25 DM. Das Kindergeld wurde durch Beiträge von Arbeitgebern finanziert. 1955 wurde das Kindergeldgesetz (Kindergeldergänzungsgesetz – KGEG) erweitert, indem auch der empfangsberechtigte Personenkreis für Kindergeld ausgeweitet wurde. Die Personen mussten nun nicht mehr als Voraussetzung erwerbstätig sein, um Kindergeld zu erhalten (vgl. Frerich/Frey 1993b, S. 115f.).

Im Jahr 1957 und 1961 erfolgten Erhöhungen des Kindergeldes (vgl. ebd., S. 115f.). Erst im Jahr 1964 konnten mit dem Bundeskindergeldgesetz Neuregelungen und deutliche Leistungsverbesserungen erzielt werden. Die Zahlung des Kindergeldes begann ab dem zweiten Kind in Abhängigkeit vom Einkommen (vgl. ebd., S. 115f.). Die Einkommensberücksichtigung bedeutete Vorteile für einkommensschwache Familien. Männer, die nicht die Möglichkeit hatten, ihre Familien durch einen guten Job und ein gesichertes Einkommen zu unterstützen, hatten nun nicht mehr die ganze Last der Verantwortung zu tragen.

Für Mehrkindfamilien wurde die Einkommensgrenze auf 8400 DM/Jahr zum Erhalt des Kindergeldes gesetzt. Mitte der 70er Jahre verwirklichte die SPD für jede Familie, unabhängig vom Arbeitsplatz und Einkommen der Eltern, die gleichen Kindergeldleistungen. So bekamen Eltern für das erste Kind 50 DM, für das zwei-

te 70 DM und ab dem dritten Kind 120 DM. Das Kindergeld war steuerfrei. Die Zahlung erfolgte ab dem Zeitpunkt der Geburt bis zum 18. Lebensjahr, bei Kindern in Ausbildung bis zum 27. Lebensjahr (vgl. ebd., S. 116ff.).

Beim Bau von Familieneigenheimen wurden 1956 zinslose Familienzusatzdarlehen von 2000 DM bei zwei Kindern vergeben. Diese erhöhten sich beim dritten Kind und jedem weiteren Kind auf 3000 DM (vgl. ebd., S. 116ff.).

1979 wurde die „Elternzeit“ oder auch der „Erziehungsurlaub“ gesetzlich eingeführt. Demnach konnten Eltern ihre Erwerbsarbeit unterbrechen (siehe Tabelle 3). Im Jahr 1992 betrug diese Zeit durchschnittlich 3 Jahre. Dieses galt bis 1992 nur für Mütter, erst danach konnten auch Väter diese Zeit in Anspruch nehmen (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 282).

Von 1986 bis 1992 erhielten Paare Erziehungsgeld in Höhe von 600 DM (307 €) im Monat. Dabei konnte dieser Betrag bei weitem kein reguläres Einkommen eines Mannes ersetzen, der die Möglichkeit des Erziehungsurlaubes in Erwägung gezogen hätte. Die Elternzeit wurde daher überwiegend von Frauen genutzt (vgl. ebd., S. 282). Die juristischen Regelungen der BRD unterstützten so die Ernährerrolle des Mannes.

1958 trat das Gesetz der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Kraft. Damit erfolgte die Aufhebung der Vorherrschaft des Mannes in der Ehe. Das bedeutete aber nicht, dass ihm das Letztentscheidungsrecht entzogen wurde. Das Gesetz wurde so erweitert, dass Entscheidungen im gegenseitigen Einvernehmen getroffen, aber das Schlusswort immer noch vom Mann gesprochen wurde (vgl. Peinelt-Jordan 1996, S. 70).

Auch im Sorgerechtsfall hatte der Vater das Recht der Letztentscheidung. Der Mann war natürlicher Träger dieses Entscheidungsrechts. Hinzu kam eine neue gerichtliche Regelung zur Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau: Die Frau erhielt ebenfalls die Berechtigung erwerbstätig zu sein, allerdings nur, wenn es mit ihren Pflichten in der Ehe und Familie vereinbar war (vgl. ebd., S. 73). Erst 1976 wurde die Zuteilung des Haushalts an die Frau rechtlich beseitigt. Die Führung der häuslichen Pflichten war damit dem gegenseitigen Einvernehmen der Eheleute überlassen.

Beide Eheleute erhielten damit das Recht der Erwerbstätigkeit, jedoch mit der Voraussetzung der Berücksichtigung der Belange des Partners. Mit in Kraft treten dieser Regelung in der Bundesrepublik war es dennoch undenkbar, dass der Mann

die familiären Pflichten übernahm. In der Gesetzesbegründung wird sich an dieser Stelle nur auf die Frau bezogen, die auf die Belange der Familie dann Rücksicht zu nehmen hatte, wenn Kinder vorhanden sind (vgl. ebd., S. 74). Diese Neuregelungen verloren damit einen Großteil ihrer praktischen Bedeutung.

Tabelle 3: Familien- und Sozialpolitik in der BRD

1954	Kindergeldgesetz (KGG) → 25 DM ab dem 3. Kind		→ 700 DM ab dem 3. Kind
1955	Kindergeldergänzungsgesetz (KGEg) → auch auf nicht erwerbstätige Personen ausgeweitet	1962	→ 1200 DM für das 1. Kind → 1680 DM für das 2. Kind → 1800 DM ab dem 3. Kind
1957	→ 30 DM ab dem 3. Kind	1975	→ Abschaffung
1959	→ 40 DM ab dem 3. Kind	1983	→ 432 DM ab dem 1. Kind
1961	→ 25 DM für das 2. Kind → 40 DM ab dem 3. Kind	1986	→ 2484 DM ab dem 1. Kind
1964	→ Zahlung für 2. Kind abhängig vom Einkommen → 50 DM für das 3. Kind → 60 DM für das 4. Kind → 70 DM ab dem 5. Kind	1990	→ 3024 DM ab dem 1. Kind
1975	→ 50 DM für das 1. Kind → 70 DM für das 2. Kind → 120 DM ab dem 3. Kind	1992	→ 4104 DM ab dem 1. Kind
1981	→ 50 DM für das 1. Kind → 120 DM für das 2. Kind → 240 DM ab dem 3. Kind	1996	→ 6264 DM ab dem 1. Kind
1983	→ 50 DM für das 1. Kind → 100 DM für das 2. Kind → 220 DM für das 3. und 4. Kind → 240 DM ab dem 5. Kind	1997	→ 6912 DM ab dem 1. Kind
1990	→ 50 DM für das 1. Kind → 130 DM für das 2. Kind → 220 DM für das 3. Kind → 240 DM ab dem 4. Kind	2002	→ 3648 € ab dem 1. Kind
1996	→ 200 DM für das 1. Kind → 200 DM für das 2. Kind → 300 DM für das 3. Kind → 350 DM ab dem 4. Kind	1952	Erziehungsurlaub → gleichwertig mit Krankheitsfall
2002	→ 154 € für das 1. Kind → 154 € für das 2. Kind → 154 € für das 3. Kind → 179 € ab dem 4. Kind	1979	→ bis 6 Monate nach Geburt des Kindes
1950	Kinderlastenausgleich (jährlich) → 400 DM für das 1. Kind → 250 DM für das 2. Kind	1986	→ bis 10 Monate nach Geburt des Kindes
		1988	→ bis 12 Monate nach Geburt des Kindes
		1989	→ bis 15 Monate nach Geburt des Kindes
		1990	→ bis 18 Monate nach Geburt des Kindes
		1992	→ bis 3 Jahre nach Geburt des Kindes
		1979	Erziehungsgeld → gleichwertig mit Krankengeld (für 6 Monate nach der Geburt des Kindes)
		1986-2001	→ 600 DM → 1986: für 10 Monate → 1988: für 12 Monate → 1989: für 15 Monate → 1990: für 18 Monate → 1993: für 24 Monate → 2001: für 24 Monate oder → 900 DM für 12 Monate
		2002	→ 307 € für 24 Monate oder 460 € für 12 Monate
		1956	soziale Wohnungspolitik → zinslose Familienzusatzdarlehen von 2000 DM (bis 2 Kindern) beim Bau von Familieneigenheimen → ab 3. Kind und jedem weiteren Kommen 3000DM hinzu

Quelle: Frerich/Frey 1993b, S. 112 – 136; Kreyenfeld 2004b, S. 284

In beiden deutschen Staaten hatte die Sozialisationsfunktion der Familie und die familialen Beziehungsmuster Gemeinsamkeiten aufzuweisen. So hatten die personalen Beziehungen in der Ehe und Familie sowohl in der DDR als auch in der BRD eine größere Bedeutung als je zuvor. Emotionale Beziehungen in der Familie in der BRD und der DDR dürften sich kaum voneinander unterscheiden haben.

In den meisten Eltern-Kind-Beziehungen wurden enge emotionale Beziehungen bei gleichzeitiger Förderung der Selbstständigkeit gepflegt (vgl. ebd., S. 79f.).

Die Nichtberücksichtigung des Mannes in der Familienpolitik der BRD hatte vor allem den Grund, dass durch das Wirken des male breadwinner-Modells dafür keine Notwendigkeit bestand. Die klar definierte Rolleneinteilung zwischen Mann und Frau bewirkte eine Spezialisierung und ein gegenseitiges aufeinander Ange-wiesen sein, so dass der Staat die Familie nur in Krisen unterstützen musste.

2.5 Zusammenfassung

Anhand der verschiedenen Idealbilder der Vaterrolle in den hier aufgezeigten Ge-sellschaften kann man erkennen, welchen enormen Einfluss rechtliche Regelun-gen, Normen, kulturelle und sozialpolitische Rahmenbedingungen, aber auch de-mographische und wirtschaftliche Faktoren auf die Darstellung und das Verhalten des Vaters und auch der Mutter haben. So entstanden in zwei Ländern, die eine selbe Geschichte und die gleiche Sprache als Voraussetzung hatten, unterschiedli-che Auffassungen über die Rollenaufteilung von Mann und Frau.

In beiden Teilen Deutschlands nahm die Entwicklung der Geburtenrate nach dem Zweiten Weltkrieg einen ähnlichen Verlauf. Erst Mitte der 70er Jahre lag die Zu-sammengefasste Geburtenziffer der DDR höher ($TFR_{DDR} = 1,8$) als die in der BRD ($TFR_{BRD} = 1,5$).

Folgende Unterschiede kennzeichneten die Geburtenentwicklung in der DDR und BRD:

- Die Geburtenrate der DDR lag Mitte der 70er bis Ende der 80er Jahre höher als die in der BRD.
- Das Alter bei der Geburt des ersten Kindes war im Durchschnitt bei den Ostdeutschen niedriger.

Die Besonderheit liegt darin, dass in Ostdeutschland Männer und Frauen vollbe-rufstätig waren. Die westdeutschen Frauen wurden dagegen nur auf Teilzeitbasis in den Arbeitsmarkt integriert.

In beiden Ländern spielte die Konzentration der Männer auf den außerhäuslichen Bereich eine entscheidende Rolle. In der DDR und auch in der BRD hatte sich der Vater um seine Familie zu kümmern. Dieses tat er vor allem durch seine Erwerbstätigkeit. In beiden Teilen Deutschlands hatte er Mitspracherecht bei den

tätigkeit. In beiden Teilen Deutschlands hatte er Mitspracherecht bei den Kindern. In Westdeutschland galt der Mann als das Familienoberhaupt, während die Frauen in der DDR weitestgehend unabhängig von ihren Partnern waren. Die Entwicklung der modernen Familie in der Nachkriegszeit in Ost- und Westdeutschland unterschied sich in der Rolle der Väter kaum, jedoch aber in der der Mütter. Rechtlich gesehen hatte der Vater in der BRD mehr Entscheidungsgewalt als die Väter im Osten. Durch die differenten Auffassungen über das familiäre Zusammenleben versuchten beide Staaten die Familie in unterschiedlichem Maße zu steuern. Deutlich wird dies an den sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der BRD und der DDR.

Anhand des Einblicks in die familienpolitischen Maßnahmen der beiden Staaten stellt sich die Frage der Bedeutsamkeit ihrer Berücksichtigung im Zusammenhang zur Untersuchung der Fertilität des Mannes.

Ausgehend vom male breadwinner-Modell sind Elternschaft und weibliche Erwerbstätigkeit miteinander konkurrierende Bereiche, die gegebenenfalls nur mit Unterstützung des Staates durch entsprechende Maßnahmen zu vereinbaren sind.

Im westdeutschen System beeinflusste der Grad der materiellen Absicherung die Fertilität. Die sozialpolitischen Rahmenbedingungen in Form von finanziellen Zuwendungen des Staates verbesserten die wirtschaftliche Lage des Haushalts und müssten einen positiven Effekt auf das Geburtenverhalten zeigen.

Im ostdeutschen System lag die Verantwortung nicht alleine beim Mann. Das sichere Einkommen beider Partner und die finanziellen und sozialpolitischen Zuwendungen müssten einen positiven signifikanten Einfluss auf die Fertilität des Mannes haben.

Tabelle 4 zeigt eine Zusammenfassung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Familienpolitik der DDR und BRD.

Tabelle 4: Familienpolitik der DDR und BRD

<u>Die Familie in der DDR</u>	<u>Die Familie in der BRD</u>
Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten in der Familiengesetzgebung	
<ul style="list-style-type: none"> → Familie = <u>Grundkollektiv</u> der sozialen Gesellschaft → das neue Familienrecht von 1966 stellt die Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung 	<ul style="list-style-type: none"> → Familie = <u>Keimzelle</u> der Gesellschaft → Familie steht unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung → 1953: Einrichtung eines Familienministeriums das bedeutet eine Vielzahl familienpolitischer Maßnahmen, wie z.B. Kindergeld, Erziehungsgeld u.a.
Unterschiede in der Familiengesetzgebung	
<ul style="list-style-type: none"> → die Sozialpolitik ist insgesamt stärker auf die Förderung der Familie (auch Alleinerziehender) gerichtet 	<ul style="list-style-type: none"> → die Sozialpolitik ist in erster Linie auf die Förderung der Ehe gerichtet (das zieht die Benachteiligung Alleinerziehender nach sich)
Verhältnis zwischen Familie und Staat	
<ul style="list-style-type: none"> → der Staat mischt sich in die Erziehung der Kinder mit ein (sollen zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden) 	<ul style="list-style-type: none"> → der Staat nimmt keinen Einfluss auf die Erziehung der Kinder (greift nur bei extremen Versagensfällen der Eltern mit ein)
Gleichberechtigung der Frau	
<ul style="list-style-type: none"> → die Gleichberechtigung der Frau ging von oben aus (vom Staat) → simultane Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familientätigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> → Kampf um Gleichberechtigung ging von Frauen selbst aus (von unten) → sukzessive Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familientätigkeit der Frau (<u>Drei-Phasen-Modell</u>: Ausstieg aus dem Berufsleben bei Geburt, Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, Wiedereinstieg) (Gleichberechtigung war zwar im Grundgesetz verankert, aber erst mit 1. Eherechtsreformgesetz 1967 wurden wesentliche Ungleichheiten abgebaut)
Gewichtung bei bevölkerungspolitischen Fragen	
<ul style="list-style-type: none"> → Förderung der Geburtenentwicklung (Geburtenprämien, Ehestandskredite, besondere Freistellungen für Mütter), um den Bevölkerungsstand zu sichern → Entlastung der Frau durch Krippen, Kindergärten und Schulhorten 	<ul style="list-style-type: none"> → Familienpolitik richtete sich auf eine Verbesserung der familialen Bedingungen für die Erziehung und Versorgung der Kinder

Quelle: Peuckert 2002, S. 15ff.; eigene Darstellung

3 Bildungs- und arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen

Da in der DDR und der BRD der Mann als Ernährer der Familie galt, auch wenn in der DDR gemeinsam mit der Frau, ist es unerlässlich, die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen dieser Gesellschaften zur Untersuchung heranzuziehen.

Es wird angenommen, dass in Westdeutschland vor allem die berufliche Lage des Mannes entscheidend für die Fertilitätsentscheidung war und in der DDR diese dagegen eine sekundäre Rolle spielte, da die weibliche Erwerbstätigkeit ebenfalls Einfluss auf die Elternschaft hatte.

3.1 Bildung, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktsicherheit in der DDR

Das Erwerbssystem der DDR ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 171; Mayer u.a. 1997, S. 78):

- Beschäftigungsgarantie
- Vollzeitbeschäftigung für Frauen und Männer
- qualifizierte Berufsarbeit für Männer und Frauen, Arbeiter und Angestellte²²
- staatliche Arbeitskräftelenkung
- Betriebe waren offiziell öffentliches Eigentum
- Löhne und Preise wurden staatlich festgelegt

Das Beschäftigungssystem stellte Arbeitskräfte bereit, sorgte für eine relativ freie Arbeitsplatzwahl der Arbeitnehmer und eine zentrale Planung des Arbeitskräftebedarfs (vgl. Grünert 1997, S. 37). Die reglementierte Gesellschaft der DDR garantierte sichere und stabile Erwerbsverläufe und versuchte das Ausscheren aus den vorgegebenen Wegen zu unterbinden (vgl. Heinz 1996, S. 291). Das Erwerbssystem der DDR war durch geringe Einkommensunterschiede charakterisiert. Karrierevorteile entstanden vor allem für die Dienstältesten in den Betrieben (vgl. Kreyenfeld 2001, S. 29). Geringe Einkommensunterschiede mussten folglich geringe Fertilitätsunterschiede nach sich ziehen.

²² Arbeiter und Angestellte sind Beschäftigte die in einem Arbeitsrechtsverhältnis, durch einen unbefristeten oder befristeten Arbeitsvertrag, stehen (vgl. Statistisches Bundesamt 1994a, S. 53).

Die Erwerbsverläufe in Ostdeutschland waren nicht, wie die der westdeutschen, durch hohe berufliche Mobilität, wie Betriebs-, Arbeitsplatz- und Berufswechsel, und innerbetrieblichen Wechsel, wie berufliche Aufstiege, gekennzeichnet. Den ostdeutschen Menschen wurden durch die „Abteilung für Arbeit“ die Berufe zugeteilt. Firmen durften nur mit Erlaubnis dieser Institutionen Arbeiter einstellen. Für die ostdeutsche Regierung waren Berufswechsel mit hohen Kosten verbunden (vgl. Kreyenfeld 2001, S. 15).

Für die Arbeitsrechtsordnung ergaben sich schon zu Beginn der DDR durch die zentrale staatliche Planung andere ordnungspolitische Rahmenbedingungen als in Westdeutschland. In der DDR gab es keinen bzw. einen internen Arbeitsmarkt, da die Qualifikation, Umqualifizierung und Steuerung der Arbeitskräfte bedarfsgeleitet war (vgl. Heinz 1996, S. 78f.; Frerich/Frey 1993a, S. 175ff.; Kreyenfeld 2001, S.29; zitiert nach: Grünert/Lutz 1994, S. 421; Grünert/Karl 1997; Lutz 1997).

Die DDR orientierte sich an sowjetischen Rechtsvorstellungen.

Das Arbeitsrecht hatte vor allem die Aufgabe, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, die Planerfüllung zu sichern und die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten zu regeln. Im Arbeitsrecht waren auch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die mit dem Prozess der Arbeit verbunden waren (wie z.B. Beziehungen zwischen den Betrieben, Gewerkschaften usw.), die beruflichen Ausbildungsbereiche und die Sozialversicherung beinhaltet (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 93). Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels vereinbarter Tarifverträge war in der DDR nicht erwünscht und passte nicht zum System der zentralen Planwirtschaft (vgl. ebd., S. 98). Durch die Abschaffung des autonomen Arbeitsrechts kam es 1950 zum endgültigen Übergang zur staatlich auferlegten Lohngestaltung. Die Lohnverordnung von 1950 setzte Lohnsätze und Gehaltsgruppen für die staatlichen Betriebe fest. Die Erhöhung des Reallohns war an einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität gebunden. Die Lohnpolitik der DDR stützte sich auf vier Ziele (vgl. ebd., S.99ff.):

- Verteilung der Arbeitskräfte in der gesamten Wirtschaft
- Leistungsgerechte Entlohnung aller Beschäftigten
- Steigerung der Qualifikation der Werktätigen²³

²³ Werktätige (bzw. Berufstätige) sind im Arbeitsprozess stehende Personen. Lehrlinge zählten nicht dazu (vgl. Statistisches Bundesamt 1994a, S. 53).

- Erhöhung der Arbeitsproduktivität und daraus resultierend, Steigerung des Wohlstandes aller Werktätigen

Das Durchschnittseinkommen der ostdeutschen Arbeiter und Angestellten erhöhte sich von 1949 bis 1960 von 290 Mark auf 575 Mark. Dennoch gab es hohe Unzufriedenheit in Bezug auf das Lohnsystem der DDR zu verzeichnen (vgl. ebd., S. 103). 1972 betrug das Einkommen eines Arbeiters über 800 Mark. Damit stellten Geburtenprämien und die Kreditvergabe an junge Ehepaare einen großen Anreiz dar²⁴ (vgl. Kreyenfeld 2001, S. 17).

Seit 1949 wurde in der DDR-Verfassung (Art. 15) betont, dass die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Staates steht. Dem Staat wurde mit Art. 18 die Aufgabe zuteil, ein Arbeitsrecht, eine Arbeitsgerichtsbarkeit und einen Arbeitsschutz im einheitlichen Sinne zu schaffen. (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 105f.). In der DDR hatte man unter Arbeitsverhältnis und Arbeitsrechtsverhältnis zu unterscheiden. Das sozialistische Arbeitsverhältnis sollte im Gegensatz zum kapitalistischen frei von Ausbeutung sein.

Einmal jährlich hatte jeder Arbeitnehmer das Recht auf bezahlten Urlaub (vgl. ebd., S. 106ff.). Das Gesetzbuch der Arbeit (GBA), welches 1961 von der Volkskammer beschlossen wurde, beinhaltete für alle Werktätigen das Recht auf Arbeit, Bildung, Freizeit und Erholung, Fürsorge im Alter und materielle Sicherheit bei Krankheit und Unfällen (vgl. ebd., S. 126).

Seit Mitte der 70er Jahre wurden Versuche unternommen, dass betriebliche Sozialwesen zu verbessern. Diesem kam in der DDR eine viel größere Bedeutung zu als in der Bundesrepublik. Das Ziel dieser betrieblichen Sozialpolitik war es, den Betrieb zum Mittelpunkt des Lebens für den Werktätigen zu machen (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 167). So sollten z.B. die Kinder der Betriebsangehörigen unterstützt und ein vielseitiges Kultur- und Sportleben aufgebaut werden. Betriebe übernahmen die soziale Betreuung der Werktätigen (vgl. ebd., S. 167). Eine betriebliche Gemeinschaftsverpflegung war dabei Grundvoraussetzung für jeden Berufstätigen. Die Betriebe sahen Erholungseinrichtungen für die Erwerbstätigen und ihrer Familien vor (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 168; Kudera 1993, S. 143). Das gesellschaftliche und private Leben zentrierte sich um die Arbeit und den

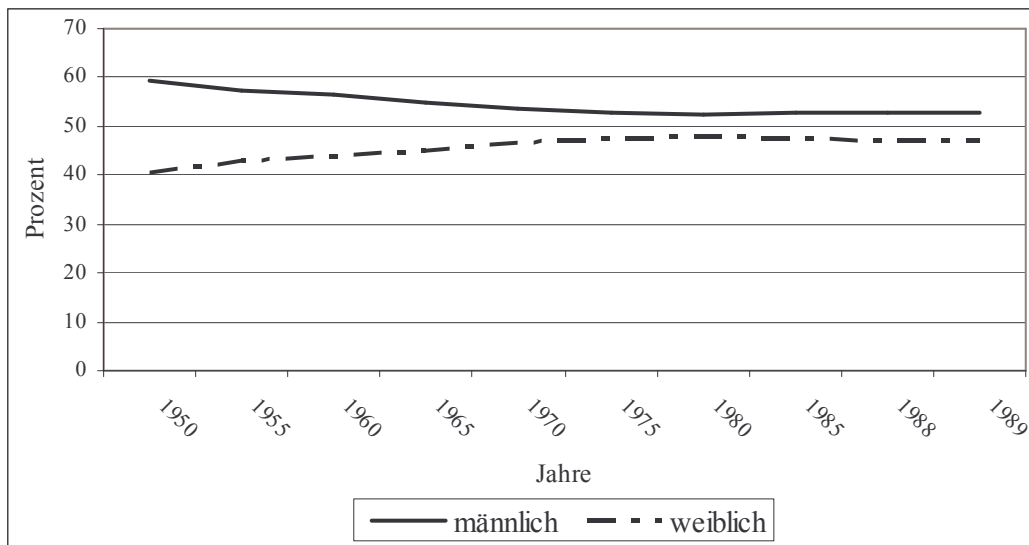
²⁴ Siehe auch Tabelle 2

Betrieb. Betriebe fungierten somit nicht nur als Produktionsstätte, sondern auch als ein sozialer Ort der Kommunikation (vgl. Kudera 1993, S. 143).

Die Arbeitsmarkt- und die Beschäftigungslage in der DDR unterschieden sich später, trotz gleicher Ausgangslage, von der in der Bundesrepublik. Nachdem die Arbeitslosigkeit²⁵ in der Nachkriegszeit und die Beschäftigungseinbrüche durch die Umstellung des Wirtschaftssystems überwunden waren, konnte seit den 50er Jahren ein zunehmender Bedarf an Arbeitskräften verzeichnet werden. Die ungünstige demographische Bevölkerungsstruktur, vor allem bedingt durch die hohen Abwanderungszahlen von Personen im erwerbsfähigen Alter in die BRD, führte dazu, dass Anfang der 50er Jahre Arbeitskräfte einen Engpass darstellten (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 171; Kudera 1993, S. 149). Um den Arbeitskräftemangel entgegenzutreten, folgte vor allem die Integration der Frauen. In Abbildung 6 kann man deutlich erkennen, wie sich nach den anfänglichen Schwierigkeiten und der Umstellung der sozial- und arbeitspolitischen Rahmenbedingungen, die weiblichen Erwerbstätigenanteile denen der männlichen annähern und sich dann fast auf gleichem Niveau stabilisieren.

²⁵ Arbeitslose sind Erwerbslose, die sich selbst arbeitslos gemeldet haben und dazu noch andere Bedingungen erfüllen (vgl. Huinink 2001, S. 13; zitiert nach: Trommer 1988, S. 25). Zu den Erwerbslosen zählen alle Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und nicht direkt am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen (vgl. Huinink 2001, S. 13).

Abbildung 6: Anteile an den Erwerbstätigen in der DDR insgesamt von 1950-1989²⁶



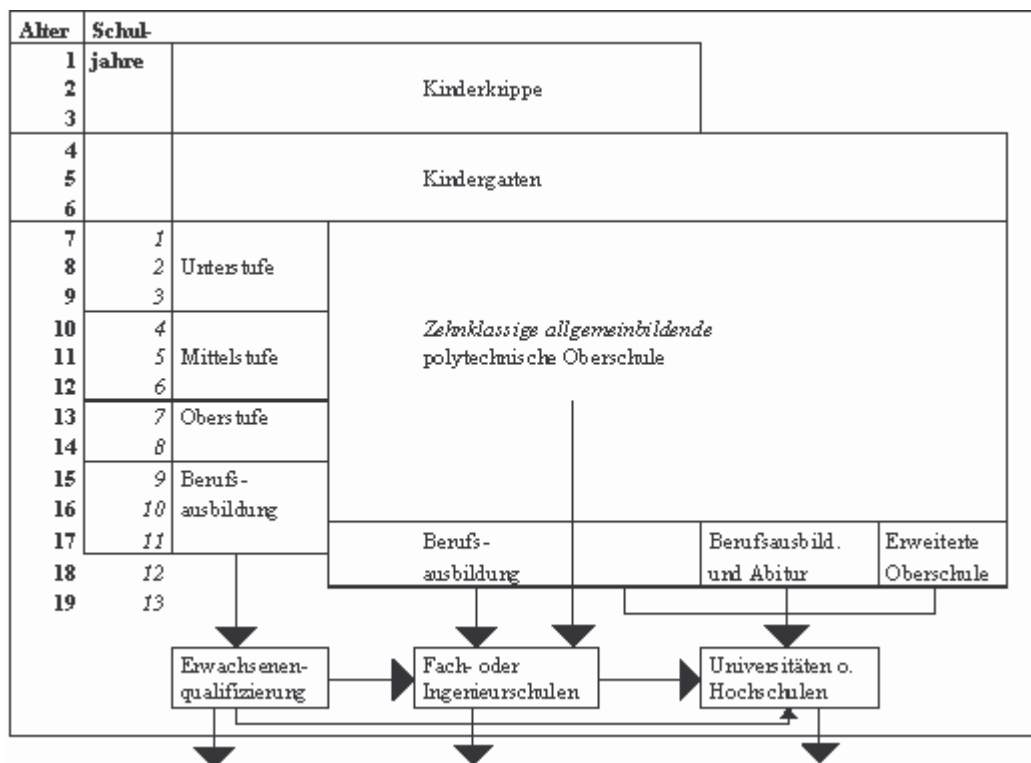
Quelle: Statistisches Bundesamt 1994a, S. 19

In der Verfassung der DDR von 1968 hatte jeder Jugendliche das Recht und die Pflicht einen Beruf zu erlernen (vgl. ebd., S. 190). Im Februar 1965 wurde das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem verabschiedet (vgl. Frerich/Frey 1993a, S. 197).

Die Herausbildung des sozialistischen Bewusstseins in den Kindern, Jugendlichen und ebenso in den Erwachsenen, machte es in der DDR notwendig, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten und zu sichern (vgl. Kudera 1993, S. 144; zitiert nach: DDR-Handbuch 1985, S. 318).

²⁶ In der DDR wird nach folgenden Berufsstellungen unterschieden: Arbeiter und Angestellte, Genossenschaftsmitglieder und Selbstständige und mithelfende Familienangehörige. Dazu wird nicht der so genannte „X-Bereich“ gezählt: Armee, Polizei, Staatssicherheit, Parteien und Organisationen. Auch Mütter im bezahlten Erziehungsurlaub wurden als nicht Berufstätige erfasst, da ihr Arbeitsvertrag ruhte. 1989 waren es somit mehr als 7% der Erwerbstätigen, die in der amtlichen Statistik nicht aufgeführt waren. Das Statistische Bundesamt machte daraufhin Korrekturen und Rückrechnungen. Diese Zahlen schlagen sich nun in der abgebildeten Graphik (Abb. 6) nieder.

Abbildung 7: Das Bildungssystem der DDR



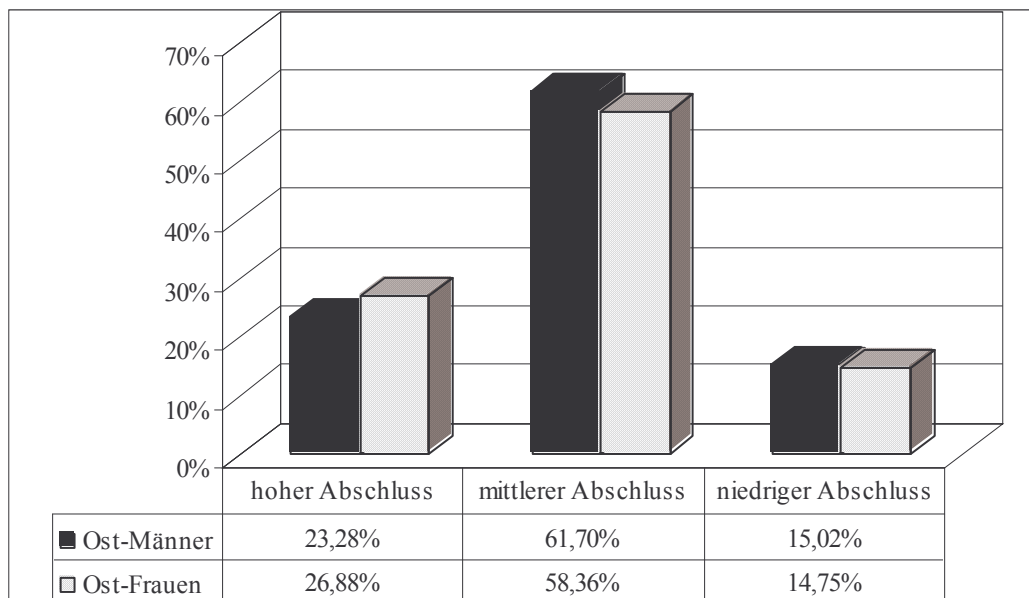
Quelle: Kudera 1993, S. 145; zitiert nach: Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen 1985, S. 319

In Abbildung 7 ist das Bildungssystem der DDR abgebildet. Die Kindergärten und Krippen, die auch zur Entlastung der Mütter dienten, galten ebenfalls als Institutionen zur Erziehung und Beschäftigung der Kinder.

Zur Norm wurde der Besuch der zehnklassigen Oberschule (Polytechnische Oberschule – POS). Die POS war eine Art Gesamtschule, in der Primär- und Sekundärstufe miteinander verbunden waren. Die POS wurde in Unterstufe (1.-3. Klasse), Mittelstufe (4.-6. Klasse) und Oberstufe (7.-10. Klasse) eingeteilt (vgl. Kornadt 1996, S. 207; Kreyenfeld 2004b, S. 298). Mit diesem Abschluss hatte man entweder die Voraussetzung zur Abiturstufe (EOS – Erweiterte Oberschule) oder zu einer Berufsausbildung. Der eventuelle Besuch der Hochschule wurde durch strenge Auswahlkriterien geregelt. Durch eine Berufsausbildung, welche im Durchschnitt drei Jahre dauerte, konnte man entsprechende Voraussetzungen und Qualifizierungen für ein bestimmtes Tätigkeitsfeld sammeln (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 298; Kornadt 1996, S. 207; Kudera 1993, S. 146; zitiert nach: DDR-Handbuch 1985, S. 325).

Das Schulsystem in der DDR entsprach einem Einheitsschulprinzip, indem eine allgemeine und umfassende Bildungsfähigkeit angestrebt wurde (vgl. Kornadt 1996, S. 207). In der folgenden Abbildung über die Bildungsabschlüsse der ostdeutschen Männer und Frauen wird dieses noch einmal deutlich. Der Schulunterricht kann allgemein in drei Bildungsniveaus eingeteilt werden: In einen hohen, mittleren und niedrigen Bildungsabschluss. Das niedrige Bildungsniveau entspricht dem allgemein bildenden Besuch der Polytechnischen Oberschule bis zur 8. Klasse. Nach dem Besuch der 8. bis 10. Klasse machte man seinen sekundären Abschluss, welches dem mittleren Bildungsniveau entsprach. Mit der erweiterten Oberschule, dem höheren Bildungsabschluss, erreichten die Schüler das Abitur (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 296).

Abbildung 8: Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen in Ostdeutschland (zwischen 20-37 Jahren)



Quelle: Daten des FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: niedriger Bildungsabschluss: weniger als 10. Klasse POS; mittlerer Bildungsabschluss: 10. Klasse POS; hoher Bildungsabschluss: EOS

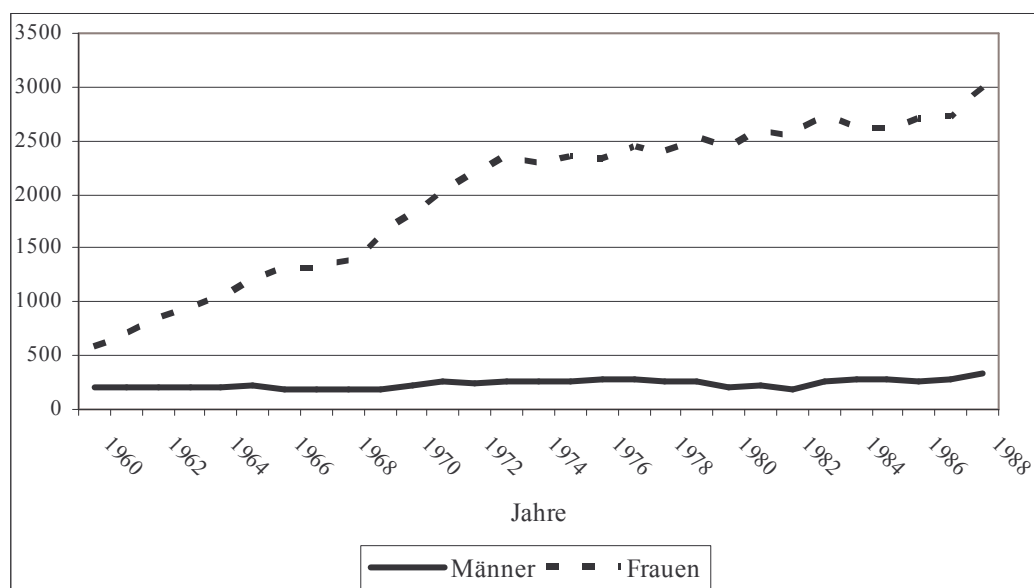
Anhand Abbildung 8 kann man sehen, dass die ostdeutsche Bevölkerung in Anlehnung an die Schulabschlüsse allgemein homogen war. Die Mehrheit der Männer und Frauen absolvierte einen sekundären Abschluss. Nur ein geringer Prozentsatz machte einen niedrigen und einen Abiturabschluss.

3.2 Bildung, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktsicherheit in der BRD

In Westdeutschland gab es keine Beschäftigungsgarantie wie in Ostdeutschland. Dafür half jedoch der Wohlfahrtsstaat, durch soziale Leistungen bei Arbeitsverlust die Widrikeiten des Arbeitsmarktes abzufedern. Die Arbeitskräfteallokation bauierte auf Angebot und Nachfrage und wurde nur eingeschränkt vom Staat beeinflusst. Dabei war die Vollzeitbeschäftigung der Männer dominierend und die Teilzeitbeschäftigung der Frauen gesellschaftlich akzeptiert (vgl. Mayer u.a. 1997, S. 79f).

In Abbildung 9 erkennt man die immer größer werdende Anzahl der teilzeitarbeitenden Frauen in Westdeutschland. Dagegen ist der Anteil der teilzeitarbeitenden westdeutschen Männer sehr gering und bleibt im Verlauf von 1960 bis 1988 auf einem niedrigen Niveau stabil²⁷.

Abbildung 9: Teilzeitarbeitende in der BRD nach Geschlecht von 1960-1988 (in 1000)²⁸



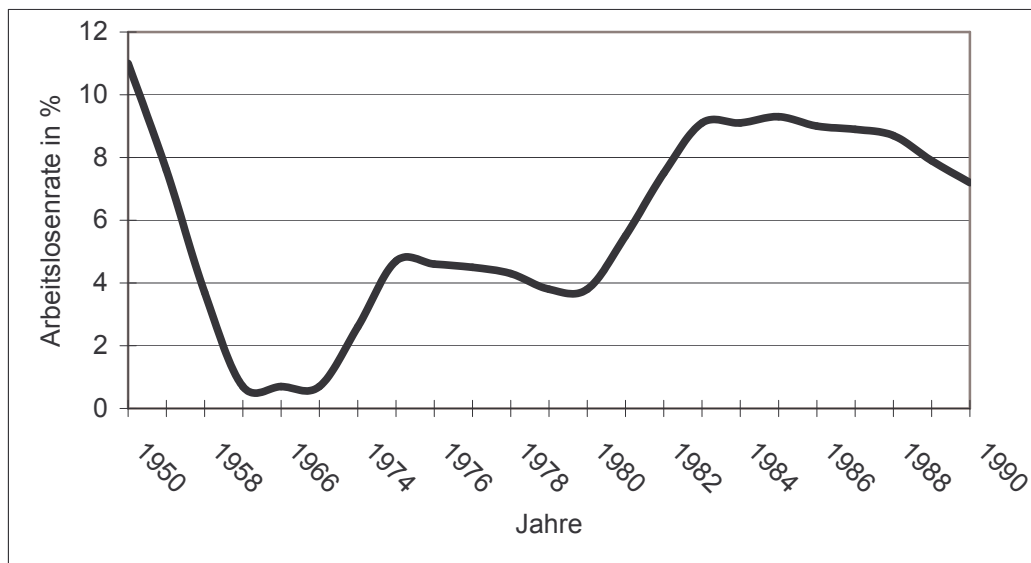
Quelle: Glatzer 1992, S. 160; zitiert nach: Brinkmann/Kohler 1989, S. 474

Auch die BRD hatte mit beträchtlicher struktureller Arbeitslosigkeit in den frühen 50er Jahren zu kämpfen (Abbildung 10). Doch bis Mitte der 70er Jahre war der Arbeitsmarkt weitestgehend durch Vollbeschäftigung gekennzeichnet (vgl. Frey/Frey 1993b, S. 83).

²⁷ Siehe Kapitel 1.3: teilzeitarbeitende Männer spielten in beiden Teilen Deutschlands keine große Rolle.

²⁸ Arbeitende mit einer im Durchschnitt 1 bis 36 Stunden Arbeitswoche.

Abbildung 10: Arbeitslosenrate in der BRD von 1950-1990²⁹

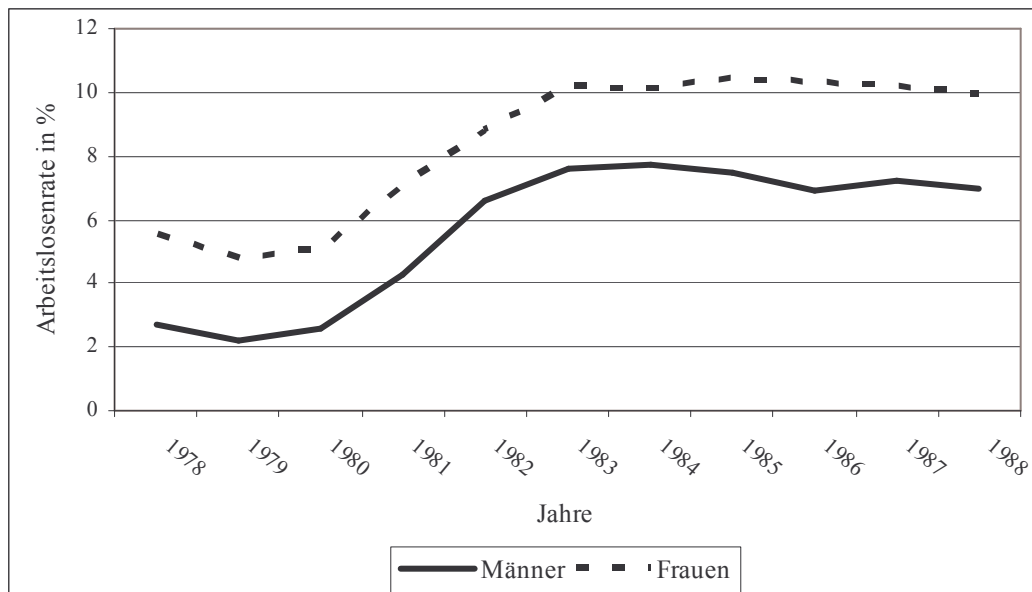


Quelle: Glatzer1992, S. 149; zitiert nach: Bundesanstalt für Arbeit

Da die zu untersuchenden Männer im Datensatz des FFS den Jahrgängen 1952 bis 1972 angehören, ist dabei vor allem die Zeit interessant, in denen diese Personen in das erwerbsfähige Alter kamen. Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre hatte der erste Jahrgang allmählich dieses Alter erreicht. Anhand der Graphik der Arbeitslosenraten wird jedoch deutlich, dass gerade ab diesem Zeitpunkt die Arbeitslosigkeit erneut anfängt zu steigen. Daraus resultieren bezüglich der zukünftigen Einkommenssituation, gemäß des male breadwinner-Modells, negative Effekte auf die Fertilitätsentscheidung. Insgesamt war der bundesdeutsche Arbeitsmarkt durch höhere Unsicherheiten als der ostdeutsche gekennzeichnet. Es erscheint sinnvoll sich in Abbildung 11 die Arbeitslosenraten getrennt nach Geschlecht anzuschauen.

²⁹ In den Jahren 1950-1958 wurde das Saarland nicht einbezogen.

Abbildung 11: Arbeitslosenrate der Männer und Frauen in der BRD von 1978-1988



Quelle: Glatzer 1992, S. 150; zitiert nach: Bundesanstalt für Arbeit

Die Zahl der arbeitslosen Männer war deutlich niedriger als die der Frauen. Das ist nicht überraschend, da Männer auf dem Arbeitsmarkt stärker integriert waren als die eher häuslich orientierten Frauen.

Viele Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden Anfang der 50er Jahre durchgeführt, um der hohen Arbeitslosigkeit entgegenzutreten (vgl. Frerich/Frey 1993b, S. 85). 1969 wurde vom Bundestag einstimmig das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und das Berufsbildungsgesetz beschlossen, um eine Art arbeitsmarktpolitische Vorsorge treffen zu können. Es war nicht mehr das Ziel, die Arbeitslosigkeit zu lindern, sondern diese zu vermeiden. Aufgabe des AFG war es,

- einen hohen Beschäftigungsstand zu erzielen,
- die Beschäftigungsstruktur ständig zu verbessern und
- das Wachstum der Wirtschaft anzukurbeln (vgl. ebd., S. 88).

Im westdeutschen Bildungssystem gab es drei Arten von Schulen: Das waren Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien (Abbildung 12).

Im Bildungsverlauf starteten Kinder mit sechs Jahren den Besuch der Grundschule. Nach durchschnittlich vier bis sechs Jahren standen Eltern und Kinder vor der Entscheidung der Schulart in der sekundären Schule. Die Wahl der weiteren Schulbildung erfolgte meist in der Orientierungsstufe. Das Ausschauen eines Schultyps hatte wesentlichen Einfluss auf die zukünftige berufliche Laufbahn der

Kinder. Den niedrigsten Level stellt die Hauptschule dar, welche bis durchschnittlich fünf bis sechs Jahre nach der Grundschule dauerte. Das mittlere Bildungsniveau, der Realschule, konnte nach zehn Schuljahren erreicht werden.

Abbildung 12: Das Bildungssystem der BRD

Alter	Schul-Jahre				
1					
2					
3		Kindergarten			spezieller Kindergarten
4					
5					
6	1	Grundschule			spezielle Schule
7	2				
8	3				
9	4				
10	5	Gymnasium	Orientierungs-Stufe	Hauptschule	spezielle Schule
11	6		Realschule		
12	7				
13	8				
14	9				
15	10				
16	10				
17	11				
18	12				
19	13	Universität		Abendschule	Hochschule
		Weiteres Training (allgemeines und berufliches Weiterbildungstraining)			

Quelle: Greinert 1995, S. 36; „Lexikon 2000“ 2000, S. 962

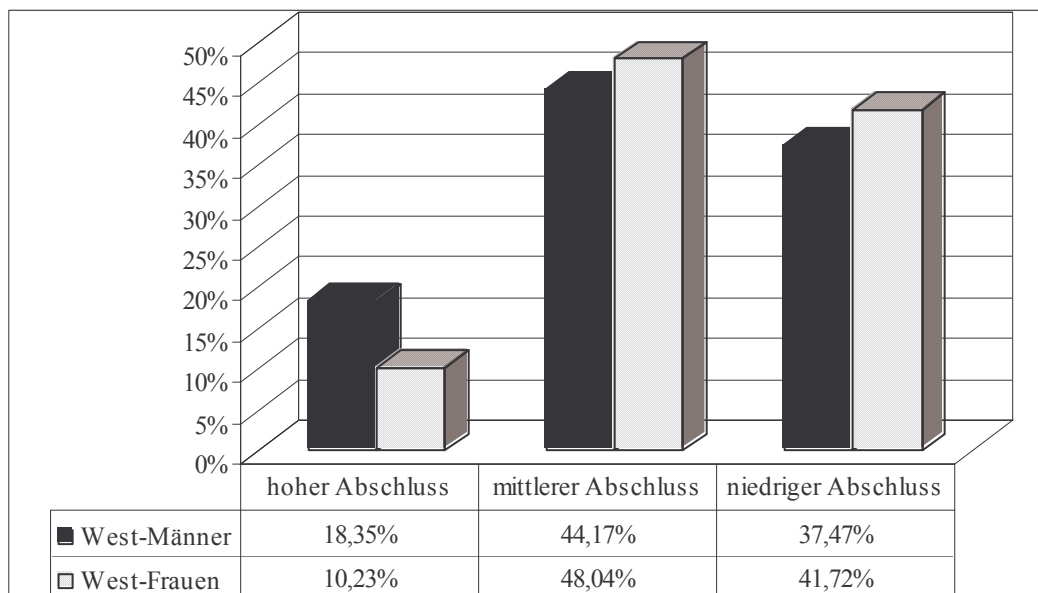
Mit dem Abschluss des Gymnasiums, nach einer Gesamtschuldauer von zwölf bis dreizehn Jahren, konnte man das Abitur erreichen. Das Abitur stellte die Voraussetzung für die Immatrikulation an der Universität dar. Aber auch andere Wege waren möglich, um ein Studium antreten zu können. Mit der Wahl eines Fachgymnasiums (berufsspezifisch) nach dem Abschluss der Realschule standen einem ebenfalls die Türen zur Universität offen. Schulische Bildung an den Ausbildungsstätten, Universitäten und Fachhochschulen sollte auf eine berufliche Karriere vorbereiten.

Das „Sammeln“ von Zertifikaten und Qualifikationen war Voraussetzung für einen Berufseintritt. Das Bildungsniveau, das man im Laufe seines Lebens erreich-

te, ebnete den Weg und wies die Richtung der möglichen Berufskarriere (vgl. De Graaf/Huinink 1992, S 89).

Da die Art der Bildung auch in Westdeutschland die Möglichkeit zuließ, diese in drei Bildungsniveaus hoch, mittel und niedrig zu kategorisieren, zeigt die folgende Graphik die Anteile der Bildungsabschlüsse der Männer und Frauen in diesen Stufen. Unter dem hohen Bildungsabschluss ist somit das Abitur, unter dem mittleren der Realschul- und unter dem niedrigen der Hauptschulabschluss zu verstehen.

Abbildung 13: Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen in Westdeutschland (zwischen 20-37 Jahren)



Quelle: Daten des FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: niedriger Bildungsabschluss: Hauptschulabschluss; mittlerer Bildungsabschluss: Realschulabschluss; hoher Bildungsabschluss: Abitur

Diese Abbildung präsentiert im Vergleich zur DDR, dass die Bevölkerung Westdeutschlands Bildungsheterogenität aufwies. Die Beteiligung der Männer und Frauen konzentriert sich nicht nur auf eine Bildungsart, sondern verteilte sich fast gleichmäßig auf mittlere und niedrige Stufe. Im Vergleich zu diesen beiden Bildungslevel ist der Anteil derjenigen, die das Gymnasium, also das hohe Niveau, besuchen, relativ gering. Mehr Männer als Frauen besuchten das Gymnasium.

3.3 Zusammenfassung und Annahmen

Die Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktsicherheit war in Ostdeutschland viel ausgeprägter als in Westdeutschland. Durch die sozialistische Lenkung des Staates wurde dafür gesorgt, dass fast jeder Mitbürger einen Bildungsabschluss und einen stabilen und sicheren Erwerbsverlauf aufweisen konnte. Der Arbeitsmarkt in der BRD war dagegen mit vielen Unsicherheiten, unter anderem aufgrund der wettbewerblichen Wirtschaftsstruktur, verbunden. Die Bildungs- und Arbeitsmarktsituation der ostdeutschen Männer erscheint gefestigter.

Tabelle 5 trägt die Unterschiede in den arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR und BRD zusammen.

Tabelle 5: Arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen der DDR und BRD

DDR	BRD
<i>DAS ERWERBSSYSTEM</i>	<i>DAS ERWERBSSYSTEM</i>
<ul style="list-style-type: none"> → 1961 "Recht auf Arbeit" für alle → <u>Gesetzbuch der Arbeit - GBA</u>: Recht auf Arbeit, Bildung, Freizeit, Erholung, Fürsorge im Alter und materielle Sicherheit bei Krankheit und Unfällen 	
<ul style="list-style-type: none"> → <u>Beschäftigungsgarantie</u> Vollzeitbeschäftigung von Männern und Frauen 	<ul style="list-style-type: none"> → <u>keine Beschäftigungsgarantie</u> Vollzeitbeschäftigung für Männer und Teilzeitbeschäftigung für Frauen
<ul style="list-style-type: none"> → <u>staatliche</u> Arbeitskräftelenkung 	<ul style="list-style-type: none"> → <u>Staat</u> mischte sich <u>kaum</u> ein
<ul style="list-style-type: none"> → zentrale Lenkung des Arbeitskräftebedarfs und der Produktion (Qualifikation, Umqualifizierung und Steuerung der Arbeitskräfte bedarfsgeleitet) → <u>KEIN MARKT</u> 	<ul style="list-style-type: none"> → Arbeitskräfteallokation richtete sich nach Angebot und Nachfrage (wurde nur ein geschränkt vom Staat beeinflusst) → <u>MARKT</u>
<ul style="list-style-type: none"> → sichere und stabile Erwerbsverläufe <ul style="list-style-type: none"> • Ausscheren aus vorgegebenen Wegen kaum Möglich 	<ul style="list-style-type: none"> → Erwerbsverläufe waren nicht so stabil und sicher <ul style="list-style-type: none"> • ausscheren war möglich
<ul style="list-style-type: none"> → <u>Arbeitsrecht</u> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgabe die Arbeitsproduktivität zu erhöhen die Planerfüllung sichern • Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten regeln → <u>integriert im Arbeitsrecht</u>: <ul style="list-style-type: none"> • Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Prozess von Arbeit (z.B. Beziehungen zwischen den Betrieben) • berufliche Ausbildungsbereiche • Sozialversicherung → Arbeitsrechtsverhältnis rechtliche Gestaltung des Arbeitsverhältnisses → Arbeitsverhältnis sollte frei von Ausbeutung sein 	<ul style="list-style-type: none"> → <u>Arbeitsförderungsgesetz - AFG (1969)</u> <ul style="list-style-type: none"> • Erzielung eines hohen Beschäftigungsstandes • Verbesserung der Beschäftigungsstruktur • das Wachstum der Wirtschaft ankurbeln → <u>Aufgabe der Bundesanstalt</u>: <ul style="list-style-type: none"> • Vermittlung von Arbeit → <u>Kündigungsschutzgesetz</u> im GG verankert → <u>Berufsbildungsgesetz</u> führte Lehrvertrag ein: <ul style="list-style-type: none"> • Pflichten zwischen Lehrling und Ausbilder Geregelt • duales System: Berufsbildung in betrieblicher und schulischer Form → Arbeitsverhältnis war nicht eindeutig frei von Ausbeutung

Fortsetzung Tabelle 5

DIE ARBEITSLOSIGKEIT	DIE ARBEITSLOSIGKEIT
→ Unterstützung der Arbeitslosen galt als systemfremd, erfolgte aber dennoch	Wohlfahrtsstaat half, durch soziale Leistungen, die Kräfte des Arbeitsmarktes abzufedern
→ <u>Arbeitslosenunterstützung</u> Zuschläge und Wohngeldzuschlag	→ <u>Arbeitsversicherungsrecht</u>
→ 1951 durch Dienststellen der Sozialversicherung Übernommen	→ <u>Arbeitsförderungsgesetz (AFG) und Berufsbildungsgesetz</u> : Hauptziel war nicht die Arbeitslosigkeit zu lindern, sondern zu vermeiden
DAS EINKOMMEN	DAS EINKOMMEN
→ staatlich auferlegte Lohngestaltung	→ Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge oder staatlich Koalitionsfreiheit, um Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu fördern
<u>Ziele der Lohnpolitik:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Verteilung der Arbeitskräfte in der gesamten Wirtschaft • leistungsgerechte Entlohnung aller Beschäftigten • Steigerung der Qualifikation der Werktätigen • Erhöhung der Arbeitsproduktivität → Steigerung des Wohlstandes aller Werktätigen 	
→ geringe Einkommensunterschiede	→ Einkommensunterschiede
DIE ARBEITSZEIT	DIE ARBEITSZEIT
→ 43 ¾ Stunden/Woche	→ 40 Stunden/Woche
DIE BETRIEBE	DIE BETRIEBE
→ soziale Betreuung der Werktätigen: betriebliche Gemeinschaftspflege, Erholungseinrichtungen für Werktätige und ihre Familien	
→ gesellschaftliches und privates Leben zentrierte sich um Arbeit und Betrieb	
→ Betriebe Produktionsstätte und sozialer Ort der Kommunikation	
DIE BILDUNG	DIE BILDUNG
→ 1965 Gesetz über einheitliches sozialistisches Bildungssystem (Schulsystem = Einheitsschulprinzip)	
→ allgemeine und umfassende Bildungsfähigkeit angestrebt	→ Unterschiede in Fähigkeiten und Begabungen gefördert
→ Unterschiede in Fähigkeiten und Begabungen unter.....drückt	→ <u>Kindergärten (für Kinder von 3-6 Jahren):</u> <ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung und Bilden der Kinder auf den regulären Unterricht
→ <u>Kinderkrippen, Kindergärten und Horte:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Entlastung der Mütter, Erziehung und Beschäftigung der Kinder 	→ <u>Schularten:</u> <ul style="list-style-type: none"> • Hauptschule • Realschule • Gymnasien
→ <u>Schularten:</u> <ul style="list-style-type: none"> • mittlere Stufe der POS • Besuch der 10 klassischen POS • EOS (Abschluss mit Abitur) 	
→ Bevölkerung (in Bezug auf Bildung) <i>homogen</i>	→ Bevölkerung (in Bezug auf Bildung) <i>heterogen</i>

Quelle: Frerich/Frey 1993a/b

Folgende Annahmen werden in diesem Zusammenhang zur Bildung des Mannes und seiner Fertilität getroffen:

Ausgehend von der ökonomischen Theorie soll der Ausgangspunkt der Überlegung sein, dass männliche Bildung bzw. Erwerbsarbeit und Fertilität positiv miteinander korrelieren. Durch gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedin-

gungen kann sich dieser Effekt verstärken aber auch abschwächen oder sogar umkehren. Das soll im Folgenden kurz erläutert werden.

Da angenommen wird, dass Männer mit höheren Investitionen in ihr Humankapital eine stärkere Arbeitsmarktorientierung und somit auch höhere Einkommenschancen aufweisen, soll vermutet werden, dass in Gesellschaften mit steigender Frauenerwerbstätigkeit, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen positiven Einfluss auf das Fertilitätsverhalten von Männern haben. Bezieht sich die Vereinbarkeitslösung des Staates alleine auf die Frau, soll auch hier angenommen werden, dass je mehr der Frau die Möglichkeit geboten wird, Kinder und Beruf „unter einem Hut zu bekommen“, dieses einen indirekten positiven Einfluss auf das Geburtenverhalten von Männern hat. Durch die staatlichen Unterstützungen von Familien könnten so die Vorteile einer Geschlechterspezialisierung im Zusammenhang mit der Fertilität abgedeckt werden.

Familienpolitische Unterstützungen, wie zum Beispiel Kinder- und Erziehungsgeld oder die Förderung junger Paare, könnten Anreize zur Fertilität des Mannes, egal ob im „male breadwinner“- oder im „adult worker“-Modell, darstellen. Männern werden durch familienpolitische Unterstützungen der Frauen, wie z.B. einkommensabhängig bezahlter Erziehungsurlaub und ausgebaute Kinderbetreuungseinrichtungen, die Möglichkeit gegeben ihren Familien zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit ein gesichertes Umfeld zu bieten. Die Fertilität dieser Männer könnte somit steigen.

Der Zusammenhang zwischen Bildung und Fertilität beim Mann sollte positiv sein. Angemessene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verbesserung und Sicherheit der beruflichen Situation von Männern sollten in Ländern, die diese unterstützen, den positiven Zusammenhang verstärken oder ihn zumindest nicht abschwächen. Die gefestigte Arbeitsmarktsicherheit in der DDR könnte somit positive Auswirkungen auf den Übergang zum ersten Kind beim ostdeutschen Mann zeigen. Im wettbewerbslich strukturierten Arbeitsmarkt könnten durch Unsicherheiten eher negative Einflüsse auf das Geburtenverhalten der Männer entstehen.

Es wird angenommen, dass der Mann in Westdeutschland erst bei Festigung und Beendigung des Bildungsweges über die Gründung einer Familie nachdenken wird. In Bezug auf Ostdeutschland wird anhand der arbeits- und sozialpolitischen

Rahmenbedingungen vermutet, dass der Übergang zur Vaterschaft parallel zum Verlauf des Bildungsweges und zur Berufsausbildung möglich war.

Familiale Lebensverläufe können durch individuelle Informationen, wie z.B. Schulbildung, Fertilität und soziale Hintergründe, besser verstanden werden. Betrachtet man in Verbindung dazu die institutionellen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen können Aussagen über den Zusammenhang zwischen Rahmenbedingungen und familialen Lebensverläufen getroffen werden.

In den nächsten Kapiteln des empirischen Teils dieser Arbeit soll deswegen der Zusammenhang zwischen Bildung des Mannes und seiner Fertilität näher untersucht und auf die entstandenen Annahmen durch die Überlegungen des theoretischen Teils eingegangen werden.

II. EMPIRISCHER TEIL

4 Datensatz und Methode

4.1 Datensatz

Für die Untersuchungen dieser Arbeit wird der *“Family and Fertility Survey”* (FFS) verwendet. Es handelt sich dabei um eine retrospektiv angelegte Befragung, welche eine internationale Vergleichbarkeit der Daten im Bereich der Familienbildung, wie etwa Partnerschafts- und Erwerbsbiographien aber auch des Kinderwunsches, zulässt (vgl. Pohl 1995, S.1). Durch die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (*United Nations Economic Commission for Europe* - UN/ECE) wurde Ende der 80er Jahre der Survey in einigen ECE-Ländern durchgeführt, bei dem ebenfalls die Bundesrepublik Deutschland beteiligt war. Die Koordination dieses Vorhabens wurde von dem Sekretariat für Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen (*Populations Activities Unit* – PAU) durchgeführt (vgl. ebd.). Bisher sind 24 der 55 Mitgliedsländer der UN/ECE an dem FFS-Projekt beteiligt³⁰. Ende 1998 lagen zu jedem dieser Länder die standardisierten Datensätze in der bei PAU eingerichteten FFS-Datenbank vor. Um die internationale Vergleichbarkeit der Länder mit ähnlicher demographischer Problemlage³¹ zu bewerkstelligen, wurde ein Standardfragebogen (*„standard FFS questionnaire“*) entwickelt (vgl. http://www.bib-demographie.de/index_projekte.html: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, abgerufen am 30.11.05).

Für die Erhebung des deutschen FFS wurde der UN/ECE Standardfragebogen weitestgehend übernommen. Die Ausgangsfragebogenversion vom Juli 1992 wurde durch Fragen zur finanziellen Situation, zum Haushaltsnettoeinkommen und Einkommensquelle, zur Schulbildung, zur Biographie und Lebenssituation des Partners, zur Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, zum Kinderwunsch und spezifische Fragen zu Ost- und Westdeutschland, z.B. zur Wanderung, erweitert. Der Ausgangsfragebogen und der Stichprobenplan wurden vom Bundesinsti-

³⁰ Die teilnehmenden Länder am FFS sind: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Kanada, Lettland, Litauen, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und die USA.

³¹ Geburtenrückgang, Veränderung der Haushalts- und Familienstrukturen und demographische Alterung

tut für Bevölkerungsforschung (BiB) vorgegeben. Der internationale Fragebogen richtet sich nach der internationalen Vergleichbarkeit, während sich der Stichprobenplan nach dem vom BiB beabsichtigten Analysekonzept „Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland“ orientiert (vgl. Pohl 1995, S.1-6). Um eine Vergleichbarkeit zwischen Ost- und Westdeutschland zu gewährleisten, wurden jeweils circa 5000 Personen (Männer und Frauen) im Alter zwischen 20 und 39 Jahren, Angehörige der Geburtskohorten 1952 bis 1972, befragt. Wie die folgende Tabelle zeigt, besteht die Gesamtstichprobe aus vier voneinander unabhängigen repräsentativ ausgewählten Teilstichproben.

Tabelle 6: Stichprobenplan

	Westdeutschland	Ostdeutschland	Insgesamt
Männer	2024	1992	4016
Frauen	3012	2984	5996
Insgesamt	5036	4976	10012

Der retrospektive Datensatz FFS besitzt ein internationales vergleichbares Design. Es ist somit möglich, vergleichbare Informationen über Familien- und Fertilitätsbiographien, Partnerschafts-, Bildungs- und Erwerbsgeschichten von Ländern, in diesem Fall von Ost- und Westdeutschland, zu erhalten. Die Analyse bezieht sich auf die Zeit vor der Vereinigung der alten und neuen Länder, wodurch ein besserer Vergleich der beiden Länder möglich ist. Aufgrund dessen war es nötig, allgemein zwei Perioden zu definieren: 1966-1989 und 1990-1992. Die zweite Periode, bezogen auf die Zeit nach der Wiedervereinigung, wurde aus der Analyse entfernt. Die Periode vor der Wende wurde in dieser Untersuchung in drei Kalenderzeiten (1966-1977, 1980-1985 und 1986-1989) unterteilt. Im Fokus dieser Untersuchung stehen die kinderlosen Männer, die somit unter dem Risiko stehen ihr erstes Kind zu bekommen. Es befinden sich 1934 westdeutsche und 1816 ostdeutsche Männer im bereinigten Datensatz dieser Untersuchung. Von diesen befragten Personen wurden 550 in Westdeutschland und 990 in Ostdeutschland zum ersten Mal Vater (Tabelle 7 und 8).

Tabelle 7: Anzahl der Befragten und ausgeschlossenen Fälle in der Analyse. Westdeutsche Männer der Kohorte 1952-1972

Anzahl der Befragten im bereinigten Datensatz	1973
Davon Befragte mit einem Kind	569
<i>Ausgeschlossene Fälle</i>	
Adoptierte Kinder	8
Stiefkinder	26
Pflegekinder	5
Anzahl der ausgeschlossenen Fälle	39
Anzahl der Befragten (mit Abzug der ausgeschl. Fälle)	1934
Anzahl der Erstgeburten	550

Tabelle 8: Anzahl der Befragten und ausgeschlossenen Fälle in der Analyse. Ostdeutsche Männer der Kohorte 1952-1972

Anzahl der Befragten im bereinigten Datensatz	1952
Davon Befragte mit einem Kind	1077
<i>Ausgeschlossene Fälle</i>	
Adoptierte Kinder	19
Stiefkinder	106
Pflegekinder	11
Anzahl der ausgeschlossenen Fälle	136
Anzahl der Befragten (mit Abzug der ausgeschl. Fälle)	1816
Anzahl der Erstgeburten	990

4.2 Methodik

Die Konstruktion der Variablen und der Datensatz des FFS wurde mit dem statistischen Programm STATA 9.0 bearbeitet, um den bereinigten und reduzierten Datensatz in das statistische Programm EvHa (Event History Analysis; Modell Rocanova, Version 0.48) transformieren zu können. Diese Software ermöglicht es, das Risiko der ersten Geburt bei Männern zu modellieren. Ereignisdatenanalysen ermöglichen die Untersuchung von Ereignissen (Übergänge zwischen Zuständen) und Verweildauern in Zuständen bestimmter Bereiche im Lebensverlauf von Individuen. Ereignisse im Leben, die zur Analyse herangezogen werden, können die Geburt von Kindern, Eheschließungen, Scheidungen, Auszug aus dem Eltern-

haus, Übergang zum ersten Job oder der Tod sein (vgl. Huinink 1995, S. 203; Blossfeld/Hamerle/Mayer 1989, S. 14; Blossfeld/Hamerle 1991, S. 1f.).

Es wurden multiplicative intensity-regression models geschätzt, um den Einfluss verschiedener Variablen beobachten zu können. Der Hauptvorteil einer ereignisorientierten Untersuchung liegt in der adäquaten Repräsentation von Veränderungen qualitativer Variablen, welche sich zu verschiedenen Zeitpunkten im Lebensverlauf ereignen (vgl. Blossfeld/Hamerle/Mayer 1989, S. 24).

In dieser Arbeit wird das Ereignis „erste Vaterschaft“ analysiert. Die Prozesszeit beginnt mit der Untersuchung der kinderlosen Männer ab dem 14. Lebensjahr. Die Prozesszeit endet mit der Geburt des ersten Kindes (wenn das Ereignis eingetreten ist), mit dem Alter 37 (da der Zensierungszeitpunkt 1989 ist) oder zum Zeitpunkt des Interviews (in beiden Fällen zensiert). Die Risikozeit, die in Monaten betrachtet wird, stellt die Zeit vom Prozessbeginn (Alter 14) bis zum Eintritt des Ereignisses (erstes Kind) beim Mann dar. Die Erstgeburtenintensität $\mu(t)$ eines Mannes entspricht der Wahrscheinlichkeit, dass er im nächsten Monat sein erstes Kind haben wird. Annahmegemäß hängt diese Wahrscheinlichkeit von unterschiedlichen Faktoren, wie dem Bildungsniveau des Mannes, der Bildungsbe teiligung (in Ausbildung oder nicht in Ausbildung) oder von der Kalenderzeit, ab. Diese Faktoren stellen die Kovariaten dar.

Man nimmt an, dass über bestimmte Zeitintervalle das Risiko ein erstes Kind zu bekommen konstant ist, das heißt, dass es sich um ein piecewise constant model handelt. Die Grundidee dieses Modells ist, die Zeitachse in bestimmte Zeitinter valle einzuteilen und anzunehmen, dass die Übergangsraten in jedem dieser Inter valle konstant sind, aber sich zwischen den Intervallen verändern kann (vgl. Blossfeld/Rohwer 2002, S. 120). Da der Zeitfaktor und auch die anderen Kovaria ten somit kategorial sind, sieht das Modell mit den Hauptfaktoren folgendermaßen aus:

$$\mu(t)_{ijklmnopq} = a_{i(t)} b_j c_k d_l e_m f_{n(t)} g_{o(t)} h_{p(t)}$$

Faktor a ist der Effekt der Zeitvariable Alter (Dauer bis zur Geburt des ersten Kindes) und $i(t)$ repräsentiert die baseline hazard mit folgenden Zeitintervallen: 0-72, 73-132, 133-180, 181-228 und 229-276 Monate (14-20, 21-25, 26-29, 30-33 und 34-37 Jahre).

Faktor b repräsentiert den Effekt der „Größe der Stadt“ in der der Befragte bis zum Alter 15 gelebt hat.

Faktor c stellt den Effekt ob die „Eltern des Befragten jemals geschieden“ waren,

Faktor d den Effekt der „Religiosität“,

Faktor e den Effekt der „Anzahl der Geschwister“,

Faktor f den Effekt der zeitabhängigen Kovariate „Kalenderzeit“,

Faktor g den Effekt der zeitabhängigen Kovariate „Bildungsabschluss und der Bildungsbeteiligung“ und

Faktor h den Effekt der zeitabhängigen Kovariate des „Familienstandes“ dar.

4.3 Variablen

Die Analyse zeigt die Einflüsse auf den Übergang zur Vaterschaft beim Mann und deckt den Observationszeitraum der Kohorten 1952 bis 1972 ab.

Die folgenden Schritte stellen die Variablen und deren möglichen Einflüsse auf den Übergang zum ersten Kind beim Mann vor. Das Modell enthält jeweils für beide Länder vier zeitunabhängige (ohne die Variable der Region) und drei zeitabhängige Kovariaten. Die folgende Tabelle zeigt einen Überblick über die verwendeten Variablen mit ihren Ausprägungen in dieser Analyse.

Tabelle 9: Überblick der zeitabhängigen und zeitunabhängigen Kovariaten und deren Ausprägungen in der Analyse

Faktor	Beschreibung	Anzahl der Level	Ausprägungen
zeitunabhängige Variablen			
1	Region	2 Level	1 = Westdeutschland 2 = Ostdeutschland
2	Größe des Wohnortes	4 Level	1 = klein (bis 10.000 Einw.) 2 = mittel (10.000-1.000.000 Einw.) 3 = groß (1.000.000 + Einw.) 4 = k.A.
3	Eltern jemals geschieden?	3 Level	1 = geschieden 2 = nicht geschieden 3 = k.A.
4	Religiosität	4 Level	1 = religiös 2 = etwas religiös 3 = nicht religiös 4 = k.A.

Fortsetzung Tabelle 9

5	Anzahl der Geschwister	4 Level	1 = Einzelkind 2 = ein Geschwisterkind 3 = zwei und mehr Geschwisterkinder
zeitabhängige Variablen			
6	Kalenderzeit	3 Level	1 = 1967-1979 2 = 1980-1985 3 = 1986-1989
7	Bildungsabschluss und Bildungsbeteiligung	3 Level	1 = in Bildung 2 = niedrige Bildung 3 = mittlere Bildung 4 = hohe Bildung 5 = k.A.
8	Familienstand	3 Level	1 = nicht verheiratet 2 = verheiratet 3 = k.A.

In Tabelle 10 ist die prozentuale und absolute Verteilung der befragten Personen auf die Ausprägungen der einzelnen zeitunabhängigen Variablen dargestellt.

Tabelle 10: Absolute und prozentuale Anzahl der Befragten auf die Ausprägungen der zeitunabhängigen Variablen

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
Variablen	absolut	prozentual	absolut	prozentual
<i>Größe des Wohnortes (bis Alter 15)</i>				
klein (bis 10.000 Einw.)	684	35,37	680	37,44
mittel (10.000 - 1.000.000 Einw.)	1102	56,98	1004	55,29
groß (1.000.000 + Einw.)	125	6,46	105	5,78
k.A.	23	1,19	27	1,49
Total	1934	100,00	1816	100,00
<i>Eltern jemals geschieden?</i>				
geschieden	247	12,77	293	16,13
nicht geschieden	1651	85,37	1464	80,62
k.A.	36	1,86	59	3,25
Total	1934	100,00	1816	100,00
<i>Sind sie religiös?</i>				
religiös	142	7,34	49	2,70
etwas religiös	694	35,88	189	10,41
nicht religiös	923	47,72	1467	80,78
k.A.	175	9,05	111	6,11
Total	1934	100,00	1816	100,00

Fortsetzung Tabelle 10

<i>Anzahl der Geschwister?</i>				
Einzelkind	368	19,03	341	18,78
ein Geschwisterkind	768	39,71	680	37,44
zwei und mehr Geschwisterkinder	798	41,26	795	43,78
Total	1934	100,00	1816	100,00

Notiz: Beim Erstellen der Modelle und Arbeiten mit dem Analyseverfahren werden die fehlenden Angaben (k.A.) aus der Studie entfernt.

In der Analyse werden einige Variablen verwendet, die den sozialen Hintergrund der Befragten charakterisieren:

Die Verteilung der Befragten nach der „Größe des Wohnortes“, in dem die Personen bis zum Alter 15 lebten, war in West- und Ostdeutschland relativ ähnlich. Die meisten Befragten der beiden zu vergleichenden Länder lebten in einem Wohnort mittlerer Größe, das heißt in einem Ort mit 10.000 bis 1.000.000 Einwohnern. Die wenigsten der ost- und westdeutschen Befragten lebten in einer Stadt mit mehr als 1.000.000 Einwohnern. Die Variable „Größe der Stadt (bis zum Alter 15)“ könnte ein Indiz für den sozialen Hintergrund sein, aber ebenso die Vermutung zulassen, dass Männer die in einer eher ländlichen Gegend lebten, eher die traditionellen Werte einer Gemeinschaft befolgten als Männer, die in einer größeren Stadt aufwuchsen.

Schaut man sich nun für beide Länder die zeitunabhängige Kovariate „Eltern jemals geschieden“ an, ist festzustellen, dass es in der DDR mit 16,13 Prozent einen höheren Anteil geschiedener Eltern der interviewten Männer gab als in Westdeutschland mit 12,77 Prozent. Jedoch stammten die meisten Befragten aus einer intakten Familie: 85,37 Prozent der west- und 80,62 Prozent der ostdeutschen Männer hatten Eltern, die sich nicht scheiden ließen. Die Scheidungsvariable kann ebenso als Indikator der sozialen Herkunft herangezogen werden. Männer aus einer „intakten“ Familie könnten mehr dazu neigen eine Familie zu gründen als Männer aus einer Scheidungsfamilie. Normen und Werte, vorgelebt durch die Eltern, könnten sich auf die eigenen Kinder übertragen.

Eine weitere Variable in der Analyse betrifft die „Religiosität“. Der Großteil der DDR-Bevölkerung war nicht religiös (80,78 Prozent). In der BRD galten im Vergleich dazu nur 47,72 Prozent als „nicht religiös“ und 35,88 Prozent der Befragten als „etwas religiös“. Männer mit religiösem Hintergrund sind wahrscheinlich eher zur Familiengründung und zum Vaterwerden geneigt als nichtreligiöse, da diese

vermutlich nach den Vorstellungen der Kirche lebten. Allerdings darf man die Doktrin der DDR nicht außer Acht lassen. Denn die Mitgliedschaft in der Kirche in Ostdeutschland war von staatlicher Seite nicht angesehen, aber die Regierung förderte die Ehe- und Familiengründung ebenfalls in einem hohen Maße. Der zu erwartende Effekt der Religiosität würde so durch die staatliche Lenkung ersetzt. Somit kann angenommen werden, dass nicht religiöse Menschen in der DDR ebenfalls ein hohes Risiko zur Familiengründung haben, wie religiöse.

Auch die Variable „Anzahl der Geschwister“ charakterisiert den sozialen Hintergrund der Befragten. Man kann annehmen, dass Männer, die mit mehreren Geschwistern in einer Familie aufwuchsen, eine höhere Familienorientierung entwickelten. 41,26 Prozent der westdeutschen und 43,78 Prozent der ostdeutschen Männer wuchsen mit „zwei oder mehr Geschwistern“ auf. Die Aufteilung der Befragten auf die weiteren Ausprägungen „Einzelkind“ und „ein Geschwisterkind“ waren in der DDR und der BRD annähernd gleich. 39,71 Prozent der Männer in der BRD und 37,44 Prozent in der DDR hatten ein Geschwisterkind und wuchsen somit in einer Zwei-Kind-Familie auf.

In der folgenden Tabelle wird die absolute und relative Verteilung der Risikozeit auf die unterschiedlichen Ausprägungen der zeitabhängigen Variablen dargestellt. Die Risikozeit (Personenmonate) ist die Zeit, in der die Befragten dem Risiko ausgesetzt sind, eine erste Geburt zu erfahren.

Tabelle 11: Verteilung der absoluten und prozentualen Anzahl der Personenmonate auf die Ausprägungen der zeitabhängigen Variablen

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
Variablen	absolut	prozentual	Absolut	prozentual
<i>Kalenderzeit</i>				
1967-1979	95054	35,48	92406	41,96
1980-1985	98936	36,93	76615	34,79
1986-1989 ¹	73897	27,59	51194	23,25
Total	267887	100,00	220215	100,00
<i>Bildungsabschluss und -beteiligung</i>				
in Bildung	158057	59,00	129397	58,76
niedrige Bildung	50549	18,87	17900	8,13
mittlere Bildung	28652	10,70	53071	24,10
hohe Bildung	13596	5,08	11378	5,17
k.A.	17033	6,36	8469	3,85
Total	267887	100,00	220215	100,00
<i>Familienstand</i>				
nicht verheiratet	236023	88,11	194745	88,43
verheiratet	31864	11,89	25470	11,57
Total	267887	100,00	220215	100,00

¹Die Kalenderzeit wurde bis zum Jahr 1989 eingeteilt, da nur die Zeit vor der Wende zur Analyse herangezogen wird. Das Jahr 1989 ist in der Betrachtung inbegriffen.

Für Westdeutschland wurden insgesamt 267.7887 Personenmonate und für Ostdeutschland 220.015 im Datensatz festgestellt. 88,11 Prozent dieser Zeit wurden in der BRD und 88,43 Prozent in der DDR als Ledige durchlebt. 11,89 Prozent der westdeutschen und 11,57 Prozent der ostdeutschen Männer erlebten diese Zeit als verheiratete Männer. In beiden Ländern ist somit die Verteilung der Anzahl der Personenmonate auf die Ausprägungen der zeitabhängigen Variablen „Familienstand“ fast identisch.

Um die Effekte der Veränderungen in der Familienpolitik in beiden Ländern feststellen zu können, wird die „Kalenderzeit“ als zeitabhängige Kovariate genutzt. Die Kalenderzeit wurde anhand familienpolitischer Maßnahmen in der DDR und BRD in drei Perioden eingeteilt: 1967-1979, 1980-1985 und 1986-1989. Dadurch besteht die Möglichkeit Effekte, die durch veränderte Rahmenbedingungen ausgelöst werden könnten, aufzudecken. Die Veränderungen der arbeits- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen wurden im theoretischen Teil dieser Arbeit ausführlich beschrieben. Das Jahr 1972 stellt einen besonderen Wendepunkt in der DDR dar, denn zu diesem Zeitpunkt wurde die pro-natalistische Politik eingeführt. So wurden zum Beispiel junge Ehen in der DDR gezielt materiell gefördert. Durch Veränderungen in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik könnten ebenso mögli-

che Effekte auf die männliche Fertilität entstehen: Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre fing zum Beispiel die Arbeitslosigkeit in der BRD an zu steigen, welches nach dem male breadwinner-Modell negative Auswirkungen auf das Fertilitätsverhalten haben müsste.

Allerdings kann man Veränderungen im Verhalten der Personen aufgrund dieser Neuerungen erst feststellen, wenn alle Befragten das geburtenfähige Alter in den 80er Jahre erreicht haben (vgl. Kreyenfeld 2004b, S. 298). Dies gilt insbesondere für die jüngeren Jahrgänge der Kohorten von 1952 bis 1972 aus dem verwendeten Datensatz.

Wie unter Kapitel 3.1 und 3.2 beschrieben, wurden die Bildungsabschlüsse in dieser Analyse der beiden Länder in drei Gruppen unterteilt: niedrige, mittlere und hohe Bildung. Dabei wurde die Variable des Bildungsabschlusses mit der Variable der Bildungsbeteiligung verknüpft. Damit erhält man eine zeitabhängige Variable, die beschreibt, ob sich die befragte Person noch in der Schulausbildung befindet oder ob diese bereits abgeschlossen wurde. Bei absolviertem Bildungsabschluss ist dadurch der Abschlussgrad der Bildung genau bekannt und kann somit in die drei Bildungsniveaus kategorisiert werden. Befand sich die befragte Person noch in der Ausbildung oder besuchte die Schule, kann kein Abschlussgrad festgelegt werden, weil dieser zum Zensierungszeitpunkt (1989) noch nicht bekannt war. Dadurch entstehen folgende vier Ausprägungen der zeitunabhängigen Variablen „Bildungsabschluss und Bildungsbeteiligung“: „in Bildung“, „niedrige“, „mittlere“ und „hohe Bildung“.

Personen, die sich in der BRD „in Bildung“ befanden, durchlebten 59 Prozent der gesamten Risikozeit (267.887 Personenmonate). 18,87 Prozent der gesamten Personenmonate wurde von westdeutschen Männern mit niedriger, 10,7 Prozent mit mittlerer und 5,08 Prozent mit hoher Bildung durchlebt. In Ostdeutschland zeigte sich folgendes Bild: Zwar waren es auch hier, ähnlich wie in der BRD, 58,76 Prozent der gesamten Risikozeit, die in der DDR als „in Bildung“ befindlich durchlebt wurde, aber 8,13 Prozent dieser Zeit wurde als Personen mit niedriger, 24,10 Prozent mit mittlerer Bildung und 5,17 Prozent mit hoher Bildung durchlebt. Bei der Betrachtung der durchlebten Risikozeit in Bezug auf die Bildungsabschlüsse in beiden zu untersuchenden Ländern kann auch hier die Zentralisierung auf die mittlere Bildungsstufe in der DDR beobachtet werden.

Im Fall der Bildungsvariablen kann diskutiert werden, ob es einen positiven Effekt auf die Geburt des ersten Kindes beim Mann gegeben haben könnte. Stellt sich die Beckersche Hypothese als richtig dar, sollte ein höher gebildeter Mann ein höheres Risiko beim Übergang zum ersten Kind zeigen, da eine höhere Bildung die Voraussetzung für eine gute berufliche Qualifikation und ein höheres Einkommen ist. Bei Männern, die sich noch in Bildung befinden oder eine niedrigere Bildung haben, müsste das Risiko zum Übergang zur Vaterschaft niedriger sein.

Bei den zeitabhängigen und zeitunabhängigen Kovariaten wurden die fehlenden Angaben („k.A.“) in der Syntax von STATA als weitere Ausprägung der Variablen generiert und vorerst nicht entfernt. Erst bei weiteren Schritten der Analyse, z.B. der deskriptiven Analyse oder der Ereignisdatenanalyse, werden die fehlenden Angaben in der Untersuchung bereinigt. Der Grund dafür ist, dass die Kategorien mit fehlenden Angaben keinen Erklärungsgehalt für diese Analyse haben.

Die möglichen Einflüsse, die die einzelnen Variablen auf das Risiko der Geburt eines ersten Kindes haben könnten, sollen im folgenden Schritt noch einmal zusammenfassend dargestellt werden:

- *Einfluss der „Größe des Wohnortes“*

Das Leben in einem kleineren Wohnort sollte die Wahrscheinlichkeit, ein erstes Kind zu bekommen, erhöhen. Die Orientierung an den traditionellen Werten auf dem Lande könnte somit zu einem höheren Erstgeburtsrisiko führen.

- *Einfluss der Variable „Eltern jemals geschieden“*

Männer, die aus einer intakten Familie stammen, müssten einem höheren Risiko des Überganges zum ersten Kind ausgesetzt sein. Durch das Vorleben der traditionellen Werte durch die Eltern könnten ihre Söhne ebenfalls an einem Familienleben im herkömmlichen Sinne festhalten.

- *Einfluss der „Religiosität“*

Auch in diesem Punkt wird angenommen, dass Personen, die religiös sind und sich somit mehr nach den traditionellen Werten richten, einer höheren Wahrscheinlichkeit zur Familiengründung unterliegen als nicht religiöse Personen. Da die ostdeutschen Bürger im Vergleich zu den Westdeutschen meist nicht religiös waren, dürfte hier der Einfluss der Variable nicht sehr signifikant sein.

- *Einfluss der „Anzahl der Geschwister“*

Je größer die Herkunftsfamilie der befragten Männer war, desto höher müsste der Einfluss auf den Übergang zur Vaterschaft sein. Es wird vermutet, dass Männer mit einem oder mehreren Geschwistern ebenfalls eine Familiengründung anstreben.

- *Einfluss der Kalenderzeit*

Hier ist es schwierig, geeignete Hypothesen des Einflusses der Kalenderzeit auf den Übergang zum ersten Kind zu finden.

Mit in Kraft treten von familienpolitischen Maßnahmen und der zunehmenden Unterstützung von Familien sollten mehr Kinder geboren werden. Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt müssten ebenfalls Effekte auf das Risiko der Vaterschaft zeigen, da in Zeiten der Unsicherheit Männer einer Familie kein gesichertes Umfeld bieten und folglich ihrem Ernährerstatus nicht gerecht werden könnten. Dieses könnte für die zunehmende Arbeitslosigkeit ab Ende der 60er Jahre in der BRD gegolten haben.

Das Problem bei der Betrachtung dieses Faktors ist, dass nicht nur familienpolitische Maßnahmen einbezogen, sondern auch die wirtschaftliche Lage eines Landes und die Einstellungen in einer Gesellschaft berücksichtigt werden. Es ist schwierig, diese Faktoren auseinander zu halten.

Tabelle 12: Ausgewählte familienpolitische Maßnahmen und Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in West- und Ostdeutschland

<i>Zeit</i>	<i>Westdeutschland</i>	<i>Zeit</i>	<i>Ostdeutschland</i>
<i>familienpolitische Maßnahmen</i>			
		Ende 60er Jahre	Unterstützungsmaßnahmen für kinderreiche Familien
1975	einkommensunabhängiges Kindergeld ab dem 1. Kind	1972 1976	gezielte materielle Förderung junger Ehen neues Kindergeldrecht
1983	Kindergeld teilweise einkommensabhängig (zur Förderung einkommensschwacher Familien)	1986	Verbesserung der Kredite für junge Paare
1986	Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub	1987	Kindergeld
<i>Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt</i>			
Ab 60er/70er Jahre	Arbeitslosigkeit steigt		keine Arbeitslosigkeit vorhanden

- *Einfluss des „Bildungsabschluss und des Bildungsbeteiligung“*

Männer mit höherer Bildung müssten nach der Beckerschen Hypothese die größte Wahrscheinlichkeit zum Übergang zum ersten Kind zeigen. Das Risiko zum ersten Kind bei Männern, die sich noch in Bildung befanden, sollte vermutlich niedriger sein, da sie einer Familie noch nicht die nötige Sicherheit bieten konnten.

- *Einfluss der Variable Familienstand*

Bei Männern, die bereits verheiratet waren, wird angenommen, dass auch sie eine höhere Neigung zum Vaterwerden besaßen als noch nicht verheiratete Männer. Der Grund dafür ist, dass Heirat und Familiengründung gleichzeitige Prozesse darstellen.

Bevor die Auswertung der Ergebnisse der Modelle erfolgt, wird eine deskriptive Analyse angewandt, um das Fertilitätsverhaltens der ost- und westdeutschen Männer zu untersuchen und länderspezifische Unterschiede aufzeigen zu können. Dabei wird weiterhin mit dem bereits verwendeten und reduzierten Datensatz gearbeitet.

5 Deskriptive Analyse

5.1 Kinderlosigkeit und Übergang zum ersten Kind (Survival-Kurven)

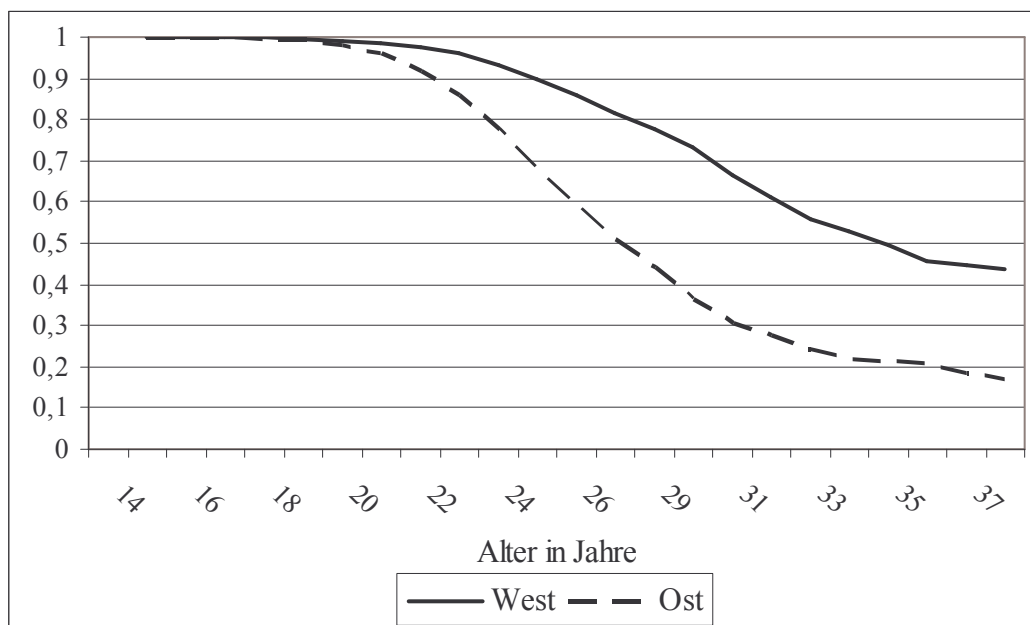
Survival-Funktionen drücken die Wahrscheinlichkeit aus, dass ein Individuum bis zu einer bestimmten Zeit in einem gegebenen Zustand verweilt („überlebt“) und ein zu untersuchendes Ereignis noch nicht erreicht hat (vgl. Blossfeld/Hamerle 1991, S.3). Das heißt, dass Survival-Kurven den Anteil der beobachteten Personen anzeigen, die das Ereignis (in dieser Analyse das Ereignis der Geburt des ersten Kindes) noch nicht erlebt haben.

Bei der Survival-Analyse besteht die Möglichkeit der geschlechtsspezifischen Erfassung von Kinderlosigkeit in West- und Ostdeutschland in den einzelnen Altersstufen. Dazu werden kinderlose Männer kinderlosen Frauen gegenübergestellt. Kinderlosigkeit bedeutet, dass eine Person noch nicht Vater oder Mutter geworden ist (vgl. Schmitt 2005, 21). Kinderlosigkeit wurde zum besonderen Interesse vor allem für die Länder, die sich mit einem niedrigen Geburtenniveau auseinandersetzen mussten, wie auch die Bundesrepublik Deutschland, spezifisch vor al-

lem die alten Bundesländer. Kinderlosigkeit (sowohl endgültige als auch Kinderlosigkeit im Lebensverlauf) ist zu einer entscheidenden Einflussgröße in der Soziologie und Demographie geworden (vgl. Dorbitz/Schwarz 1996, S. 232).

Betrachtet man die Kaplan-Meier-Survival-Kurve in Abbildung 14, erkennt man, dass westdeutsche Männer niedrigere Erstgeburtrisiken aufwiesen als ostdeutsche. 43,63 Prozent der westdeutschen Männer im Alter von 37 Jahren waren kinderlos. In Ostdeutschland waren es dagegen 26,45 Prozentpunkte weniger Männer als in Westdeutschland. In diesem Alter waren somit 82,82 Prozent der ostdeutschen Männer bereits das erste Mal Vater geworden. Der Übergang zum ersten Kind erfolgte in Ostdeutschland viel früher als in Westdeutschland. Während 50 Prozent der ostdeutschen bereits mit circa 26 Jahren ihr erstes Kind realisierten, hatten in Westdeutschland in diesem Alter erst circa 20 Prozent ihr Vaterdasein erreicht. Im Alter von circa 33 Jahren realisierte die Hälfte der Männer in Westdeutschland ihr erstes Kind.

Abbildung 14: Übergang zum ersten Kind (Kaplan-Meier-Survival-Kurve) für west- und ostdeutsche Männer der Kohorten 1952-1972

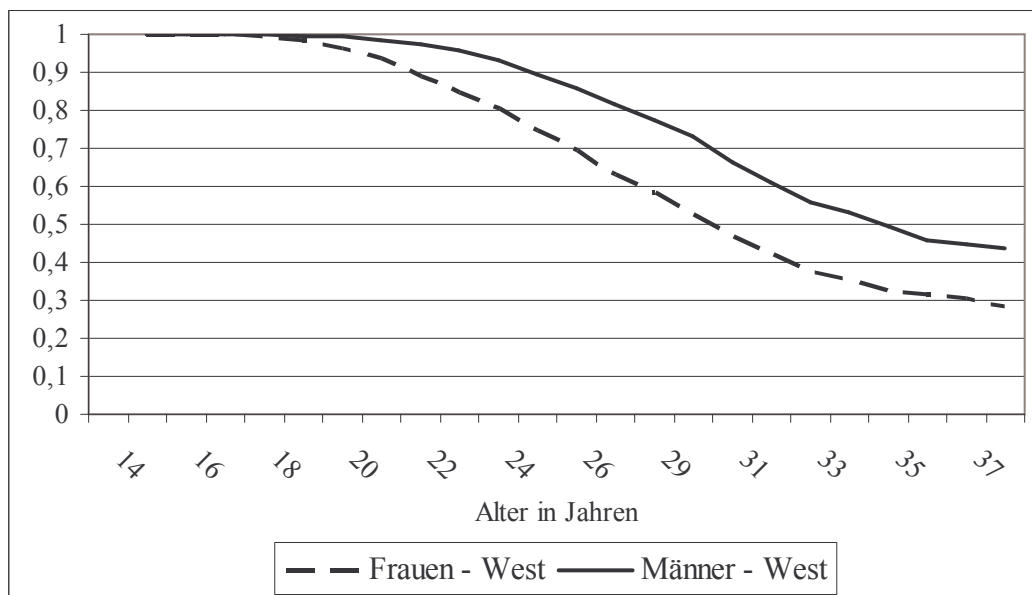


Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Stellt man nun die Survival-Kurven der ost- und westdeutschen Frauen denen der Männer gegenüber, kennzeichnet sich folgende Entwicklung ab (Abbildung 15 und 16):

Sowohl ost- als auch westdeutsche Männer besaßen niedrigere Risiken zur Vater-schaft als Frauen aus diesen beiden Ländern. In Westdeutschland wiesen 28,5 Prozent der Frauen im Alter von 37 Jahren Kinderlosigkeit auf. Das waren circa 15 Prozentpunkte weniger Kinderlose als bei den westdeutschen Männern. Im Gegensatz dazu lag der Anteil der kinderlosen Frauen in der DDR im Alter von 37 Jahren bei 8,61 Prozent und war somit fast um die Hälfte niedriger als der der ostdeutschen Männer und um das Dreifache geringer als der Anteil der westdeutschen kinderlosen Frauen.

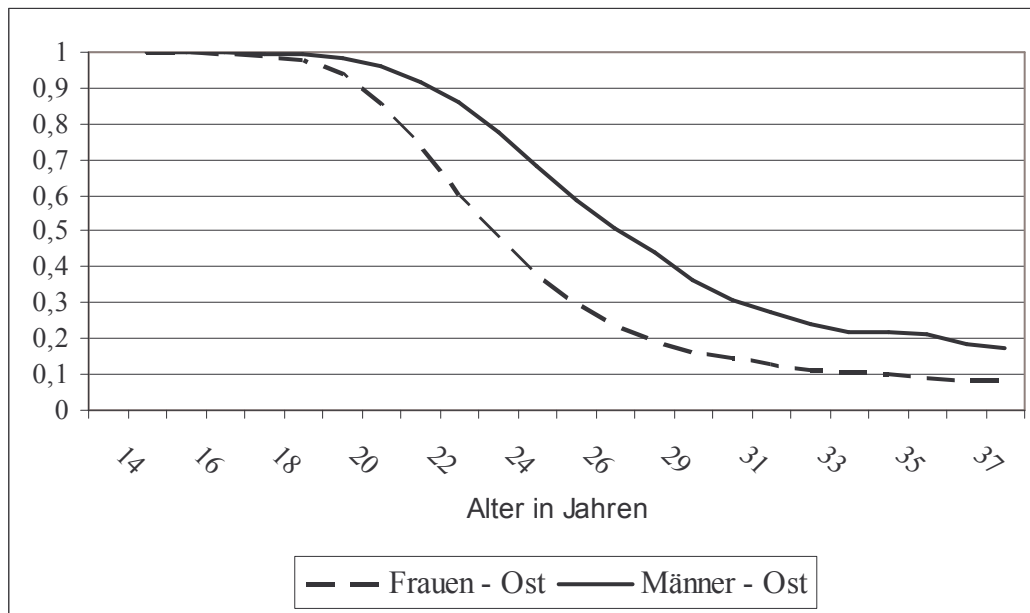
Abbildung 15: Übergang zum ersten Kind (Kaplan-Meier-Survival-Kurve). Westdeutsche Frauen und Männer der Kohorten 1952-1972



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Frauen, sowohl aus West- als auch aus Ostdeutschland, bekamen deutlich früher ihr erstes Kind als die ost- und westdeutschen Männer. Frauen aus den alten Bundesländern realisierten durchschnittlich ihr erstes Kind mit 28,4 Jahren und Frauen aus der DDR mit durchschnittlich circa 22,75 Jahren. Lebenslange Kinderlosigkeit war in Ostdeutschland kaum verbreitet. Niedrige Kinderlosigkeit ging dort mit einer frühen Geburt der Kinder und einer hohen Heiratsrate einher. Dabei spielte vor allem der besondere Charakter der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR eine Rolle (vgl. Dorbitz/Schwarz 1996, S. 236).

Abbildung 16: Übergang zum ersten Kind (Kaplan-Meier-Survival-Kurve). Ostdeutsche Frauen und Männer der Kohorten 1952-1972



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Schmitt (2005, S.22) zieht als Erklärung für den höheren Anteil kinderloser Männer folgende mögliche Ursachen heran: Zum einen spielt ein höheres Heiratsalter bei Männern eine Rolle, was sich auch auf eine höhere Altersdifferenz beim Übergang zur Vaterschaft niederschlägt. Zum anderen sind Männer bei der ersten Geburt ihres Kindes in der Regel älter als ihre Partnerinnen. Schmitt schlussfolgert daraus, dass die niedrige Lebenserwartung von Männern dazu führt, dass diese im Mittel weniger Lebensjahre als Väter verbringen als Frauen und Mütter (vgl. ebd.). Auch die FFS-Ergebnisse des BiB (vgl. Dorbitz/Schwarz 1996, S. 234) zeigen höhere Kinderlosenanteile bei Männern in den alten und neuen Bundesländern. Als Einflussfaktoren für diesen Trend werden die niedrige Erstheiratsneigung der Männer und die geringere Neigung einer Wiederheirat nach einer Scheidung von Dorbitz und Schwarz (1996, S. 234) genannt. Auch sie reden von einer alters- und geschlechtsspezifischen Verzerrung der Effekte des Männer- und Frauen-Vergleichs in den einzelnen Geburtsjahrgängen. Ebenfalls kann das Nichtbekennen und Nichtwissen von Vaterschaft eine weitere Ursache der höheren Kinderlosenanteile sein (vgl. Dorbitz/Schwarz 1996, S. 234).

Tabelle 13: Altersspektrum kinderloser Männer und Frauen zwischen 15 und 40 Jahren. (Kohorten 1952-1972; West- und Ostdeutschland)

	Alter					
	15	20	25	30	35	37
Kinderlose in %						
Männer						
West	100,00	98,62	85,78	66,57	45,61	43,63
Ost	99,94	96,19	58,64	30,75	20,95	17,18
Frauen						
West	99,93	93,55	69,64	46,60	31,55	28,50
Ost	99,86	85,39	29,86	14,51	9,04	8,61

Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

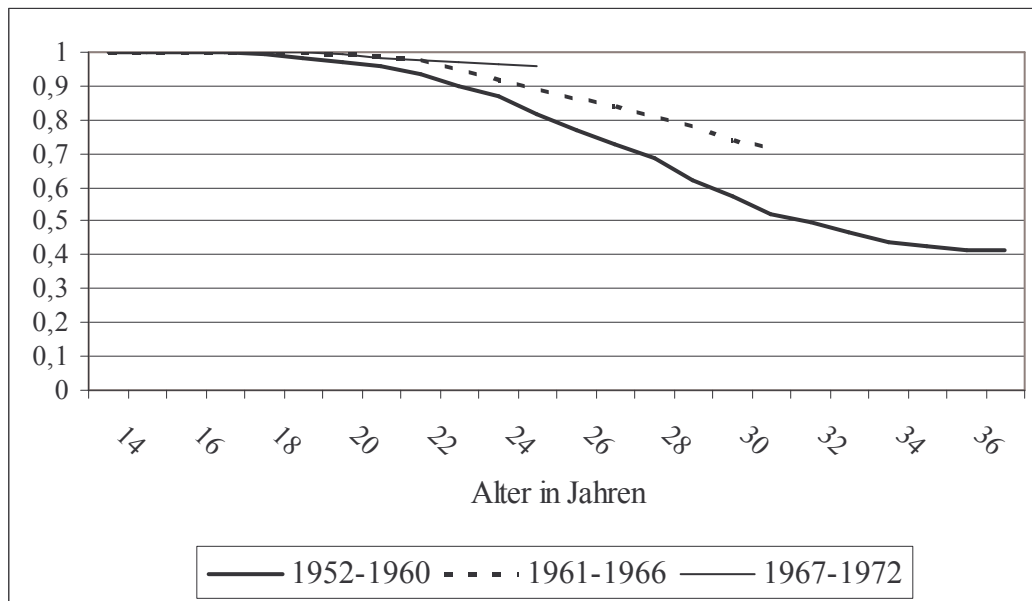
5.2 Timing der Erstelternschaft

In diesem Abschnitt sollen das Timing der Familiengründung und Kinderlosigkeit auf der Basis von Survival-Analysen ausgewählter Geburtskohorten (1952-1960, 1961-1966 und 1967-1972) überprüft werden. Die Kohorten wurden speziell zu dieser Untersuchung herangezogen, in der Ereignisanalyse erfolgt jedoch keine weitere Berücksichtigung.

Schaut man sich Abbildung 17 und 18 an, fallen nicht nur die Unterschiede zwischen den Kohorten durch die dauerhaft kinderlosen Männer auf, sondern ebenfalls das unterschiedliche Timing der Erstelternschaft. Der Abstand zwischen den Kohorten im Timing der ersten Geburt wurde immer größer. Dieses war sowohl für West- als auch für Ostdeutschland der Fall. Zwar kann man den Verlauf der jüngsten Kohorten mit Hilfe des FFS-Datensatzes nicht weiter verfolgen, da die befragten Personen zum Zensierungszeitpunkt 1989 zwischen 17 und 22 Jahre alt waren, aber ein Trend zur späteren Vaterschaft ist zu beobachten.

Westdeutsche Männer der Kohorten 1952-1960 erlebten häufiger das Ereignis der Erstgeburt vor dem 25. Lebensjahr als die aus den jüngeren Geburtsjahrgängen. Für die jüngsten Kohorten fiel die Übergangskurve im Vergleich zu der ältesten Kohorte immer langsamer ab und die Übergänge zum ersten Kind verteilten sich auf eine breitere Altersspanne. Vaterschaft wurde immer häufiger aufgeschoben. 50 Prozent der Männer aus Westdeutschland, der ältesten Kohorte angehörig, hatten im Alter von circa 32 Jahren ihr erstes Kind realisiert.

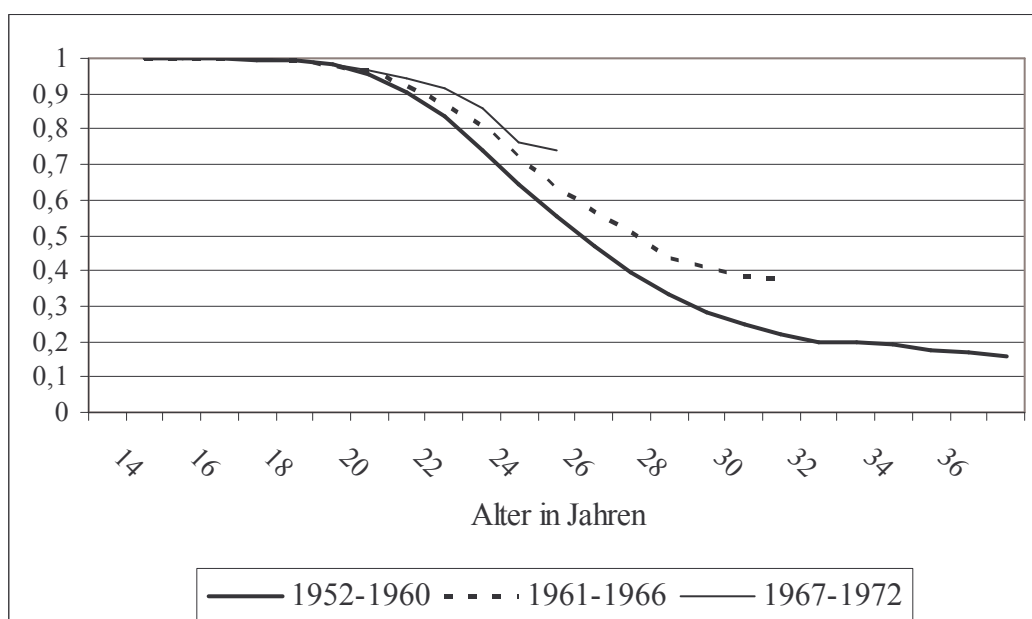
Abbildung 17: Übergang zur Vaterschaft ausgewählter Kohorten in Westdeutschland (Kaplan-Meier-Survival-Kurve)



Quelle: Deutscher FFS 1992, eigene Berechnungen

In Ostdeutschland waren es in dieser Kohorte 50 Prozent der Männer die im Alter zwischen 25 und 26 Jahren den Schritt zur ersten Vaterschaft gingen. 50 Prozent der ostdeutschen Männer, der Kohorten 1961-1966 hatten ihr erstes Kind bereits zwischen dem 27. und 28. Lebensjahr bekommen (Abbildung 18).

Abbildung 18: Übergang zur Vaterschaft ausgewählter Kohorten in Ostdeutschland (Kaplan-Meier-Survival-Kurve)



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Es unterschied sich nicht nur das Timing der Familiengründung der Kohorten West- und Ostdeutschlands, sondern auch der Anteil der Kinderlosigkeit. Der Kinderlosenanteil 31-jähriger Männer differierte in der DDR zwischen der jüngsten und der mittleren Kohorte um 15,8 Prozent. In Westdeutschland waren es im Alter von 24 Jahren 4,7 Prozent, die diese beiden Kohorten in der Kinderlosigkeit unterschieden. Das bedeutet, dass Kinderlosigkeit über die Altersstufen in West- und Ostdeutschland in den jüngeren Kohorten immer mehr zunahm.

Gründe für den Aufschub der Elternschaft könnten nach Schmitt (2005, S.35; zitiert nach: Blossfeld 1995, S.7ff.) der historische Hintergrund, verlängerte Ausbildungsdauer, steigende Bildungspartizipation (Institutioneneffekt), aber auch steigende Erwerbspartizipation der Frauen sein. Erklärungen und einflussnehmende Faktoren auf die Kinderlosigkeit und das Timing der Familiengründung der Frau wurden ausführlich erforscht. Die sozialen Wandlungsprozesse im Hinblick auf Männer fanden jedoch kaum Berücksichtigung. Bisher wurden diese nur bezüglich des veränderten Rollenverhältnisses zwischen Frau und Mann veranschaulicht (vgl. Schmitt 2005, S.36). Bei Untersuchung der ältesten Kohorten für die Männer in beiden Ländern wird deutlich, dass diese im relativ späten Alter von 37 Jahren ihr erstes Kind realisierten. In dieser Altersgruppe fehlen Übergänge zum ersten Kind bei der Frau, da in diesem Alter die reproduktive Phase fast beendet ist, bzw. eine Geburt höhere Risiken für eine Frau bedeutet. Erkennbar ist ebenfalls der deutlich niedrigere Anteil der Männer in Ostdeutschland, die im späteren Alter kinderlos waren.

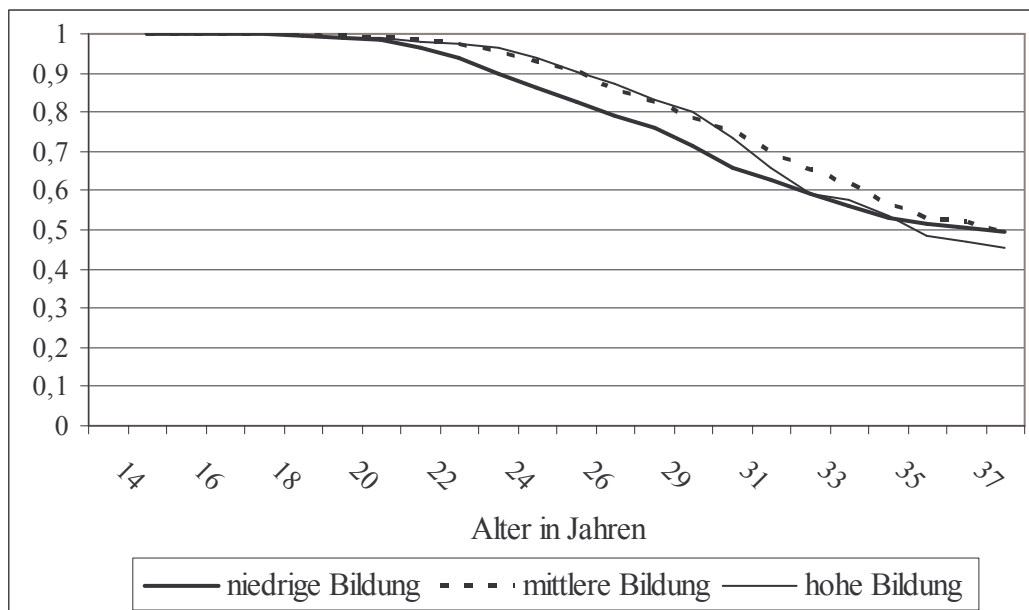
Nach Schmitt (2005, S.37) ist vor allem die Arbeitsmarktpartizipation der Männer Grund für die aufgeschobene Vaterschaft (Institutioneneffekt) und die lange Phase der Kinderlosigkeit. Männer, die im Berufsleben nicht etabliert sind, könnten einem Kind kein finanziell abgesichertes Umfeld bieten. Längere Verweildauern im Bildungssystem wirken ähnlich wie bei der Frau verzögernd auf eine Erstelternschaft. Wenn man den Indikator der bildungshomogenen Partnerschaften berücksichtigt, vor allem bei Betrachtung der Höhergebildeten mit intensiver Arbeitsmarktintegration beider Partner, wirkt dieses ebenfalls verzögernd auf die Erstelternschaft. Dennoch wirken sich mangelnde ökonomische Absicherung und Perspektive negativ auf die Wahrscheinlichkeit einer Familiengründung aus (vgl. ebd.).

Im nächsten Abschnitt wird auf die Verteilung der Erstgeburten nach dem Bildungsabschluss der Männer eingegangen. Hat eine höhere Qualifikation bei Männern wirklich einen signifikanten Einfluss auf die Geburt des ersten Kindes?

5.3 Bildung und das Risiko zum ersten Kind

Bei der Beschreibung der Variablen in Kapitel 4.3 wurde darauf hingewiesen, dass der Faktor Schulabschluss als zeitveränderliche Variable für die Untersuchung genutzt wird. Wählt man die Variable Bildung nicht als zeitveränderliche sondern als zeitkonstante Kovariate, besteht die Möglichkeit einer multivariaten Analyse des Übergangs zur Vaterschaft in Bezug auf die Bildungsabschlüsse der Befragten. Der Abschluss einer Schulbildung wird in einem früheren Alter erworben und kann somit als hinreichend fix betrachtet werden.

Abbildung 19: Übergang zum ersten Kind nach höchstem Bildungsabschluss des Mannes (Kaplan-Meyer-Survival-Kurve). Westdeutschland (Kohorte 1952-1972, n=1934)



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

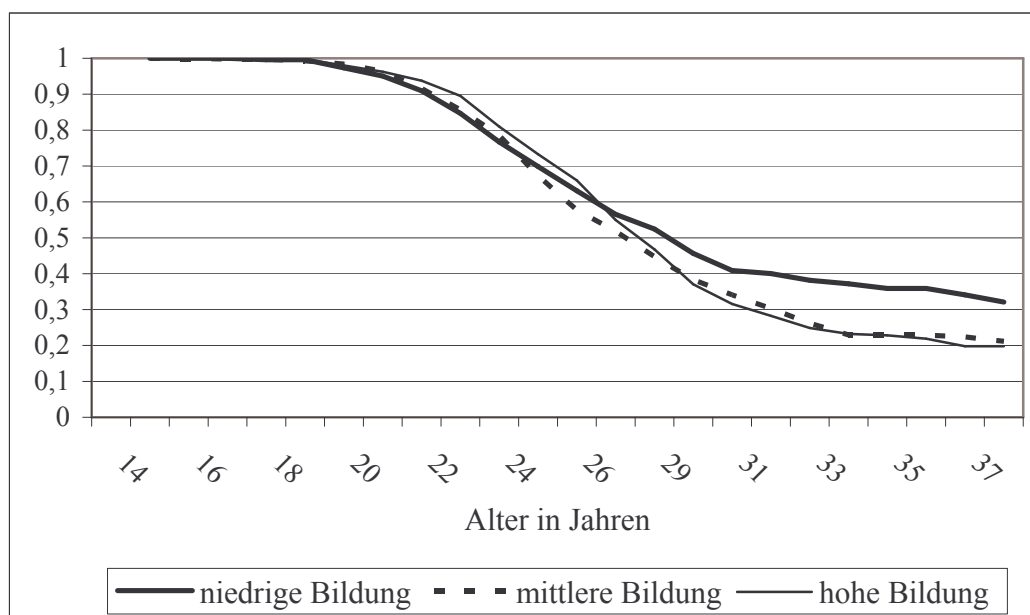
Notiz: (1) niedriger Bildungsabschluss: Hauptschulabschluss; mittlerer Bildungsabschluss: Realschulabschluss; hoher Bildungsabschluss: Abitur

(2) Der Bildungsabschluss bezieht sich auf den höchsten Bildungsabschluss zum Zensierungszeitpunkt.

In Westdeutschland lagen die Survival-Kurven der einzelnen Bildungsabschlüsse zum Übergang des ersten Kindes nah beieinander (Abbildung 19). Männer mit einer niedrigen Bildung bekamen zwar eher ihr erstes Kind als Männer mit middle-

rem und hohem Bildungsabschluss, gehörten jedoch zu der Gruppe, die mit 37 Jahren am meisten von Kinderlosigkeit betroffen waren (49,58 Prozent). Bei den westdeutschen Männern mit mittlerem Abschluss waren es im Alter 37, ähnlich wie bei den niedrig gebildeten Männern, 49,62 Prozent, die kinderlos blieben. Höher gebildete Männer brauchten zwar länger beim Übergang zur Vaterschaft, sie waren aber diejenige Gruppe, die mit 45,26 Prozent den niedrigsten Kinderlosenanteil bei den 37-jährigen Männern darstellte. Männer mit einer höheren Qualifikation mussten längere Ausbildungswege besuchen und verschoben ihre Fertilität in die älteren Alterstufen. Jedoch hatten höher gebildete Männer in den 30ern bzw. nach Abschluss ihrer Bildung und Etablierung im Berufsleben bessere Chancen auf Familiengründung als niedrig Qualifizierte (vgl. Österreichisches Institut für Familienforschung 2005, S.3).

Abbildung 20: Übergang zum ersten Kind nach höchstem Bildungsabschluss (Kaplan-Meier-Survival-Kurve). Ostdeutschland (Kohorte 1952-1972; n=1816)



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: (1) niedriger Bildungsabschluss: weniger als 10. Klasse POS; mittlerer Bildungsabschluss: 10. Klasse POS; hoher Bildungsabschluss: EOS

(2) Der Bildungsabschluss bezieht sich auf den höchsten Bildungsabschluss zum Zensierungszeitpunkt.

Die Survival-Kurven für die höchsten Bildungsabschlüsse in Ostdeutschland, wie in Abbildung 20 zu sehen, verliefen wie folgt: Männer mit hoher und mittlerer Bildung besaßen ein ähnliches Risiko zum Übergang zur Vaterschaft. 50 Prozent der Männer mit jeweils diesen beiden Bildungsabschlüssen realisierten bereits mit

circa 26 Jahren ihr erstes Kind. Bei den niedrig Qualifizierten dieser Altersstufe war das erst für 43,48 Prozent der Fall. 50 Prozent der Männer mit niedriger Bildung waren im Alter von 27,5 Jahren kinderlos. Ebenfalls gehörten die niedrig gebildeten Männern zu der Kategorie, die im Alter von 37 Jahren mit 32,09 Prozent den höchsten Kinderlosenanteil unter den Bildungsgruppen besaßen. 37-jährige Männer mit mittlerer Qualifikation wiesen einen Kinderlosenanteil von 21,17 Prozent und mit hoher Qualifikation einen Anteil von 19,79 Prozent auf.

6 Ereignisdatenanalyse

6.1 Einfluss der Kovariaten auf den Übergang zum ersten Kind in Westdeutschland

Bisher haben die Ergebnisse der deskriptiven Analyse einen ersten Einblick in die Situation in West- und Ostdeutschland geben können und weisen in die gleiche Richtung wie die vorangestellten Hypothesen dieser Arbeit. Im Weiteren sollen nun die Ergebnisse einer Ereignisdatenanalyse erfolgen.

Die Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse sind in Tabelle 14 und 15 dargestellt.

Es gibt insgesamt 7 Modelle in denen in der Analyse stufenweise vorgegangen und jedem neuen Modell eine weitere Variable hinzugefügt wird. Dieses ist sinnvoll, um zu testen, welchen Einfluss die Hinzunahme einer weiteren Kovariate auf die anderen Variablen hat. Im Folgenden wird auf die Ergebnisse der Tabelle 14, Erstgeburtsrisiken westdeutscher Männer, eingegangen:

Das Alter, wie bereits in Kapitel 4.2 erwähnt, stellt die baseline hazard dar. In jedem veranschaulichten Modell ist die baseline (Alter bis zur Geburt des ersten Kindes) signifikant.

Im ersten Modell dieser Tabelle kann man den alleinigen Effekt der zeitunabhängigen Kovariate „*Größe des Wohnortes*“ auf den Übergang zur Vaterschaft erkennen. Die Ortsgröße hat einen starken Einfluss auf die Kinderlosigkeit bzw. auf den Übergang zum ersten Kind. Dabei hatten westdeutsche Männer aus einem kleineren Wohnort (bis 10.000 Einwohner) das größte Risiko das Ereignis des ersten Kindes zu erfahren.

Tabelle 14: Erstgeburtsrisiko westdeutscher Männer, Kohorte 1952-1972, n=1934

	Model 1	abs. Risiko	Model 2	abs. Risiko	Model 3	abs. Risiko	Model 4	abs. Risiko	Model 5	abs. Risiko	Model 6	abs. Risiko	Model 7	abs. Risiko
Alter	***													
14-20 Jahre	0,02***	0,21	0,02***	0,19	0,02***	0,20	0,02***	0,11	0,02***	0,13	0,05***	0,10	0,31***	0,05
21-25 Jahre	0,30***	2,67	0,30***	2,47	0,30***	2,51	0,29***	1,47	0,26***	1,77	0,38***	0,74	1,26***	0,21
26-29 Jahre	0,74***	6,54	0,74***	6,05	0,74***	6,16	0,73***	3,64	0,69***	4,70	0,80***	1,53	1,20***	0,20
30-33 Jahre	1	8,86	1	8,20	1	8,35	1	4,98	1	6,81	1	1,92	1	0,17
34-37 Jahre	0,59***	5,26	0,59***	4,85	0,59***	4,92	0,60***	2,99	0,70***	4,76	0,66***	1,27	0,45***	0,08
Größe des Wohnortes?	***		***		***		**		**		**			
klein	1		1		1		1		1		1		1	
mittel	0,71***		0,72***		0,73***		0,78**		0,78**		0,81**		0,85	
groß	0,63*		0,64*		0,66		0,70		0,71		0,72		0,89	
Eltern jemals geschieden?														
geschieden			1		1		1		1		1		1	
nicht geschieden			1,09		1,07		1,12		1,09		1,12		0,83	
Religiosität					*		*		*					
religiös					1		1		1		1		1	
etwas religiös					1,12		1,18		1,18		1,12		0,97	
nicht religiös					0,88		0,90		0,91		0,90		1,04	
Anzahl der Geschwister							***		***		***		***	
Einzelkind					1		1		1		1		1	
ein Geschwisterkind					1,42**		1,45**		1,45**		1,50**		1,30*	
2 und mehr Geschwister					1,83***		1,83***		1,83***		1,90***		1,71***	
Kalenderzeit							***		***		***		**	
1967-1979							1		1		1		1	
1980-1985							0,87		0,87		0,87		1,22	
1986-1989							0,63***		0,63***		0,66***		1,38**	
Bildung											***		***	
in Bildung											***		***	
niedrige Bildung											0,26***		0,41***	
mittlere Bildung											0,76**		0,92	
hohe Bildung											1		1	
Familienstand											1,11		1,04	
nicht verheiratet													***	
verheiratet													1	
													31,63***	

***p≤0,01; **0,01≤p≤0,05; *0,05≤p≤0,10

Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Männer mit einem ursprünglichen Wohnsitz mittlerer Größe hatten ein um 29 Prozentpunkte niedrigeres Risiko im Vergleich zu Männern, deren Wohnortgröße zur Kategorie „klein“ angehörte. Das Risiko zum Übergang des ersten Kindes nahm mit zunehmender Größe des Wohnortes ab. So hatten Männer, die in einer großen Stadt mit mehr als 1.000.000 Einwohnern lebten, mit 37 Prozent ein niedrigeres Risiko das Ereignis zu erfahren als Männer aus einem kleinen Ort. Dieses Ergebnis stimmt mit der zuvor getroffenen Annahme überein, dass Männer aus einem kleineren Wohnort ein höheres Vaterschaftsrisiko besitzen. Traditionen und Werte, wie zum Beispiel die Gründung einer Familie, haben in einer ländlichen Gegend höhere Priorität als in einer städtischen. Männer zwischen 29 und 33 Jahren besaßen das höchste Risiko das erste Kind zu bekommen. Männer aus der Altersgruppe 21 und 25 Jahre hatten ein um 70 Prozentpunkte niedrigeres Risiko als Männer aus der Altersgruppe zwischen 29 und 33 Jahren mit dem höchsten Risiko. Ab dem Alter von 33 Jahren nahm das Risiko der Vaterschaft ab.

Im zweiten Schritt wird im Modell zwei die Variable „*Eltern jemals geschieden*“ hinzugefügt, um den Effekt auf die Erstelternschaft zu erkennen. Bei der neu integrierten Variablen in dem Model hat sich der Effekt der Variable „Größe des Wohnortes“ kaum verändert. In der westdeutschen Analyse zeigt die Kovariate „Eltern jemals geschieden“ keinen signifikanten Einfluss. Männer deren Eltern geschieden waren, verzeichneten ein 9 Prozent höheres Risiko als die Referenzkategorie mit „geschiedenen“ Eltern.

In Modell 3 wird der Faktor „*Religiosität*“ zum Modell hinzugenommen. Der gesamte Faktor „Religiosität“ ist nur schwach signifikant. Es zeigt sich das „etwas religiöse“ Männer im Vergleich zu „religiösen“ und „nicht religiösen“ Männern das höchste Risiko zum Übergang des ersten Kindes aufwiesen. Das Risiko nicht religiöser Männer war 12 Prozent niedriger als das religiöser Männer.

Im vierten Schritt (Modell 4) wurde der Effekt des Hinzufügens der Variable „*Anzahl der Geschwister*“ untersucht. Der gesamte Faktor der beigefügten Variablen ist hoch signifikant. Dabei bestätigt sich die vorangestellte Hypothese, dass Männern aus einer großen Familie stammend eine höhere Wahrscheinlichkeit zum Vaterwerden besaßen als Männer aus einem Elternhaus mit einem oder zwei Kindern. Die Wahrscheinlichkeit des ersten Kindes bei Männern mit zwei und mehr Geschwistern war um 83 Prozent höher als bei Männern die Einzelkinder waren. Mit Einbezug der Variable „Anzahl der Geschwister“ verliert die Variable „Größe

des Wohnortes“ an Signifikanz. Etwas religiöse Männer wiesen in diesem Modell ein 18 Prozent höheres Risiko als nicht religiöse auf. Das Risiko zum ersten Kind war bei etwas religiösen Männern 10 Prozentpunkte niedriger als bei religiösen (der Referenzkategorie).

Im Modell 5 wird die zeitabhängige Variable „*Kalenderzeit*“ den Variablen „Größe des Wohnortes“, „Eltern jemals geschieden“, „Religiosität“ und „Anzahl der Geschwister“ beigefügt. Für Westdeutschland hat die Variable „*Kalenderzeit*“ eine hohe Signifikanz. Es ist kein Anstieg des Risikos für die jüngsten Kalenderjahre zu bemerken. Das höchste Risiko ein Kind zu bekommen bestand vor allem für die Jahre 1967 bis 1979. Es wurde die Annahme gemacht, dass vor allem die Zeit Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre mit der ansteigenden Arbeitslosigkeit in der BRD, einen indirekten Einfluss auf die Fertilität des Mannes genommen haben könnte. Da die familienpolitischen Maßnahmen sich nicht an den Mann bzw. Vater per se richteten, kann nur ein mittelbarer Effekt auf seine Fertilität vermutet werden. Die Zeit zwischen 1986 und 1989³² ist zwar höchst signifikant, hatte aber im Vergleich zur *Kalenderzeit* 1967 bis 1979 das geringste Risiko (36 Prozent niedriger) das Ereignis zu erleben. Es gab demzufolge einen negativen signifikanten Zeittrend, denn ab den 80er Jahren begann ein eindeutiges Sinken der Geburtsrisiken. Mit dem Hinzufügen der Variable „*Kalenderzeit*“ kommt es zu keinen Veränderungen der anderen Kovariaten.

Im nächsten Schritt wurde die zeitabhängige Variable „*Bildungsabschluss und Bildungsbeteiligung*“ in das 6. Modell integriert. Der Einfluss der Bildung von Männern war positiv, sehr stark und hoch signifikant. Das Modell, bestehend aus sechs Variablen, verändert sich so, dass die Konfession nun keine Signifikanz mehr aufweist. Männer mit einer hohen Bildung (Abitur) hatten im Vergleich zu Männern mit einer mittleren Bildung (Realschule) ein 11 Prozent höheres Risiko des Überganges zur Vaterschaft. Das Risiko von niedrig gebildeten Männern (Hauptschulabschluss) war um 24 Prozent geringer als das von Männern mit mittlerer Bildung. Wie angenommen ist die Wahrscheinlichkeit für Männer, die sich noch in der Ausbildung befanden und noch keinen Bildungsabschluss machten, am geringsten. Ihr Risiko war 85 Prozent niedriger als bei Männern, die bereits einen hohen Bildungsabschluss aufwiesen.

³² Männer aus den jüngsten Geburtskohorten (Betrachtung der Kohorten von 1952 bis 1972) erreichen jetzt erst das geburtenfähige Alter.

Das Resultat des 6. Modells, nach dem Hinzufügen der Bildungsvariablen, steht im engen Zusammenhang mit den Ergebnissen der deskriptiven Analyse in Kapitel 5.3. Dort zeigte sich ebenfalls, dass westdeutsche Männer mit Abitur erst im späteren Alter das erste Kind realisierten als Männer mit niedrigeren Abschlüssen. Männer mit höheren Qualifikationen müssten längere Bildungswege absolvieren und verschieben somit ihre Fertilität in die älteren Altersstufen. Bei Abschluss der Ausbildung höher gebildeter Männer, fing ihr Erstgeburtsrisiko im Vergleich zu den anderen Abschlüssen an zu steigen.

Mit Integration der Bildungsvariablen stieg das Risiko der Männer mit zwei und mehr Geschwistern von 82 Prozent auf ein 90 Prozent höheres Risiko als in der Referenzkategorie („Einzelkind“) an. Das Risiko der etwas religiösen Männer war in diesem Modell kleiner geworden. Diese Männer hatten hier nur noch ein 12 Prozent höheres Risiko als religiöse Männer aufzuweisen. Im 7. und letzten Modell erfolgt die Einbeziehung der Variable „*Familienstand*“. Die Berücksichtigung des Familienstandes hat einen starken Einfluss auf die Effekte der anderen Kovariaten. Die Ursache dafür könnte sein, dass der Übergang vom Zustand „nicht verheiratet“ in „verheiratet“ bereits einen Indikator für das Erstgeburtsrisiko darstellt. Denn Männer, die eine Ehe eingehen, machen dieses meist mit dem Hintergrund der Familiengründung. Aus diesem Grund wurde die Variable des Familienstandes auch als letzte zum Modell hinzugefügt.

Der gesamte Faktor „Größe des Wohnortes“ verliert erneut an Signifikanz. Es ist eine eindeutige Veränderung im Modell 7 bei der Variable Kalenderzeit zu beobachten. Denn jetzt bestand für die jüngsten Kalenderjahre zwischen 1986 und 1989 das höchste Risiko der Erstgeburt. Der Alterseffekt ändert sich in seiner Signifikanz nicht, jedoch hatten jetzt Männer im Alter zwischen 26 und 29 Jahren das höchste Risiko.

In Hinsicht auf die zuvor getroffene Annahme kann bestätigt werden, dass Männer die bereits verheiratet sind ein hohes Risiko zur ersten Geburt haben. Die Variable „*Familienstand*“ ist hoch signifikant und hat einen positiven Einfluss auf das Geburtenverhalten. Von einer Relevanz des 7. Modells sollte jedoch Abstand genommen werden, da Heirat und Familiengründung als simultane Prozesse betrachtet werden müssen.

6.2 Einfluss der Kovariaten auf den Übergang zum ersten Kind in Ostdeutschland

In diesem Kapitel erfolgt die Auswertung der Ergebnisse der Ereignisdatenanalyse für ostdeutsche Männer. Die relativen Risiken zum Übergang zur Vaterschaft für die einzelnen Kovariaten sind in Tabelle 15 dargestellt.

In allen Modellen fand bei Integration einer neuen Kovariaten keine Veränderung der baseline hazard (Alter bis zur Geburt des ersten Kindes) statt.

In Ostdeutschland war das Erstgeburtsrisiko zwischen den Altersstufen 26 und 29 Jahren am höchsten. Ab dem 30. Lebensjahr der Männer fing das Risiko stark an zu sinken. Bei Betrachtung der Variable „*Größe des Wohnortes*“ (Modell 1) macht es für Ostdeutschland kaum einen Unterschied, ob die Männer in einem Ort mit bis zu 10.000 Einwohnern oder mit 10.000 bis 1.000.000 Einwohnern lebten. In beiden Fällen unterlagen die Männer einem ähnlich hohen Risiko. Auch in dieser Analyse hatte eine große Stadt (1.000.000 + Einwohner) ein niedrigeres Risiko auf das Erstgeburtenverhalten von Männern als ein kleiner oder mittlerer Wohnort. Das Risiko war um 43 Prozent niedriger. Insgesamt ist der Faktor „*Größe des Wohnortes*“ nur schwach signifikant.

Im Vergleich zu Westdeutschland ist der Faktor „*Eltern jemals geschieden*“ in der Analyse für Ostdeutschland schwach signifikant. Männer, deren Eltern nie geschieden waren, haben ein 18 Prozent höheres Risiko als Männer mit geschiedenen Eltern.

Wird im folgenden Modell die Variable „*Religiosität*“ integriert, stellt sich folgendes Ergebnis heraus: Nicht religiöse Männer hatten ein ähnlich hohes Erstgeburtsrisiko wie religiöse. Dieses Resultat geht mit der zuvor getroffenen Annahme einher, dass traditionelle Werte, wie Eheschließung und Familiengründung, nicht nur von der Kirche diktiert, sondern auch vom Staat gefördert wurden.

Männer mit zwei und mehr Geschwistern (Variable „*Anzahl der Geschwister*“) erhöhten das Risiko zur Vaterschaft um 52 Prozent im Vergleich zu Familien mit nur einem Kind. Mit Einbeziehung dieser Variable steigt das Risiko der nicht religiösen Männer auf etwa dem gleichen Niveau der Referenzkategorie („religiöse Männer“) an.

Tabelle 15: Erstgeburtsrisiko ostdeutscher Männern, Kohorte 1952-1972, n=1816

	Model 1	abs. Risiko	Model 2	abs. Risiko	Model 3	abs. Risiko	Model 4	abs. Risiko	Model 5	abs. Risiko	Model 6	abs. Risiko	Model 7	abs. Risiko
Alter	***		***		***		***		***		***		***	
14-20 Jahre	0,04***	0,52	0,04***	0,45	0,04***	0,50	0,04***	0,35	0,03***	0,37	0,05***	0,39	0,12***	0,27
21-25 Jahre	0,56***	7,94	0,56***	6,88	0,56***	7,52	0,55***	5,25	0,54***	5,78	0,56***	4,37	0,92***	2,06
26-29 Jahre	1	14,25	1	12,33	1	13,54	1	9,49	1	10,78	1	7,82	1	2,23
30-33 Jahre	0,61***	8,73	0,61***	7,55	0,62***	8,44	0,64***	6,04	0,65***	7,04	0,63***	4,94	0,58***	1,3
34-37 Jahre	0,41***	5,82	0,41***	5,02	0,42***	5,62	0,43***	4,06	0,45***	4,89	0,44***	3,46	0,35***	0,79
Größe der Stadt?	*		*		*		*		*		*		*	
klein	1		1		1		1		1		1		1	
mittel	0,99		0,99		0,97		0,99		0,99		1,02		1,00	
groß	0,57***		0,58***		0,56***		0,57***		0,58***		0,64**		0,55***	
Eltern jemals geschieden?			*		*		*		*		*		*	
geschieden	1		1		1		1		1		1		1	
nicht geschieden	1,18		1,18		1,17		1,18		1,17		1,14		1,10	
Religiosität			*		*		**		**		*		***	
religiös	1		1		1		1		1		1		1	
etwas religiös			0,70		0,70		0,71		1,70		0,64*		0,71	
nicht religiös			0,96		0,96		1,01		1,01		0,93		1,10	
Anzahl der Geschwister							***		***		***		***	
Einzelkind							1		1		1		1	
ein Geschwisterkind							1,3**		1,30**		1,31**		1,21*	
2 und mehr Geschwister							1,52***		1,53***		1,51***		1,42***	
Kalenderzeit									*		**			
1967-1979									1		1		1	
1980-1985									0,91		0,85*		0,98	
1986-1989									0,84*		0,75***		0,98	
Bildung									***		***		***	
in Bildung											0,54***		0,65***	
niedrige Bildung											0,70***		0,80*	
mittlere Bildung											1		1	
hohe Bildung											1,00		0,91	
Familienstand													***	
nicht verheiratet													1	
verheiratet													7,73***	

*** $p \leq 0,01$; ** $0,01 \leq p \leq 0,05$; * $0,05 \leq p \leq 0,10$
 Quelle: Deutscher FFS; eigene Berechnungen

Wenn man sich nun die Ergebnisse für Modell 5 bei Eingliederung der Variable „Kalenderzeit“ anschaut, sieht man, dass das Risiko zur ersten Geburt über die Zeit leicht abnahm. Fehlende Arbeitslosigkeit in der DDR und der Einsatz familienpolitischer Maßnahmen, wie zum Beispiel die Förderung junger Paare und Kindergeld, könnten dazu beigetragen haben, dass das Erstgeburtsrisiko der Männer, im Vergleich zu Westdeutschland, im Verlauf der Zeit nur langsam sank. In diesem Model ist die Variable schwach signifikant.

Mit Einbeziehung der Variable „Bildungsstatus und Bildungslevel“ wird der Faktor Kalenderzeit in Modell 6 signifikanter. Der Faktor Bildung ist, wie auch schon in der Untersuchung für Westdeutschland, hoch signifikant. Befanden sich Männer noch in der Schulbildung hatte das einen signifikanten negativen Einfluss auf ihr Fertilitätsverhalten. Diese Männer hatten ein 46 Prozent niedrigeres Risiko als Männer mit einem mittleren Bildungsabschluss (10. Klasse POS). In der DDR führte ein höherer Bildungsabschluss in der Regel nicht zu einer privilegierten Lebensweise. Im Gegensatz zur BRD waren die Lebensverhältnisse über die Bildungsabschlüsse weniger ungleich. Darin könnte der Grund für das ähnliche Fertilitätsverhalten der mittleren und höheren Bildungsstufen liegen. Auch diese Resultate des 6. Modells werden von den Ergebnissen der deskriptiven Analyse in Kapitel 5.3 unterstützt. In den Survival-Kurven der höchsten Bildungsabschlüssen für Ostdeutschland zeigte sich, dass Männer mit höherer Bildung ihr erstes Kind erst in den späteren Altersstufen realisierten. Die mittel und höher gebildeten Männer waren dann jedoch diejenigen Personen, die im Alter von 37 Jahren den niedrigsten Anteil zeitlebens Kinderloser besaßen. Höhere Bildung ging hier ebenso mit einer höheren Investition in das Humankapital einher und war mit einem größeren Zeitaufwand verbunden.

Mit der Integration der Bildungsvariablen verändern sich die Effekte der Kalenderzeit, der Religiosität und der Größe der Stadt. Die Variable Kalenderzeit wird in diesem Model signifikanter und die Kategorie der jüngsten Periode „1986 bis 1989“ wird stark signifikant. Das Erstgeburtsrisiko in dieser Kalenderzeit war um 25 Prozent geringer als in der Referenzkategorie (ältesten Kohorte „1967 bis 1979“). Das Risiko der nicht religiösen Männer war hier 7 Prozent niedriger als das religiöser. Das Erstgeburtsrisiko der Männer die bis zum 15. Lebensjahr in einer mittleren und großen Stadt lebten war in diesem Model gestiegen: So hatten jetzt Männer aus einer großen Stadt ein 46 Prozent niedrigeres und Männer aus einer

mittleren Stadt ein 2 Prozent höheres Risiko, als Männer aus einem kleinen Wohnort (Referenzkategorie) stammend.

In der Betrachtung des 7. Modells mit der abschließenden Variable „Familienstand“ wird auch im Zusammenhang der DDR-Analyse durch die Berücksichtigung dieser Variable die Effekte der anderen Kovariaten stark beeinflusst, da es sich bei Eheschließung und Familiengründung um einen gleichzeitigen Prozess handelt.

Verheiratete Männer hatten jedoch ein höheres Risiko der Erstgeburt (um das 31 fache höher) als unverheiratete.

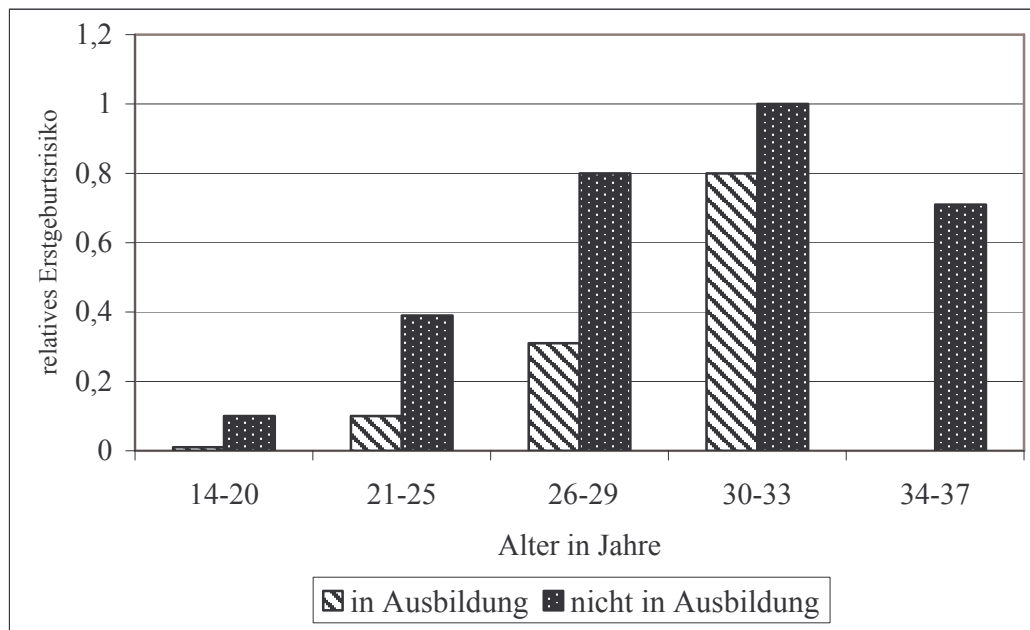
6.3 Interaktionsmodelle für West- und Ostdeutschland

In beiden Teilen Deutschlands war eine hohe Relevanz des Bildungsfaktors für das Risiko der ersten Geburt vorhanden. Männer, die keinen Bildungsabschluss haben und sich noch in Schulbildung befinden, verschieben ihre Elternschaft in die älteren Altersstufen. Erst wenn ein Schulabschluss vorhanden ist und die Männer sich nicht mehr in der Ausbildung befinden, sollte das Erstgeburtsrisiko ansteigen. Besonders für Männer mit hohem Bildungsabschluss (Abitur) müsste das Risiko zum Vaterschaftsübergang steigen. Erst wenn der Mann sich im Berufsleben etabliert, dachte er an Familiengründung. Da hohe berufliche Qualifikation mit zeitlichem Aufwand verbunden ist, könnte dieser Übergang meist erst in den höheren Altersstufen erfolgen (Institutioneneffekt).

Um diesen Aspekt genauer untersuchen zu können, wird in diesem Zusammenhang eine Interaktion der baseline (Alter der Männer) und der Bildungsbeteiligung der Männer analysiert (Abbildung 23 und 24).

Dazu wird die zeitabhängige Variable „Bildungsabschluss und Bildungsbeteiligung“ herangezogen. Die Bildungsabschlüsse niedrig, mittel und hoch werden in EvHa so miteinander kombiniert, dass man die Kategorie „nicht in Ausbildung“ und „in Ausbildung“ erhält. Die Ergebnisse dieser Interaktion sind in der folgenden Grafik zu erkennen.

Abbildung 21: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes westdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsbeteiligung und dem Alter



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

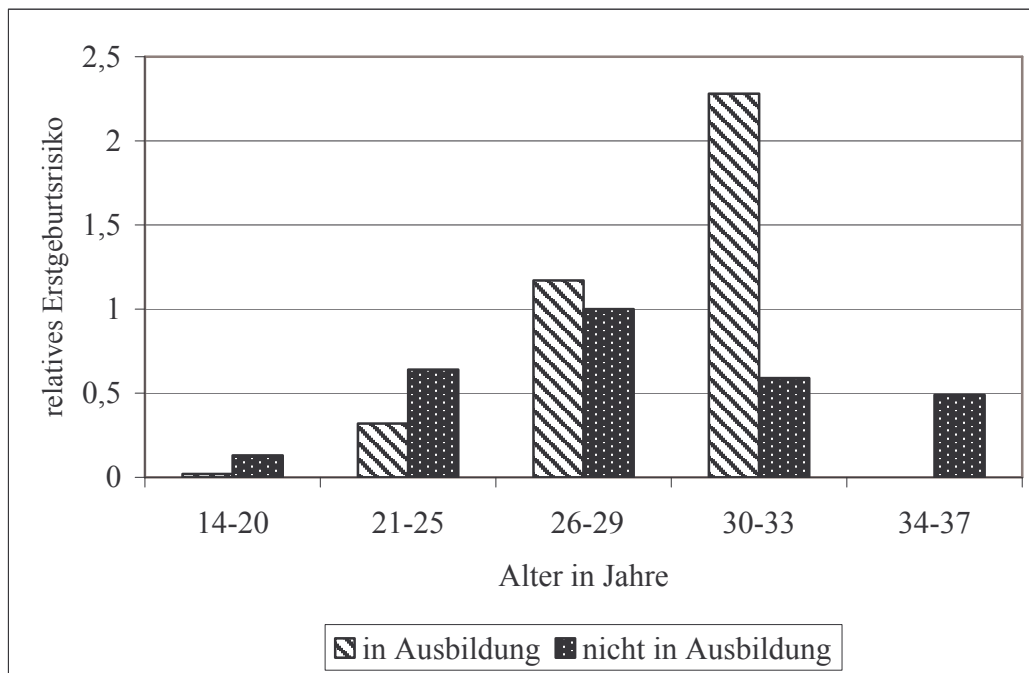
Notiz: Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister und Kalenderzeit (Familienstand wurde nicht integriert)

In Abbildung 21 ist deutlich zu erkennen, dass westdeutsche Männer, die sich nicht mehr in Ausbildung befanden, das höchste Vaterschaftsrisiko in allen Altersstufen aufwiesen. Zur Altersstufe 34 bis 37 Jahre muss gesagt werden, dass hier keine Männer mehr vorkamen, die sich noch in der Ausbildung befanden. Das höchste Risiko zur Erstelternschaft im Vergleich zu den anderen Altersstufen hatten 30- bis 33-jährige westdeutsche Männer nicht in Ausbildung. Ihr Risiko war hier 20 Prozent höher als das von Männern in Ausbildung.

Mit diesen Ergebnissen kann ebenfalls die Hypothese bestätigt werden, dass Männer, die sich nicht mehr in Ausbildung befanden, ein höheres Risiko zur Familiengründung zeigten, als Männer mit noch keinem schulischen Abschluss. Das interessante an diesen Ergebnissen im westdeutschen Interaktionsmodell für Bildungsbeteiligung und Alter ist jedoch, dass der Abstand zwischen den Männern, die sich in Ausbildung und denen, die sich nicht in Ausbildung befanden, über die Altersstufen immer kleiner wurde.

Folgende Ergebnisse entstanden bei diesem Interaktionsmodell für Ostdeutschland:

Abbildung 22: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes ostdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsbeteiligung und dem Alter



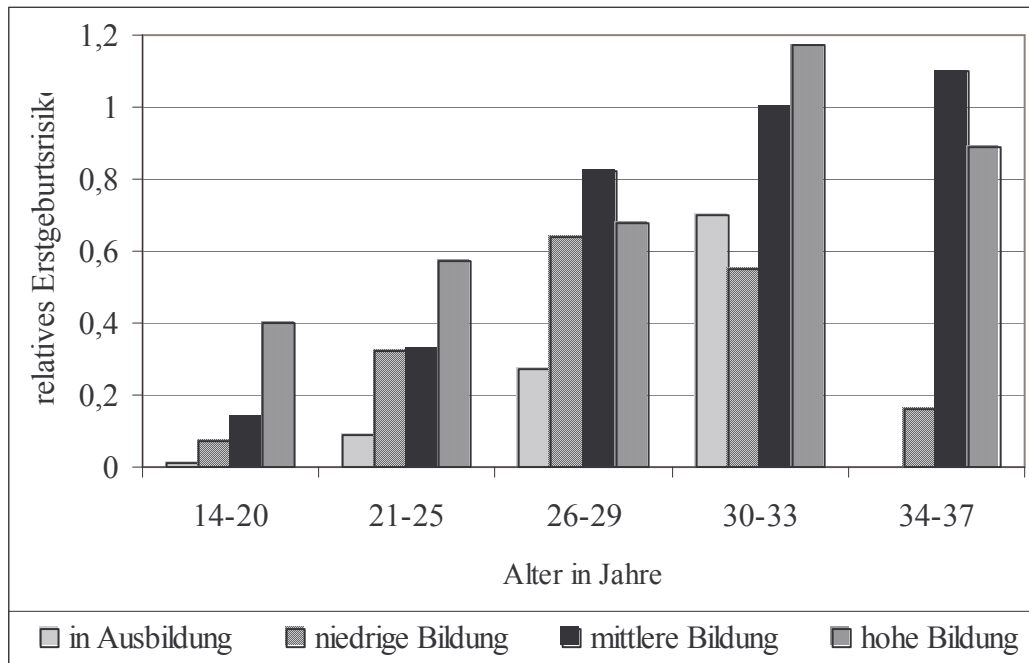
Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister und Kalenderzeit (Familienstand wurde nicht integriert)

Das Resultat ist überraschend, denn für Ostdeutschland gilt in diesem Interaktionsmodell genau gegensätzliches wie für Westdeutschland. Jedoch darf hier die Anmerkung für die Altersklassen 26 plus nicht vernachlässigt werden, dass ostdeutsche Männer in diesem Alter schon mehrheitlich Väter wurden. In den Altersgruppen „30 bis 33“ und „34 bis 37“ Jahre bestanden zu kleine Fallzahlen für die Analyse. Die ostdeutschen Männer ab Alter 26 plus, die sich noch in der Ausbildung befanden, zeigten das höchste Risiko zum Übergang zur Vaterschaft. Dieses war durch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen möglich. Abbildung 22 zeigt, dass Männer in Ausbildung im Alter von 30 bis 33 Jahren die höchste Wahrscheinlichkeit zur Erstelternschaft besaßen. Deren Risiko war 28 Prozent höher als das von 26- bis 29-jährigen Männern, die sich noch in Ausbildung befanden. Ebenfalls in diesem Modell gilt, dass im Alter von 34 bis 37 Jahren keine Männer vorkommen, die sich noch in Ausbildung befanden.

Abbildung 23 zeigt die Interaktion zwischen der Variablen „Bildungsabschluss und Bildungsbeteiligung“ und dem Alter westdeutscher Männer, um die Unterschiede in den relativen Risiken der Erstvaterschaft und der Timingeffekte in den einzelnen Bildungsniveaus aufdecken zu können.

Abbildung 23: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kind westdeutscher Männer (n=1934): Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Alter



Quelle: Deutscher FFS 1992, eigene Berechnungen

Notiz: Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister und Kalenderzeit (Familienstand wurde nicht integriert)

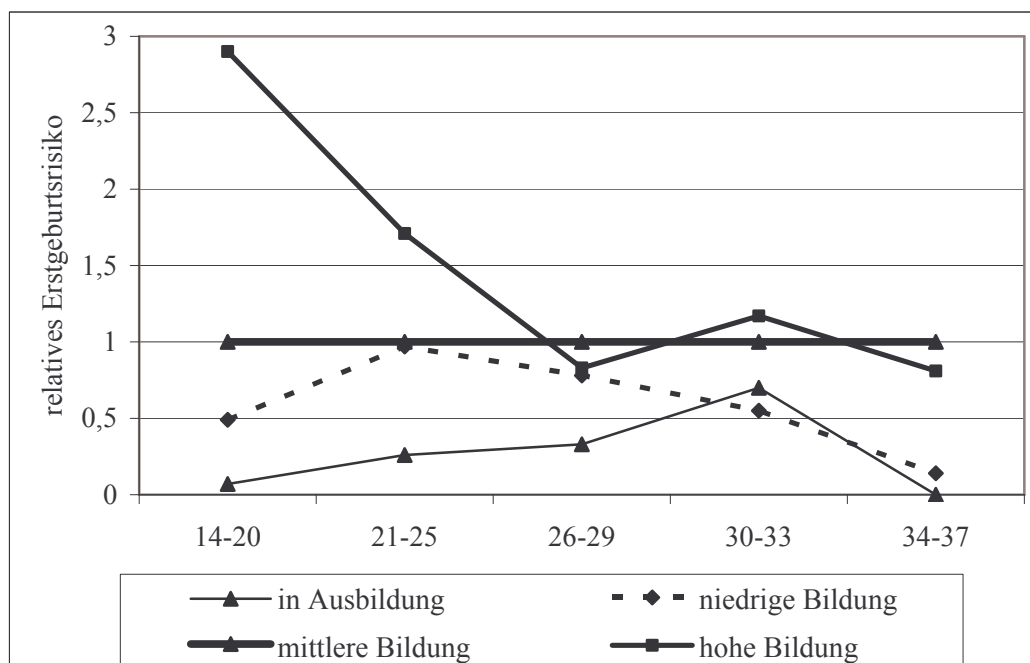
In allen Altersstufen hatten Männer mit Hauptschulabschluss von allen Bildungsabschlüssen das niedrigste Erstgeburtsrisiko. Das Risiko des Überganges zum ersten Kind war jedoch für Männer in Ausbildung in allen Altersstufen am geringsten.

In der Altersstufe zwischen 14 und 20 Jahren besaßen die höher gebildeten Männer das größte Risiko zur Vaterschaft. Diese Betrachtung erfolgt jedoch nicht ohne Probleme, da Schulabschlüsse erst im Alter zwischen 16 und 19 Jahren erreicht wurden und somit in der Gruppe der Männer mit Abitur zu kleine Fallzahlen dieses Ergebnis hervorrufen könnten. Betrachtet man die Altersstufen zwischen 21 und 25 Jahren, war das Erstgeburtsrisiko der Männer mit niedriger und mittlerer Bildung ähnlich hoch. Die Männer mit Abitur hatten ein 74 Prozent höheres Risiko als die Männer mit diesen beiden Abschlüssen gleicher Altersstufe. Männer die sich in Bildung befanden besaßen in dieser Gruppe das niedrigste Erstgeburtsrisiko. Männer zwischen 26 und 29 Jahren mit einem Realschulabschluss hatten die höchste Wahrscheinlichkeit ein erstes Kind in dieser Altersgruppe zu bekommen. Männer mit Abitur hatten ein 16 Prozent und Männer mit Hauptschulabschluss ein 21 Prozent niedrigeres Risiko als Männer mit Realschulabschluss im Alter

zwischen 26 und 29 Jahren. Auch in dieser Altersgruppe hatten Männer, die sich noch in der Schulausbildung das niedrigste Risiko zur Vaterschaft. 30- bis 33-jährige hoch gebildete Männer besaßen im Vergleich zu den anderen Altersstufen und Bildungsabschlüssen die höchste Wahrscheinlichkeit zum Vaterschaftswechsel. Ihr Risiko war um 18 Prozent höher als das von 30 bis 33 jährigen mittel gebildeten Männern. In den Altersstufen 34 bis 37 nahm das Erstgeburtsrisiko der höher gebildeten Männer ab und war jetzt 9 Prozent geringer als bei Männern mit Realschulabschluss. Männer mit Hauptschulabschluss unterlagen sogar einem um 86 Prozentpunkte niedrigerem Erstvaterschaftsrisiko als Männer mit Realschulabschluss. Männer in der Ausbildung hatten ein 30 Prozent niedrigeres Vaterschaftsrisiko als die Referenzkategorie „mittlere Bildung“ aufzuweisen.

Abbildung 24 soll diese Ergebnisse noch einmal veranschaulichen, indem die relativen Risiken der mittel gebildeten Männer in allen Altersstufen auf eins (baseline-Faktor) gesetzt wurden.

Abbildung 24: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes in Westdeutschland: Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Alter der Männer



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: (1) Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister und Kalenderzeit (Familienstand wurde nicht integriert).

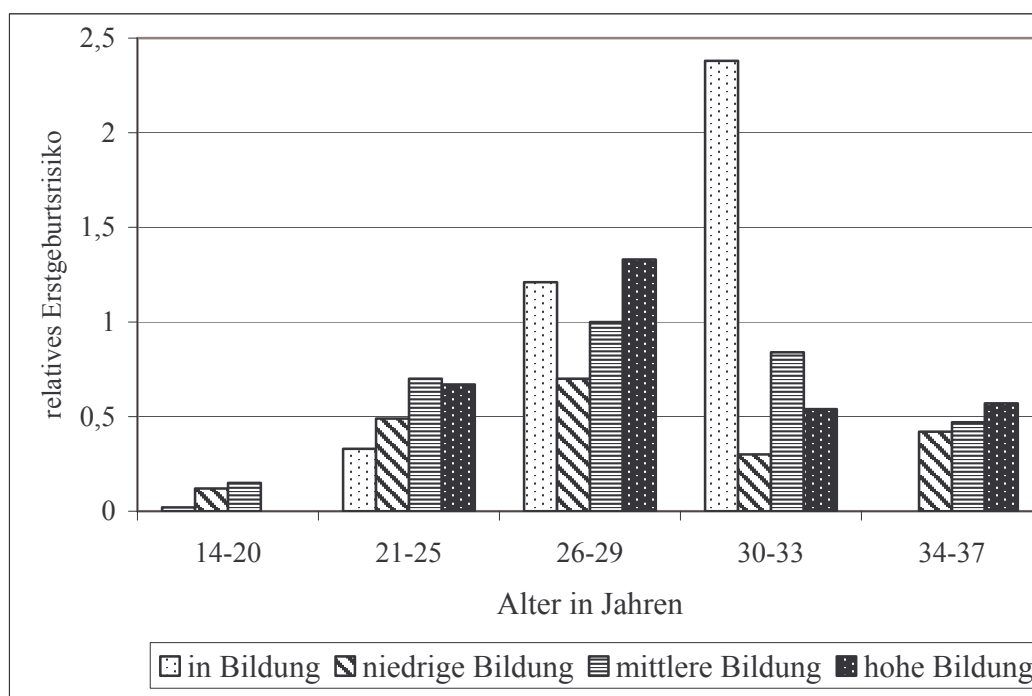
(2) Für jede Altersgruppe wurden die Risiken relativ zu den Männern gesetzt, die einen Realschulabschluss besitzen.

Männer mit einem hohen Bildungsabschluss hatten das höchste Risiko des Übergangs zur Vaterschaft. Zwar kann das nicht auf alle Altersstufen bezogen werden, aber in der Gesamtbetrachtung wird dies ersichtlich. Die erwarteten Effekte der Bildungsvariablen gelten somit nicht für alle Altersstufen.

Die Ergebnisse in der Altersstufe 14 bis 20 Jahre weisen wieder daraufhin, dass die Fallzahlen in dieser Kategorie zu gering waren. Die Männer die sich in Westdeutschland in Ausbildung befanden hatten das niedrigste Erstgeburtsrisiko in fast allen Altersstufen aufzuweisen. Zwischen Alter 30 bis 33 Jahren stieg das Risiko dieser Männer an und war, wie oben bereits erwähnt, nur 30 Prozent geringer als das von mittel gebildeten Männern. Das starke Absinken des Risikos in der Altersstufe 34 bis 37 Jahre hängt damit zusammen, dass sich in diesen Altersgruppen kaum noch Personen in Ausbildung befanden.

Welche Ergebnisse liegen nun im Interaktionsmodell für ostdeutsche Männer vor?

Abbildung 25: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes ostdeutscher Männer (n=1816): Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Alter



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister und Kalenderzeit (Familienstand wurde nicht integriert)

Auch in diesem Modell hatten die Männer mit der niedrigsten Bildung in allen Altersstufen das geringste Risiko zum Übergang zur Elternschaft (im Vergleich zu

den anderen Bildungsabschlüssen). In der Altersstufe zwischen 14 und 20 Jahren hatten die niedrig gebildeten Männer ein 20 Prozent niedrigeres Risiko als die Männer mit 10. Klasse POS-Abschluss. Für Männer mit EOS bestand in dieser Altersgruppe kein Risiko, da es in dieser Altersgruppe noch niemanden gab, der diesen Abschluss gemacht haben könnte. Die Männer die sich noch in Ausbildung befanden hatten ein 86 Prozent niedrigeres Risiko als Männer mit mittlerer Bildung. Betrachtet man sich die Männer zwischen 21 und 25 Jahren hatten die mittel gebildeten Männer das höchste Erstgeburtsrisiko. Danach folgten die hoch gebildeten Männer mit einem 6 Prozent niedrigerem Risiko. Die Wahrscheinlichkeit der Männer mit niedriger Bildung war 29 Prozentpunkte und die der Männer in Ausbildung war 53 Prozentpunkte geringer als die der mittel gebildeten Männer. Hoch gebildete Männer zwischen 26 und 29 Jahren hatten im Vergleich zu allen Altersstufen und Bildungsabschlüssen das höchste Risiko zum Übergang zur Vaterschaft. Zur Erinnerung: In Westdeutschland zeigten die 30- bis 33-jährigen hoch gebildeten Männer das höchste Risiko der Erstvaterschaft im Vergleich zu den restlichen Altersstufen und Bildungsabschlüssen.

Doch der stetige Anstieg der Erstgeburtsrisiken der Männer in Ausbildung über die Altersstufen ist am überraschendsten: Männer zwischen 30 und 33 Jahren hatten ein um fast das dreifache höhere Risiko als Männer mit 10. Klasse POS-Abschluss. In der folgenden Altersstufe (34 bis 37 Jahre) bestand für diese Männer kein Risiko mehr, da sich dort keiner mehr in Ausbildung befand.

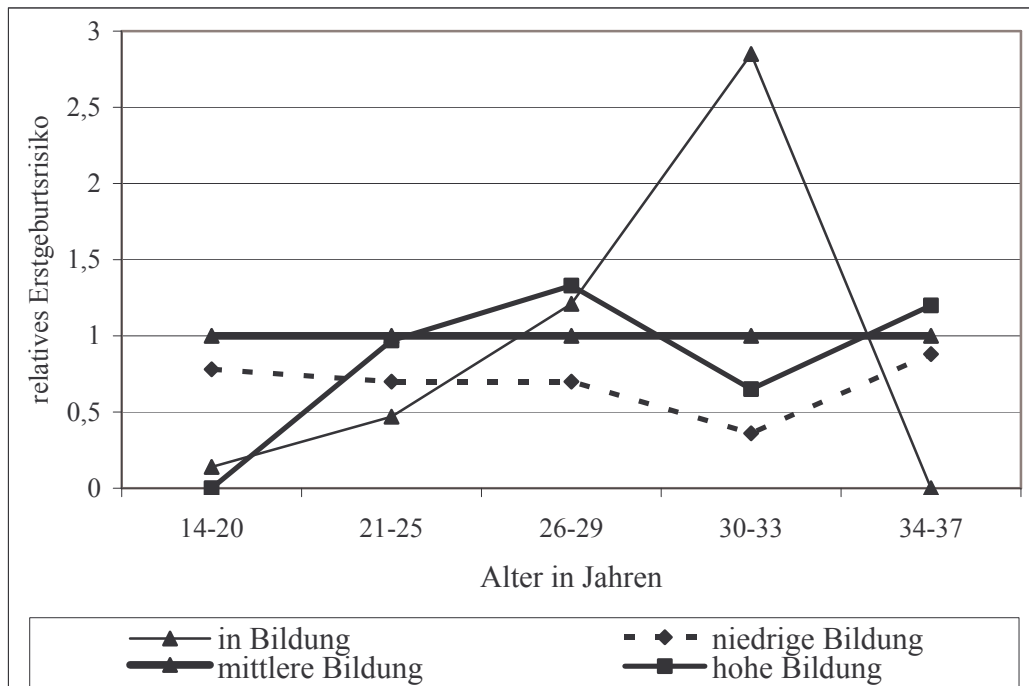
Das Risiko der 26- bis 29-jährigen Männer mit EOS-Abschluss war 30 Prozent höher als das der Männer mit mittlerem Abschluss in dieser Altersstufe.

Zwischen Alter 30 und 33 waren es nicht mehr die hoch gebildeten Männer, die das höchste Risiko trugen, sondern die Männer mit POS-Abschluss. Männer mit EOS-Abschluss hatten hier ein 37 Prozent geringeres Risiko als Männer mit dem mittleren Abschluss.

In der Altersgruppe 34 bis 37 Jahre lag das Erstgeburtsrisiko der Männer mit EOS-Abschluss über dem der Männer mit POS-Abschluss. Das Risiko der höher gebildeten lag hier um 21 Prozent höher und der niedrig gebildeten um 8 Prozentpunkte niedriger als das der mittel gebildeten.

Auch für das ostdeutsche Interaktionsmodell soll Abbildung 26, mit dem in allen Altersstufen und für die mittel gebildeten Männer auf eins gesetzten baseline-Faktor, die Ergebnisse aus Grafik 25 unterstützen.

Abbildung 26: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes in Ostdeutschland: Interaktion zwischen höchstem Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Alter der Männer



Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: (1) Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister und Kalenderzeit (Familienstand wurde nicht integriert).

(2) Für jede Altersgruppe wurden die Risiken relativ zu den Männern gesetzt, die einen POS-Abschluss 10. Klasse besitzen.

Im Allgemeinen kann folgende Aussage getroffen werden:

In der DDR hatten tendenziell die Männer mit 10. Klasse POS-Abschluss das höchste Risiko zur Vaterschaft, dicht gefolgt von den Männern mit EOS-Abschluss. Auch in der ostdeutschen Analyse wird somit belegt, dass Männer mit einem niedrigen Abschluss zur Familiengründung ein geringeres Risiko besaßen als Männer mit einem höheren Abschluss. Die Männer, die ihre Schulbildung noch nicht abgeschlossen hatten, besaßen ebenfalls ein hohes Risiko zum Übergang zur Vaterschaft. Zu diesem Ergebnis soll erneut der Vermerk erfolgen, dass ab Alter 26 plus die ostdeutsche Männer bereits mehrheitlich Väter geworden waren.

Tabelle 16 zeigt die Ergebnisse des Interaktionsmodells zwischen höchstem Bildungsstand und Bildungsbeteiligung und dem Familienstand des westdeutschen Mannes.

Tabelle 16: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes westdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Familienstand

	nicht verheiratet	verheiratet
in Bildung	0,01	0,48
nicht in Ausbildung	0,04	1
<hr/>		
niedrige Bildung	0,03	0,89
mittlere Bildung	0,04	1
hohe Bildung	0,02	1,10

Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister, Kalenderzeit und Alter.

Verheiratete westdeutsche Männer mit einer hohen Bildung besaßen das höchste Risiko zur Vaterschaft. Ihre Wahrscheinlichkeit Vater zu werden war 10 Prozent höher als die von verheirateten Männern mit mittlerem Bildungsabschluss. Verheiratete Männer mit niedriger Bildung hatten ein um 11 Prozentpunkte niedrigeres Risiko als verheiratete Männer mit Realschulabschluss.

Auch im Zusammenhang mit der Bildungsbeteiligung hatten verheiratete westdeutsche Männer, die sich nicht mehr in Ausbildung befinden, das höchste Risiko des Übergangs zum ersten Kind. Das Risiko der verheirateten Männer mit Bildungsbeteiligung war 52 Prozentpunkte niedriger als bei verheirateten und nicht in Ausbildung befindlichen Männern. Unverheiratete bildungsbeteiligende Männer hatten ein um 99 Prozentpunkte niedrigeres Risiko als verheiratete Männer, die sich nicht mehr in Ausbildung befanden.

Auch die Ergebnisse für das ostdeutsche Interaktionsmodell (Tabelle 17) sind nicht überraschend. Wie angenommen hatten verheiratete ostdeutsche Männer mit mittlerer Bildung das höchste Risiko zur Vaterschaft. Das Vaterschaftsrisiko der höher gebildeten verheirateten Männer war 6 Prozent niedriger als das der verheirateten Männer mit 10. Klasse POS. Das niedrigste Risiko besaßen erneut die nicht verheirateten Männer mit niedriger Bildung. Ostdeutsche Männer, die verheiratet waren und einen niedrigen Bildungsabschluss hatten, besaßen ein 14 Prozent niedrigeres Risiko im Vergleich zur Referenzgruppe.

Tabelle 17: Relative Risiken zum Übergang des ersten Kindes ostdeutscher Männer: Interaktion zwischen Bildungsabschluss/Bildungsbeteiligung und dem Familienstand

	nicht verheiratet	verheiratet
in Ausbildung	0,07	0,9
nicht in Ausbildung	0,15	1

niedrige Bildung	0,1	0,86
mittlere Bildung	0,15	1
hohe Bildung	0,15	0,94

Quelle: Deutscher FFS 1992; eigene Berechnungen

Notiz: Event history model, kontrolliert für Größe des Wohnortes, Eltern jemals geschieden, Religiosität, Anzahl der Geschwister, Kalenderzeit und Alter.

In Ostdeutschland hatten ebenfalls die verheirateten Männer, die nicht mehr in Ausbildung waren, das höchste Risiko zur Vaterschaft. Das Risiko der Männer, die sich noch in Ausbildung befanden und verheiratet waren, ist 10 Prozent niedriger als das dieser Männer. Nichtverheiratete und nicht in Ausbildung befindliche Männer hatten ein 85 Prozent geringeres Risiko als verheiratete Männer.

Die wichtigsten Resultate der Analyse sollen im nachstehenden Kapitel zusammengefasst und der Zusammenhang von Bildung und dem Übergang zum ersten Kind beim Mann erläutert werden.

7 Zusammenfassung

Um den Effekt des Bildungsniveaus und der sozialen Hintergrundvariablen auf den Übergang zum ersten Kind des Mannes zu messen, wurde ein piecewise constant-Modell geschätzt, welches die einzelnen Faktoren Schritt für Schritt integrierte. Die Analyse zum Übergang zur Vaterschaft gibt somit zusammenfassend den Einfluss der Bildung der Männer auf deren Fertilität wieder und zeigt, dass sich das Fertilitätsverhalten der Männer in einigen Aspekten in der DDR und BRD unterschied. In beiden Fällen hat Bildung jedoch einen hoch signifikanten Einfluss auf die Fertilität des Mannes.

In Ostdeutschland lagen die Risiken für Männer mit 10. Klasse POS- und EOS-Abschluss etwa gleich hoch, aber über dem der niedrig gebildeten Männer. In Westdeutschland hatten hoch gebildete Männer das höchste Risiko. Westdeutsche Männer in Ausbildung hatten ein geringeres Risiko zur Vaterschaft als Männer

mit abgeschlossener Ausbildung. Die diesbezügliche Analyse für Ostdeutschland ergab die gleiche Tendenz.

Schaut man sich die sozialen Hintergrundvariablen im piecewise constant-Modell an, können folgende Aussagen zusammengefasst werden:

Deutsche Männer aus West- und Ostdeutschland, die aus einem Wohnort bis 10.000 Einwohner stammten, besaßen ein höheres Risiko zur Vaterschaft als die aus größeren Städten (100.000 Einwohner plus). In der DDR war das Erstgeburtswisiko der Männer aus einem kleinen und mittleren Wohnort etwa gleich groß. Die Hypothese, dass die Fertilität in kleineren Wohnorten höher liegt, konnte somit bestätigt werden.

Deutsche Männer aus einer Scheidungsfamilie zeigten ein geringeres Risiko des Übergangs zum ersten Kind als Männer aus einer intakten Familie. Im westdeutschen Modell war jedoch die Variable „Eltern jemals geschieden“ nicht und im ostdeutschen Modell schwach bis nicht signifikant. Auch hier bestätigt sich die Annahme, dass Männer aus geschiedenen Familien geringere Geburtsrisiken aufweisen.

Überraschend war, dass Männer aus der BRD, die nur etwas religiös waren, eine höhere Wahrscheinlichkeit zur Erstelternschaft zeigten als religiöse Männer. In Ostdeutschland stellte sich dagegen das Risiko der nicht religiösen und religiösen etwa gleich hoch dar. Etwas religiöse ostdeutsche Männer hatten das niedrigste Risiko.

Wie für Ost- und Westdeutschland angenommen, trugen Männer aus einer großen Herkunftsfamilie mit vielen Geschwisterkindern das höchste Risiko zur Vaterschaft.

Die Variable Kalenderzeit war in beiden Analysen hoch signifikant. In beiden Teilen Deutschlands nahm das Vaterschaftswisiko über die Kalenderjahre ab. Für Ostdeutschland war dieser Rückgang jedoch moderater. Für die Variable Kalenderzeit konnten keine eindeutigen Aussagen getroffen werden. Jedoch folgen die signifikant sinkenden Geburtsrisiken der steigenden Arbeitslosigkeit seit Anfang der 70er Jahre in Westdeutschland. Der schwächere Rückgang der Risiken für Ostdeutschland über die Kalenderjahre könnte somit auf die sichere Arbeitssituation und den familienpolitischen Maßnahmen zurückgeführt werden.

Verheiratet zu sein, beeinflusste das männliche Fertilitätsverhalten in beiden Ländern positiv, dass liegt daran, dass Eheschließung und Familiengründung simultane Prozesse darstellen.

Die Interaktionsmodelle der Ereignisdatenanalyse für West- und Ostdeutschland zeigten, dass 30-bis 33-jährige westdeutsche und 26-bis 29-jährige ostdeutsche Männer mit Abitur, bzw. EOS-Abschluss, von allen untersuchten Alters- und Bildungsgruppen das höchste Risiko des Überganges zur Vaterschaft besaßen. Die wichtigsten Ergebnisse zeigen sich jedoch beim Timing der Vaterschaft: Höher gebildete Männer sind bei der Familiengründung älter, was sich durch die daraus resultierende längere Bildungsbeteiligung erklären lässt.

Westdeutsche Männer in Bildung wiesen in den jüngeren Altersstufen geringere Risiken als Männer mit abgeschlossener Bildung auf. Der Abstand zwischen den Risiken der westdeutschen Männer in Ausbildung und nicht in Ausbildung wird in den älteren Altersstufen jedoch geringer. Für Ostdeutschland zeigt sich, dass 26 plus-jährige Männer in Ausbildung gegenüber den Männern, die sich nicht in Ausbildung befinden, das größte Risiko zur Vaterschaft besaßen. Allerdings realisierten die meisten ostdeutschen Männer ab dieser Altersstufe bereits ihr erstes Kind.

In Westdeutschland hatten verheiratete Männer mit hoher Bildung eindeutig das höchste Risiko zur Erstvaterschaft. In Ostdeutschland waren es dagegen die verheirateten Männer mit mittlerer Bildung. In beiden Teilen Deutschlands wiesen verheiratete Männer mit abgeschlossener Bildung höhere Chancen ein erstes Kind zu bekommen auf, als die Männer die sich noch in der Schulbildung befanden.

Die deskriptive Analyse dieser Arbeit brachte folgende Ergebnisse zum Geburtenverhalten der west- und ostdeutschen Männer:

Das Alter bei der Erstgeburt war bei den Männern beider Länder unterschiedlich. Ostdeutsche Männer bekamen ihr erstes Kind im Alter von 26 Jahren. Westdeutsche Männer wurden durchschnittlich im Alter von 33 Jahren das erste Mal Vater. Betrachtet man den Kinderlosenanteil am Ende der Prozesszeit (Alter 37) zeigt sich, dass dieser für die westdeutschen Männer um circa 27 Prozent höher lag als in Ostdeutschland.

Die Untersuchung des Übergangs zum ersten Kind im Kohortenvergleich (1952-1960, 1961-1966 und 1967-1970) zeigte in beiden Teilen Deutschlands, dass die Risiken mit den jüngeren Geburtsjahrgängen abnahmen. Ostdeutsche Männer in den Kohorten sind beim Übergang zur Vaterschaft jedoch jünger als ihre westdeutschen Nachbarn.

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass ostdeutsche Männer die Erstvaterschaft früher realisierten als die westdeutschen.

Unter Berücksichtigung der Bildung ergibt sich, dass höher gebildete westdeutsche Männer in den jüngeren Altersstufen geringere Risiken zur Erstvaterschaft besaßen als Männer mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Im Alter von 37 Jahren hatten sie jedoch den niedrigsten Kinderlosenanteil aufzuweisen. Da höhere Qualifikation mit längeren Ausbildungszeiten verbunden ist, wird die Vaterschaft auf die höheren Altersstufen verschoben.

Die deskriptive Analyse zur Variable Bildung bestätigt die Ergebnisse des additiven Modells.

Ausgehend vom Modell des male breadwinners kann für die BRD die Hypothese eindeutig bestätigt werden: Männer mit hoher Bildung sind diejenigen, die, im Vergleich zu den anderen Bildungsgruppen, zwar später, dafür jedoch häufiger eine Familie gründen.

Auch für die DDR kann die Hypothese bestätigt werden. Hier zeigt sich ebenfalls, dass Männer mit einer höheren Bildung (mittleren und hohen Abschluss) ein hohes Risiko zur Familiengründung besitzen. Die ähnlichen Risiken der mittleren und hohen Bildungsabschlüsse in der DDR bestätigen die im theoretischen Teil getroffene Vermutung, dass die geringen Unterschiede in den Lebensverhältnissen ähnliche Fertilitätsmuster bewirkten.

Für beide Länder gilt, dass niedrige Bildung die Fertilität negativ beeinflusste.

III. FAZIT

Das Ziel dieser Arbeit war es herauszufinden, inwieweit bildungs-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Rahmenbedingungen Unterschiede im Fertilitäts- und Bildungsniveau ost- und westdeutscher Männer bewirken. Vor allem der Zusammenhang zwischen der Bildung und dem männlichen Erstgeburtverhalten sollte in dieser Arbeit vergleichend zwischen der DDR und BRD untersucht werden.

Die ökonomische Theorie der Familie versuchte, den Rückgang der Anzahl der Kinder in den letzten Jahrzehnten auf den stetigen Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit zurückzuführen. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung dient in der ökonomischen Theorie als Voraussetzung für eine Familiengründung und hohe Fertilität.

In der BRD galten die Normen des traditionellen male breadwinner-Modells mit dem Mann als Einkommensbeschaffer. Eheschließung des westdeutschen Mannes ging mit hoher Verantwortung gegenüber seiner Familie einher. Die Bildung des Mannes war dabei entscheidend. Mit niedriger Bildung sanken auch seine Chancen eine Familie zu gründen. Sozialpolitische Unterstützungen erhielt der westdeutsche Mann insbesondere durch finanzielle Zuwendungen.

Die empirische Analyse bestätigte, dass gerade westdeutsche Männer mit niedriger Bildung das geringste Risiko zum Übergang zur Vaterschaft hatten. Im Gegensatz dazu bedeutete hohe Bildung auch hohe Fertilität. Diese wird jedoch in die höheren Altersstufen verschoben. Dementsprechend wiesen in Ausbildung befindliche Männer ein geringes Risiko der Erstvaterschaft auf.

In der DDR wurde die Familie durch die Einkommen der beiden Eheleute getragen. Die Verantwortung für die Familie lag damit nicht mehr alleine beim Mann. Ein gesichertes Einkommen aufgrund der arbeitsmarktlichen Bedingungen und die familienpolitischen Zuwendungen nahmen einen positiven Einfluss auf die Fertilität des Mannes. Dabei ist es nahezu unbedeutend, ob die Ausbildung abgeschlossen war oder nicht. Anhand der arbeitsmarkt- und familienpolitischen Maßnahmen konnte gezeigt werden, dass weibliche Erwerbstätigkeit nicht gezwungenermaßen zu einem Rückgang der männlichen Fertilität führen muss. Dabei sorgten in der DDR Vereinbarkeitsmaßnahmen zwischen Beruf und Familie der Frau, wie z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, dafür, dass der Mann seine Erwerbstä-

tigkeit parallel zu der der Frau beibehalten konnte. Die Ereignisdatenanalyse bestätigte dies, denn es stellte sich heraus, dass hoch und mittel gebildete Männer das höchste Risiko zum ersten Kind besaßen.

Die rechtlichen Regelungen zur Familienpolitik in beiden Teilen Deutschlands bezogen sich auf die Frau oder die Familie. Der Mann war zwar betroffen, wurde aber nicht ausdrücklich erwähnt. Jedoch zeigte sich in dieser Untersuchung anhand der DDR, dass sozialpolitische Rahmenbedingungen die Kräfte der Rollenspezialisierung ersetzen können und eine Erwerbstätigkeit von Mann und Frau durchaus keine Erosion der Elternschaft nach sich ziehen muss.

Die Vernachlässigung der Wirkung von institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist, nach der Betrachtung beider Länder, der größte Kritikpunkt an Beckers Theorie. Anhand der DDR konnte beobachtet werden, dass durch familienpolitische Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichbar und der Effekt der Arbeitsteilung zu ersetzen war. Der Blick auf die unterschiedlichen sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der DDR und BRD ergab, dass es trotz der Nichteinhaltung des male breadwinner-Modells in der DDR möglich war, ein höheres Geburtenverhalten der Männer zu erzielen.

Literaturverzeichnis

Bibliografien

Bast, Kerstin/Ostner, Ilona (1992): Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD – ein Vergleich. In: Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung, S. 228-270.

Becker, Gary S. (1981): A Treatise on the Family. Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts and London, England.

Becker, Gary S. (1993): A Treatise on the Family. Enlarged Edition. Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press.

Beer, Ursula (1991): Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses. Campus Verlag, 1991, Frankfurt/Main; New York, 2., unveränd. Aufl.

Blossfeld, Hans-Peter/Hamerle, Alfred/Mayer, Karl Ulrich (1989): Event History Analysis. Statistical Theory and Application in the Social Science. Lawrence Erlbaum Associates, Inc., Publishers, Hillsdale, New Jersey.

Blossfeld, Hans-Peter/Hamerle, Alfred (1991): Advantages of Event History Analysis for Life Course Research. In: H. Becker (Hrsg.): Life histories and generations, Utrecht 1991, FSW-Publishing, 519-546.

Blossfeld, Hans-Peter/Jaenichen, Ursula (1990): Bildungsexpansion und Familienbildung. Wie wirkt sich die Höherqualifikation der Frauen auf die Neigung zu heiraten und Kinder zu bekommen aus? In: SOZIALE WELT. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, Jahrgang 41, 1990, Heft 4.

Blossfeld, Hans-Peter/Rohwer, Götz (2002): *Techniques of Event History Modeling. New Approaches to Causal Analysis*. Lawrence Erlbaum Associates, Publishers, Mahwah, New Jersey.

Böttcher, Karin (2004): *Marital Disruption in Germany: A Comparison between East and West Germany before Unification*. International Max Planck Research Scholl for Demography.

Brüderl, Josef/Diekmann, Andreas (1994): *Bildung, Geburtskohorte und Heiratsalter**. Eine vergleichende Untersuchung des Heiratsverhaltens in Westdeutschland, Ostdeutschland und den Vereinigten Staaten. In: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 23, Heft 1, Februar 1994, S. 56-73.

Coltrane, Scott (1996): *Family Man*. Oxford University Press.

De Graaf, Paul M./Huinink, Johannes J. (1992): *Trends in Measured and Unmeasured Effects of Family Background on Educational Attainment and Occupational Status in the Federal Republic of Germany*. In: *Social Science Research* 21, 1992, S. 84-112.

Dorbitz, Jürgen/Schwarz, Karl (1996): *Kinderlosigkeit in Deutschland – ein Massenphänomen? Analysen zu Erscheinungsformen und Ursachen*. In: *Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (1996): Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*. Harald Boldt Verlag im R. Oldenbourg Verlag, München.

Engstler, Heribert/Menning, Sonja (2003): *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familie und familiendemographische Entwicklung in Deutschland*. In: *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (statistisches Bundesamt), erweiterte Neuauflage*.

Esenwein-Rothe, Ingeborg (1982): *Einführung in die Demographie. Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsprozess aus der Sicht der Statistik*. Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden.

Frerich, Johannes/Frey, Martin (1993a): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. R. Oldenbourg Verlag GmbH, München.

Frerich, Johannes/Frey, Martin (1993b): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Band 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit. R. Oldenbourg Verlag GmbH, München.

Foster, E. Michael (1993): How Should Sociologists Treat Becker's „Treatise on the Family“?. In: Sociological Forum, Vol. 8, No. 2, S. 317 – 329.

Glatzer, Wolfgang/Hondrich, K. O. / Noll, H.-H. / Stiehr, K. / Wörndl, B. (1992): Recent Social Trends in West Germany 1960-1990. Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Grandke, Anita (2001): Familienpolitik. In: Manz, Günter / Sachse, Ekkehard / Winkler, Gunnar (Hrsg.) (2001): Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit. Trafo-Verlag, Berlin, 2001, 1. Auflage.

Greinert, Wolf-Dietrich (1995): The dual system of vocational education and training in the Federal Republic of Germany. Präzis-Druck GmbH, Karlsruhe, Holland + Josenhans, 2nd, revised edition 1995.

Grünert, Holle (1997): Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt der DDR. Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Leske + Budrich, Opladen 1997, Band 1.1.

Gustafsson, Siv (1991): Neoklassische ökonomische Theorien und die Lage der Frau: Ansätze und Ergebnisse zu Arbeitsmarkt, Haushalt und der Geburt von Kindern. In: Mayer, K. U. / Gysi, Jutta (1989): Familienleben in der DDR. Zum Alltag von Familien mit Kindern. Akademie-Verlag Berlin 1989.

Gysi, Jutta (1989): Familienleben in der DDR. Zum Alltag von Familien mit Kindern. Akademie-Verlag Berlin 1989.

Hank, Karsten (2001): Regional Social Context and Fertility in Western Germany: A Multilevel Approach. Sozialwissenschaftliche Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Doktorgrades, Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.

Hannan, Michael T. (1982): Families, Markets, and Social Structures: An Essay on 1 Becker's A Treatise on the Family. In: Journal of Economic Literature, Vol.20, No. 1, S. 65 – 72.

Heinz, Walter R. (1996): Berufsverläufe im Transformationsprozeß. In: Hormuth, Stefan u.a. (1996): Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. Leske + Budrich, Opladen 1996, Bericht 4.

Helwig, Gisela (1984): Jugend und Familie in der DDR. Leitbild und Alltag im Widerspruch. Im Verlag Wissenschaft und Politik, Berend von Nottbeck, Köln.

Hill, Paul B./Kopp, Johannes (2004): Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 3. Auflage.

Hollstein, Walter (2004): Geschlechterdemokratie. Männer und Frauen: Besser miteinander leben. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

Huinink, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main.

Huinink, Johannes (2001): Kursskript zur Einführung in die Demographie II: Wandel der Lebensformen, Modelle der Bevölkerungsentwicklung, Weltbevölkerung. Institut für Soziologie, Universität Rostock, Sommersemester 2001.

Jugendlexikon Meyers (1978): a-z. VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 8. Auflage.

Klammer, Ute/Klenner, Christina (2004): Geteilte Erwerbstätigkeit – gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben in Deutschland. In: Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2004, 1. Auflage.

Kornadt, Hans-Joachim (1996): Erziehung und Bildung im Transformationsprozeß. In: Hormuth, Stefan u.a. (1996): Individuelle Entwicklung, Bildung und Berufsverläufe. Leske + Budrich, Opladen 1996, Bericht 4.

Kreyenfeld, Michaela (2004a): Ausgleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. MPIDR working paper WP 2004 – 025, S. 1 – 37.

Kreyenfeld, Michaela (2004b): Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis with Data from the German Fertility and Family Survey. Demographic Research, Special Collection 3, Article 11, Published 17. April. 2004.

Kreyenfeld, Michaela (2001): Employment and Fertility – East Germany in the 1990s. Diss., Rostock.

Kudera, Werner (1993): Eine Nation, zwei Gesellschaften? Eine Skizze von Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR. In: Jurczyk, Karin / Rerrich, Maria S. (Hrsg.) (1993): Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung. Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau.

Künzler, Jan (1994): Familiäre Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. In: Theorie und Praxis der Frauenforschung, Band 24, Kleine Verlag GmbH.

Leistner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schratzenstaller, Margit (2004): Einleitung. Was kommt nach dem Ernährermodell? Sozialpolitik zwischen Re – Kommodifizierung und Re – Familialisierung. In: Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2004, 1. Auflage.

Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur „Zwei – Erwerbstätigen“ –Familie. In: Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2004, 1. Auflage.

Lexikon 2000 (2000). Neutralis Verlags- und Vertriebsgesellschaft, 1990 Köln.

Matzner, Michael (2004): Vaterschaft aus der Sicht von Vätern. VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

Mayer, Karl Ulrich/Solga, Heike/Diewald, Martin (1997): Kontinuitäten und Brüche in den Erwerbs- und Berufsverläufen nach der deutschen Vereinigung. In: Beer, Doris/Brinkmann, Christian/Deeke, Axel/Schenk, Sabine (Hrsg.) (1997): Der ostdeutsche Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland: Angleichung oder Auseinanderdriften? Sonderdruck, Leske + Budrich, Opladen 1997.

Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.) (2002): Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Eine zeitgeschichtliche Analyse. Reihe: Der Mensch als soziales und personales Wesen. Band 19, Lucius&Lucius Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart 2002.

Oppenheimer, Valerie Kinade (1988): A Theory of Marriage Timing. In: American Journal of Sociology, Volume 94 Number 3, University of California, Los Angeles, S. 563 – 591.

Österreichisches Institut für Familienforschung (2005): So leben Männer. Familienplanung im Lebenslauf von Männern in Ost- und West-Deutschland. Wien.

Ott, Notburga (1988): Die Wirkung politischer Maßnahmen auf die Familienbildung aus ökonomischer und verhandlungstheoretischer Sicht. ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG ALLBUS, Köln.

Peinelt-Jordan, Klaus (1996): Männer zwischen Familie und Beruf. Ein Anwendungsfall für die Individualisierung der Personalpolitik. Rainer Hampp Verlag, München und Mering, 1996.

Peuckert (2002): Familienform im sozialen Wandel. Leske + Budrich, Opladen, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage.

Pohl, Katharina (1995): Design und Struktur des deutschen FFS. Familienbildung und Kinderwunsch in Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 82a, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Schäfers, Bernhard (Hrg.) (2000): Grundbegriffe der Soziologie. Leske + Budrich, Opladen, 6. Auflage.

Schmitt, Christian (2005): Kinderlosigkeit bei Männern – Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft. In: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hrsg.) (2005): Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 4, VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005.

Tölke, Angelika/Hank, Karsten (2005): Männer: das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. In: Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 4, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Toulemon, Laurent/Evelyne Lapierre – Adamcyk (2000): Demographic Patterns of Motherhood and Fatherhood in France. In: Bledsoe, Caroline/Lerner, Susana/Guyer, Jane I. (2000): Fertility and the Male Life – Cycle in the Era of Fertility Decline. Oxford University Press, New York, 2000.

Vaskovics, Laszlo A. u.a. (1994): Familien- und Haushaltsstrukturen in der ehemaligen DDR und in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1989 – ein Vergleich. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. Sonderheft 24, Wiesbaden.

Winkler, Gunnar (2001): Ziele und Inhalte der Sozialpolitik. In: Manz, Günter / Sachse, Ekkehard / Winkler, Gunnar (Hrsg.) (2001): Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit. Trafo-Verlag, Berlin, 2001, 1. Auflage.

Zimmermann, Klaus F. (1986): Die ökonomische Theorie der Familie. In: Felde-
rer, B. (Hrsg.): Beiträge zur Bevölkerungsökonomie. Duncker & Humblot / Ber-
lin.

Datenquellen

Eurostat (2004): Recent demographic developments in Europe. Council of Euro-
pe, 2005, France.

Eurostat (2000): Recent demographic developments in Europe. Council of Euro-
pe, 2005, France.

Statistisches Bundesamt (1994): Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der
ehemaligen DDR. Erwerbstätige 1950 bis 1989. Heft 14, Arbeitsunterlage, Wies-
baden 1994.

Internetquellen

<http://www.familienrecht.com/familienrecht/definition-ehe.htm>; zuletzt abgerufen
am 04.01.2006.

http://www.bib-demographie.de/index_projekte.html: Bundesinstitut für Bevölke-
rungsforschung; abgerufen am 30.11.05.

Danksagung

Ich danke vor allem meiner Betreuerin Jun. Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld, die mir während der Erstellung dieser Arbeit mit ihrer wertvollen Zeit, ihren Anregungen und Vorschlägen zur Seite stand. Weiterhin danke ich der Universität Rostock und dem Max Planck Institut für die Möglichkeit der Nutzung ihrer Einrichtungen und Ressourcen.

Bedanken möchte ich mich auch bei Michael Schwarz, Antje Heinze, Sabrina Hilbrecht und Christian Schwarz für ihre außerordentliche Unterstützung und Geduld. Und schließlich gilt besonderer Dank meiner Mutter, die mir immer eine Stütze ist.

Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere eidesstattlich durch eigenhändige Unterschrift, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne die Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht. Ich weiß, dass bei Abgabe einer falschen Versicherung die Prüfung als nicht bestanden zu gelten hat.

Rostock, 11.01.2006